

Nr.44

März
I/2009

DIE LINKE.

Tarantel

Zeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Partei DIE LINKE.



Angelika Zahrnt
Ein ökologischer Kurswechsel ist nötig

Anträge an den Europapartei der Partei DIE LINKE

Evo Morales
Klimawandel. Vom Prinzip der Solidarität

Götz Brandt
Die LINKE braucht eine Theorie der „Ökologischen Ökonomie“

Termine

McPlanet.com

24.-26.4.2009, Technische Universität Berlin, Str. des 17. Juni 135/136, Haupt- und Mathematikgebäude, Informationen: www.mcplanet.com

Umweltpolitische Konferenz von Bundestagsfraktion und Parteivorstand DIE LINKE

16. Mai 2009, 10.30 – 19.00 Uhr. Berlin, Mendelsohnbau, Alte Jakobstr. 149

mit Eva Bulling-Schröter (MdB), Kurt Herzog (MdL), Hans-Kurt Hill (MdB), Wolfgang Methling (PV), Wolfgang Sachs (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie), Daniela Setton (Klima-Allianz) u. v. m.

Informationen:

www.linksfraktion.de/termine_der_fraktion.php

Kontakt: bernd.brouns@linksfraktion.de

3. EUROSOLAR-Konferenz "Stadtwerke mit erneuerbaren Energien"

25. – 26.05.2009 Ludwigshafen

http://www.eurosolar.de/de/index.php?option=com_content&task=view&id=994&Itemid=272

Schriftenreihe

„Beiträge zur Umweltpolitik“

Die Ökologische Plattform hatte es übernommen, ausgewählte Beiträge zur Energie- und Klimakonferenz der LINKEN vom November 2007 in Hamburg öffentlich zu machen. Diese Dokumentation ist jetzt im Rahmen unserer Schriftenreihe erschienen



(Format A4). Die Broschüre umfasst die Thesen zur Konferenz und einen Querschnitt der Redebeiträge, dokumentiert Grundpositionen und enthält einige Pressestimmen zur Konferenz. Einige Präsentationen konnten in dieser textlich ausgerichteten Publikation nicht berücksichtigt werden, sind jedoch wie auch Audiomit-

schnitte, Hintergrundartikel und Dokumente zum Umfeld der Konferenz in Hamburg (Bürgerchaftswahl 2008) im Internet unter www.die-linke.de bzw. teilweise unter www.oekologische-plattform.de zugänglich.

Das Heft kann über die ÖPF bezogen bzw. unter www.oekologische-plattform.de bzw. www.die-linke.de heruntergeladen werden.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, in diesem Jahr besteht die Ökologische Plattform 15 Jahre, ein Ereignis, dass uns auf dem Bundes-

treffen zu einer kleinen Rückschau auf die geleistete Arbeit und einen Ausblick auf die Zukunft veranlassen wird. - In dieser Zeit ist auch regelmäßig eine Zeitschrift erschienen, mit dieser Ausgabe nunmehr 44 „Taranteln“ - den Vorläufer „Öko Reader“ nicht mitgerechnet - , deren Erstellung auch mit viel Zeit und einigen Mühen verbunden gewesen ist.

Gegenwärtig sind wir noch dabei, die Arbeit zur Erstellung der Zeitschrift neu zu organisieren, um die Arbeit künftig breiter zu fächern und effektiver und transparenter gestalten zu können, ursächlich durch den Aufschwung der Plattform im Zuge der Entstehung der Partei DIE LINKE und aus den Erfahrungen der letzten Jahre heraus. - Gegenwärtig besteht die Redaktion aus 4 Mitarbeitern, weitere Interessenten wären durchaus willkommen, da durch die Bündelung aller Materialien und Quellen für die Ausgaben unter der Webadresse zeitschrift-oeko.plattform@web.de eine Zusammenarbeit über das Internet erleichtert wird. Es wäre auch schön, wenn sich pro Landesgruppe ein Mitglied finden würde, das dafür sorgt, dass interessante Informationen zur ökologischen Politik des jeweiligen Landes bzw. -verbandes der LINKEN sowie zur Arbeit der Landesgruppe der Plattform und interessante Beiträge zu ökologischen und Fragen des Umweltschutzes von Vertretern der Landespartei oder der -gruppe der Plattform an die Redaktion gelangen würden.

Auf dem Koordinierungsrat im Dezember haben wir übrigens festgelegt, dass die Termine für die Fertigstellung der Ausgaben eines Jahres im Voraus festgelegt werden, angestrebt wird jeweils der letzte Tag des Quartals. Zur besseren Information aller LeserInnen wird außerdem ein Kurzbericht der Sitzung des Koordinierungsrats fester Bestandteil des Inhalts werden. Zukünftig werden wir auch an alle Kreis- und Regionalstrukturen Links zur „Tarantel“ versenden, in der Hoffnung, damit das Verständnis für ökologische Probleme in unserer Partei stärker zu fördern.

Dass die Ökologie einen größeren Platz im Bewusstsein der Mitglieder und auch der führenden GenossInnen einnimmt, ist ziemlich eindrucksvoll bei der Verabschiedung des Europawahlprogramms ersichtlich geworden. So wurde der umfangreiche Umwelantrag L.39. vom Vorstand sogar vor dem Parteitag in den Leitantrag übernommen. Ein großer Erfolg ist es auch, dass das Schlagwort „Wachstum“ nicht mehr im Beschluss auftaucht. Dazu hat die ÖPF einen nicht unbedeutenden Beitrag geleistet.

Im Bezug auf die Diskussion zum bald zu erwartenden ersten Entwurf für das Bundestagswahlprogramm war sich der Koordinierungsrat auf seiner Sitzung am 14.3. einig, dass dieses Programm hinsichtlich ökologischer Aussagen nicht hinter dem Europawahlprogramm zurückstehen soll. Auf dem Bundestreffen werden wir darüber beraten.

In der Hoffnung auf zahlreiches Erscheinen auf dem Bundestreffen und eine fruchtbare Diskussion verbleibt

Die Redaktion

IN EIGENER SACHE

Einladung zum Bundestreffen der Ökologischen Plattform

Adresse

Ochsenkopfhäus
Fleckl 13
95485 Warmensteinach (Fichtelgebirge)
Telefon: 09277 975379

Zeitraum

08.-10.Mai 2009

Ablauf

Freitag

18.00 Uhr öffentliche Sitzung des Koordinierungsrates

Sonnabend

10.00 Uhr 15 Jahre Ökologische Plattform – Rückschau und Vorstellung aktuellen Aufgaben

12.30 Uhr Mittag

13.00 - Möglichkeit zu einer Wanderung auf den Ochsenkopf

15.00 Uhr Vorstellung der bayrischen Umwelt-AG

16.00 - Informationen von Eva Bulling-Schröter

18.00 Uhr über die Arbeit als umweltpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion

Abendbrot

Sonntag

08.00 - Vortrag von Ercan Ayobaga zum Thema Wasserressourcen mit anschließender Diskussion

10.00 - Diskussion zum Entwurf des Bundestagswahlprogramms und die Zuarbeit der ÖPF

12.00 Uhr Mittag

Kosten

Eiine Übernachtung (Sa/So) inkl. Verpflegung ab Sonnabend Mittag kostet pro Person 35,- €.

Um eine Anzahlung von 20,-€ an die Ökologische Plattform wird gebeten:

Ökologische Plattform
Berliner Bank AG, BLZ 10020000
Konto-Nr. 4384840000

Verwendungszweck: Bundestreffen 2009

Anreise

Warmensteinach ist bis Bayreuth mit dem Zug und dann dem Bus erreichbar.

Bus zwischen Bayreuth Hbf und Warmensteinach:

Samstag, 09.05.2009

Bayreuth Hauptbahnhof

Warmensteinach

08:12

08:45

09:12

09:45

12:12

12:45

Sonntag, 10.05.2009

Warmensteinach

Bayreuth

Haupt-

bahnhof

11:27

11:59

14:27

14:59

Auto:

Von der A 9 (München – Berlin): aus beiden Richtungen: Ausfahrt Bad Berneck; B 303 Richtung Bad Berneck; immer der B 303 folgen (nach Ortsende Bad Berneck Richtung Bischofsgrün); knapp 8 km nach Bad Berneck an großer Kreuzung nach rechts Richtung Fleckl, Ochsenkopf-Seilbahn Süd; knapp 6 km weiter kommt ihr nach Fleckl; gleich nach dem Ortsschild links großer Parkplatz für die Seilbahn und sofort nach dem Parkplatz nach links zum Ochsenkopfhäus (großes Schild!).

Von der A 93 (Hof – Regensburg): Ausfahrt Marktredwitz Nord, dann Richtung Marktredwitz, Wunsiedel; immer der B 303 folgen; knapp 6 km nach Tröstau nach links Richtung Fichtelberg; geradeaus durch Fichtelberg durch; knapp 1 km nach Ortsausgang an Abzweigung nach rechts (hinter Waldrand); hier rechts und sofort wieder links nach Fleckl; nach 1,5 km (knapp 200 m nach Ortseingang Fleckl nach rechts hoch zum Ochsenkopfhäus (großes Schild!).

Sitzung des Koordinierungsrates der Ökologischen Plattform am 14.03.2009

Zeit: 14.03.2009, 10.30 – 14.30 Uhr

Ort: Berlin, Karl-Liebknecht-Haus

1. Europawahlprogramm

Gesine Franke als Delegierte der Ökologischen Plattform berichtete von ihren Eindrücken. Alle Anträge, an denen die ÖPF beteiligt war, wurden im Programm berücksichtigt. (*Anträge sind in diesem Heft dokumentiert – d. Red.*)

2. Diskussion zum Umweltteil für das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2009

Der gemeinsam mit der BAG Umwelt-Energie-Verkehr und der AG Umwelt & Verkehr der Bundestagsfraktion erarbeitete Vorschlag wurde rechtzeitig an den Parteivorstand eingereicht. (Eine Diskussion des 1. Entwurfs für das Wahlprogramm fand am gleichen Tag im Parteivorstand statt.) (*Vorschlag zum Umweltteil ist in diesem Heft dokumentiert – d. Red.*)

Der vom Parteivorstand zu veröffentlichende Entwurf soll ausführlich auf dem Bundestreffen auf dem Ochsenkopf erörtert werden. Ziel soll es sein, dass sowohl ein „roter Faden“ bezüglich der Ökologie das Programm durchzieht als auch ein eigenständiges Schwerpunktkapitel Ökologie enthalten ist.

3. Festlegungen zum Bundestreffen

Trotz einiger Bedenken hinsichtlich des engen Zeitplanes wurde der ursprüngliche Ablaufentwurf bestätigt.

4. Berichte aus den Ländern

In Hessen wird die Gründung einer LAG Ökologische Plattform angestrebt, allerdings gibt es bereits einige andere AG, die sich mit Teilthemen befassen, aber für sich bleiben wollen.

In NRW sind im letzten Jahr nicht alle Zielstellungen verwirklicht worden - die Arbeit steht und fällt letztendlich mit der personellen Besetzung.

5. Arbeit mit Informationsmaterial

Für die praktische Arbeit liegen dank des Fleißes von Götz Brandt jetzt die Entwürfe von 23 Flugblättern vor. Diese werden an die umweltpolitisch arbeitenden Mitglieder der Bundestagsfraktion zur Abstimmung weitergeleitet.

Da diese Flugblätter vorwiegend auch für den Wahlkampf genutzt werden sollen, soll versucht werden, eine ausreichenden Anzahl über den Wahlfonds finanziert zu bekommen. Des Weiteren sollen die Flugblätter dann auch im Internet verfügbar sein, so dass diese dann auch von den entsprechenden Parteistrukturen vor Ort vervielfältigt und genutzt werden könnten.

Der Sprecherrat

GRUNDPOSITIONEN

Ein ökologischer Kurswechsel ist nötig. Neue Studie für ein zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt

Angelika Zahrnt

Schon einmal ließ der BUND skizzieren, wie ein „zukunftsfähiges Deutschland“ aussehen müsste. Vor zwölf Jahren entwickelte sich daraus eine vielstimmige öffentliche Debatte. Seitdem ist die Notwendigkeit, nachhaltig zu leben, zwar vielen bewusst geworden. Doch wirklich getan hat sich wenig, viel zu wenig. Nun soll eine neue Studie neue Anstöße geben.

Auf der UN-Konferenz in Rio rief die Staatengemeinschaft und Weltgesellschaft 1992 zu nachhaltiger Entwicklung auf, und die Staaten verpflichteten sich dazu. Sie erkannten, dass die Natur zu bewahren und Armut zu bekämpfen miteinander verbundene Herausforderungen sind, die nur gemeinsam zu lösen sind. Und dass neue Konsum- und Produktionsmuster in den westlichen Industrieländern nötig sind, um diese Aufgabe zu bewältigen. Denn eine weltweite Übertragung unseres Lebens- und Wirtschaftsstile würden weder die Erde noch der Himmel aushalten. Zwei internationale Konventionen wurden in Rio erarbeitet – zum Schutz des Klimas und zum Schutz der biologischen Vielfalt.

Eine große Konferenz, ein großes Medienecho, eine Agenda 21 für das 21. Jahrhundert – doch danach ging die deutsche Politik zum Tagesgeschäft über. Der gesellschaftliche Aufbruch von Rio drohte im Allgemeinen und Unverbindlichen zu versanden und

nachhaltige Entwicklung zum Spezialgebiet einiger Politikwissenschaftler zu werden.

Eine Studie wird konkret

Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland, ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung“ hatte 1996 das Ziel, dem etwas entgegenzusetzen, nachhaltige Entwicklung konkret und politisch werden zu lassen: Was bedeutet das Konzept Nachhaltigkeit als weltweite und generationenübergreifende Gerechtigkeit, was bedeutet es für ein Industrieland wie Deutschland? Was bedeutet es für die Politik, die Wirtschaft und für jeden Einzelnen? Die Studie stellte das Konzept des globalen Umweltraums dar, der gerecht zwischen allen Menschen zu teilen ist und künftigen Generationen Entwicklungschancen lassen muss. Sie beschrieb die ökologischen Grenzen als Rahmen, innerhalb dessen Wirtschaft und Soziales sich entwickeln können und sollen. Sie stellte langfristige umwelt- und entwicklungspolitische Ziele bis 2050 auf. Und sie forderte politische Maßnahmen wie die ökologische Steuerreform, eine Nachhaltigkeitsstrategie, Effizienzstrategien bei der Ressourcennutzung und Suffizienzstrategien beim Lebensstil (suffizient = ausreichend). Die Studie skizzierte Leitbilder, die – über quantitative Ziele hinaus – eine Umorientierung vorstellbar machten.

Manche dieser Forderungen haben inzwischen Eingang in die Politik gefunden: So ist bei internationalen Klimaverhandlungen der Anspruch auf gleiche Pro-Kopf-Emissionen je Weltbürger die Zielgröße; Deutschland hat eine ökologische Steuerreform und eine Nachhaltigkeitsstrategie bekommen; das Leitbild „Gut leben statt viel haben“ hat sich als Slogan selbstständig gemacht; Bio boomt; und „Entschleunigung“ hat seinen Weg in Feuilletons und Reiseprospekte gefunden. Dank vieler Diskussionsveranstaltungen zur damaligen Studie – allein 1000 im Jahr 1996 – ist nachhaltige Entwicklung überhaupt erst zum Gegenstand der öffentlichen Debatte geworden. Heftige Kontroversen haben Interessengegensätze verdeutlicht und Erkenntnisse gefördert. In vielen Städten und Gemeinden hat die Studie lokale Agenda-21-Prozesse initiiert oder unterstützt.

So weit, so positiv. Trotzdem ist Deutschland weit davon entfernt, die Herausforderung der Nachhaltigkeit ernst zu nehmen. Das zeigen die Zahlen – die Bilanz über die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, die Bilanz in der neuen Studie. Wir sind nicht auf dem Weg, ein zukunftsfähiges Land zu werden. Deshalb hat der BUND zusammen mit Brot für die Welt und dem Evangelischen Entwicklungsdienst eine neue Studie in Auftrag gegeben – wieder beim Wuppertal-Institut. Damit wird die Kontinuität zur ersten Studie gewährleistet. Vor allem aber hatte das Institut den Mut und die Fähigkeit, eine so komplexe Aufgabe erneut anzugehen.

Wo regt sich Widerstand?

Wir müssen – bei allen Fortschritten in vielen Einzelbereichen – die negative Gesamtbilanz zur Kenntnis nehmen und analysieren. Warum ist Nachhaltigkeit inzwischen ganz oben auf der Liste der am meisten benutzten Politikerworte und ganz unten, wenn es um politisches Handeln geht? Wo sind die Widerstände, die Interessen, die Konzepte, Werte und Bilder, die hartnäckig eine Umsetzung der Erkenntnisse blockieren? Welche neuen Politikentwürfe und Strategien brauchen wir – in einer Zeit, die sich seit der ersten Studie rasant geändert hat, mit einer beschleunigten Globalisierung, der wirtschaftlichen Entwicklung von Schwellenländern wie China und Brasilien, der Durchsetzung des Neoliberalismus?

Die gängigen politischen Botschaften folgen den altbekannten Linien: Wachstum (nunmehr als „nachhaltiges Wachstum“ aufgewertet) werde die Probleme der Beschäftigung in Deutschland lösen, die Armut in der Welt beseitigen und auch noch umweltschonend sein; denn als Exportweltmeister verbreiten wir energie- und ressourcensparende Technik in aller Welt, sichern damit unseren Wohlstand und fördern gleichzeitig wirtschaftliche und umweltfreundliche Entwicklung in den Ländern des Südens. Demnach dürfen wir alle zuversichtlich sein: Wir brauchen weder zu teilen noch Wesentliches zu ändern – nicht die Machtstrukturen und nicht das persönliche Verhalten.

Der BUND und seine Partner sind überzeugt, dass

- Nachhaltigkeit nicht so einfach und konfliktfrei zu haben ist;
- ein Kurswechsel in Deutschland nötig ist und mehr erfordert, als einen neuen Kühlschrank zu kaufen;
- neue globale Übereinkünfte nötig sind und eine Renaissance der Regionen;
- kein Weg vorbeiführt an einer forcierten Effizienzstrategie für Energie und Rohstoffe;
- nur ein achtsamer Lebensstil zukunftsfähig ist;
- Politik die Priorität gegenüber der Wirtschaft zurückgewinnen muss und Wirtschaft nicht nur die Geldökonomie umfasst, sondern Leistungen auch in Familie und Ehrenamt erbracht werden;
- wir neue Arbeitszeitmodelle brauchen und wirtschaftliche und soziale Strukturen, deren Stabilität nicht vom Wirtschaftswachstum abhängig ist.

Hierüber wollen wir eine gesellschaftliche Debatte anstoßen. Dieser Debatte dient die Studie als Grundlage – für alle, die sich für die Zukunft verantwortlich fühlen. Deshalb hoffe ich, dass viele Mitglieder der LINKEN die Studie lesen und dazu beitragen werden, die Debatte über ein „zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ voranzubringen.

Dr. Angelika Zahrnt ist Ehrenvorsitzende im Bund für Natur und Umwelt (BUND).

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Brot für die Welt und Evangelischer Entwicklungsdienst (Hrsg., 2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß

zur gesellschaftlichen Debatte. Eine Studie des Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie. - Fischer Taschenbuch, ISBN 978-3-596-17892-6. - 660 S. - 14,95 €.

Gratis erhältlich sind die „Einblicke“ in die Studie über www.zukunftsaehiges-deutschland.de

Die LINKE und ein „zukunftsfähiges Deutschland“

Götz Brandt

Vom renommierten Wuppertal-Institut wurde nach 12 Jahren 2008 erneut ein Bericht zur Zukunft Deutschlands erarbeitet. Damit haben nicht nur Ökologen ein Handbuch für das nächste Jahrzehnt erhalten, sondern mit den vorgelegten Analysen und Forderungen werden selbst Parteiprogramme weitgehend überflüssig. Die Analysen und auch die Vorschläge zeichnen sich gegenüber dem medial verordneten Mainstream durch wohlthuende ideologische Rücksichtslosigkeit aus.

Bereits im Vorwort und der Einleitung wird deutlich, dass wir uns in einer sehr bedrohlichen Lage befinden. In der Vergangenheit ist die Wende zu einer Politik der Nachhaltigkeit nicht gelungen, grundlegende Veränderungen wurden nicht erreicht, die Natur und die Globalisierung schlagen zurück, die „ökologische Raubökonomie“ ist weltweit auf dem Vormarsch, und die Allianz aus Gleichgültigkeit und Eigennutz tritt organisiert auf. Dieser pessimistischen, aber dennoch realistischen Einschätzung der gegenwärtigen Lage folgen Vorschläge, was zu tun ist. Da „das Modell grenzenlosen materiellen Wachstums in einer physisch begrenzten Welt ... überholt ist“, die Industriegesellschaft in struktureller Pathologie verharrt und die Umweltprobleme über technische Innovationen nicht lösen kann, muss erstens das technologische Projekt der Umgestaltung der gesellschaftlichen Hardware zu ressourcenleichten, naturverträglichen Systemen in Angriff genommen werden. Zweitens müssen Regelwerke und Einrichtungen geschaffen werden, die die Wirtschaft auf die Regenerationsgrenzen der Biosphäre einschränken und drittens muss die persönliche Lebensführung aller Menschen in den globalen Kontext eingebunden werden.

Dieses Programm kann nur durch einen Abschied vom Neoliberalismus, einen auf Gemeinwohl regulierten Markt und einer Lösung vom Wachstumszwang realisiert werden. Zur Debatte steht die Alternative: Nachhaltigkeit oder Selbstzerstörung.

Mit dieser Einschätzung der Lage und der daraus abgeleiteten Zielstellung steht dieser Bericht im Einklang mit den Vorstellungen der Ökologischen Plattform bei der LINKEN. Kompromisslose Ökologen können zwangsläufig nur links von allen gegenwärtigen Regierungs- und Parteiprogrammen stehen. Mit

den vorgestellten antikapitalistischen und antiimperialistischen Zielsetzungen gehen die Aussagen dieses Berichtes weit über das gültige Parteiprogramm der Linken hinaus. Es bleibt abzuwarten, ob die Entwurfskommission für das neue Parteiprogramm den Bericht des Wuppertal-Instituts zur Kenntnis nimmt und auch berücksichtigt.

Das 656 Seiten umfassende Buch ist in 6 Teile geordnet: 1. Ausgangslagen; 2. Umweltbilanzen in Deutschland und Europa; 3. Soziale naturverträgliche und ökologische ökonomische Leitbilder; 4. Kurswechsel für Deutschland und Europa durch Regulierung, Regionalisierung, Internalisierung ökologischer Kosten mit globalen Übereinkünften; 5. Engagement vor Ort für eine Wende zur Nachhaltigkeit und 6. ein Ausblick, wie eine „solar-solidarische Gesellschaft“ mit einem neuen Gesellschaftsvertrag in Deutschland entstehen kann. Mit diesen Themen wurde ein Programm für das nächste Jahrzehnt gesetzt, länger haben wir nämlich keine Zeit mehr, eine Wende zur Solar-Spar-Gesellschaft herbeizuführen. Der folgende Überblick zu den einzelnen Abschnitten kann die Fülle der Analysedaten, Einzelforderungen und Schlussfolgerungen nicht würdigen und wiedergeben und soll daher vor allem neugierig machen und Grundsätzliches aussagen.

Im Abschnitt **Ausgangslagen** sind die Erderwärmung und ihre Auswirkungen auf wenigen Seiten eindrucksvoll beschrieben. Wir haben in diesem Jahrhundert noch mit mindestens 13 m Meeresspiegelanstieg zu rechnen. Zusammen mit der Klimaänderung werden die fossilen Energieträger Öl und Erdgas knapp und teuer. Alle werden sich dann auf die Kohle stürzen, das Klima weiter anheizen und auch diese Ressource schnell verbrauchen. Zusammen mit der Krise fossiler Ressourcen erleben wir die Krise der lebenden Ressourcen. Ökosysteme werden durch umfassenden Technikeinsatz verstärkt vernichtet oder beschädigt. Die Ernährungssicherheit ist aus mehreren Gründen gefährdet.

Das „Ende der großen Maßlosigkeit“ verlangt Antworten der Wirtschaft und der Regierenden. Vorgeschlagen wird der „solar-vernetzte Pfad“ der Energieversorgung mit Ausstieg aus den atomaren und fossilen Energien sowie eine Änderung der Versorgungsstrukturen. Die Senkung des Energieverbrauchs von gegenwärtig 6500 W/Kopf auf 2000 W/Kopf ist dabei gleichzeitig notwendig.

Untersucht wird weiterhin die kosmopolitische Mission der Ökologie, mehr globale Gerechtigkeit für die Dreiviertel der Menschheit zu schaffen, die noch Nachholebedarf haben. Allerdings kann die Aufholjagd von Schwellenländern, um das Produktionssystem und Konsumniveau des Nordens zu erreichen, noch schneller in den Abgrund führen. Überzeugend wird der „Sonderfall Europa“ dargestellt: „Denn jenes Feuerwerk an Ressourcen, das Europa abgebrannt hat, ist in der Welt nicht wiederholbar ...“. Ohne einen Rückbau der Ressourcenansprüche bei den reichen Ländern wird es kein ausgeglichenes Zusammenleben der Nationen geben. 40 % der Weltbevölkerung leben täglich von nur 2 \$, und die Armen

werden nicht weniger. Die Armen werden ihrer Ressourcen beraubt, damit die Reichen über ihre Verhältnisse leben können. An der Ressourcenfrage spitzt sich die Gerechtigkeitsfrage zu. Mehr Gerechtigkeit kann nur entstehen, wenn die globale Klasse der Hochverbraucher ihre Nachfrage nach Naturressourcen zurückbaut. Jedenfalls ist mehr Gerechtigkeit in der Welt auf dem Verbrauchsniveau der Industrieländer unerreichbar. Das Wohlstandsmodell der Industriemoderne muss auf den Prüfstand. Es müssen ressourcenleichte Lebensstile gefunden werden.

Wachstum führt nicht zur Vollbeschäftigung, und die Lebensqualität wächst nicht. Wachstum muss gleichzeitig mit absoluter Entkopplung vom Ressourcenverbrauchswachstum erfolgen. Innerhalb von 50 Jahren muss der Material- und Energiedurchsatz um 80 – 90 % sinken. Nur dann lassen sich die Kohlendioxidemissionen um 60 % senken. Eine nachhaltige Wirtschaftspolitik wird neue Ziele anstreben wie das der „Tätigkeitsgesellschaft“, des „achtsamen Konsums“, der „Entschleunigung“ und der „Regionalisierung“. Jedenfalls ist Kapitalismus als Vorherrschaft des Renditekalküls über Gemeinwohlbelange nicht zukunftsfähig. Der Markt ist für die Umwelt die schlechteste aller Wirtschaftsformen. *Solche Kernsätze müssen in das Parteiprogramm der LINKEN aufgenommen werden.*

Im Abschnitt **Bilanzen** werden die ökologische Situation und ihre Entwicklung behandelt. Die Menschheit übernutzt die Biosphäre, wobei die Industrieländer den größten Schaden anrichten, gefolgt von den Schwellenländern. Mit dem Konzept des Umwelt-raumes, der von Ländern und Personen beansprucht wird, lässt sich sowohl die ökologische Überlastung als auch die soziale Ungleichheit einschätzen. Bereits im Jahre 2000 ist aus einem UN-Bericht zu entnehmen, dass zwei Drittel der von den natürlichen Ökosystemen geleisteten Funktionen gefährdet sind. Gegenwärtig werden die Ökosysteme mit 20 % übernutzt. Wir brauchen 1,2 Planeten. Es wird mehr verbraucht, als erneuert werden kann. Die Industrieländer sind für diesen Zustand verantwortlich. Zukünftige Generationen werden wahrscheinlich nicht mehr von den Ökosystemen versorgt werden können. Verschlimmert wird die Lage dadurch, dass die Schwellenländer China, Indien, Brasilien und Mexiko, in denen 40 % der Weltbevölkerung leben, die westlichen Konsummuster adaptieren wollen.

In Deutschland kann zwar eine Stagnation der Umweltbelastung auf unerträglich hohem Niveau beobachtet werden, aber Deutschland ist aktiv an der globalen ökologischen Krise und der Ungerechtigkeitsituation beteiligt. Die ökologische Bilanz der letzten 10 Jahre ist größtenteils negativ. Eine Kurs-wende ist nicht absehbar. Deutschland ist Leuchtturm bei den Exporten aber Schlusslicht in der Bildungs-, Sozial- und Lohnpolitik. Ein Strategiewechsel auf Suffizienz, Konsistenz und Effizienz ist nicht in Sicht.

Im Abschnitt **Leitbilder** wird ausgeführt, dass alle Menschen ein Gastrecht auf dieser Erde haben und deshalb eine Reform des Reichtums und ein Kurs-

wechsel in der Außen- und Wirtschaftspolitik notwendig sind. Eine Weltgesellschaft ohne grundlegende Weltbürgerrechte für alle ihre Mitglieder ist nicht zu haben. 1948 wurde in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte das Recht der Bürger über das Recht der Staaten gestellt. Nunmehr muss in Zeiten der Transnationalisierung von Machtbeziehungen das Recht der Bürger auch über die Rechte der Unternehmen gestellt werden. Aber die Unterstützung der wirtschaftlichen sozialen Menschenrechte zum Leitstern der Außenwirtschaftspolitik zu machen, verträgt sich nicht mit der internationalen Wettbewerbssituation und dem Profitstreben der Wirtschaft auf den Weltmärkten. Der deutschen Regierung ist „das deutsche Hemd näher als der kosmopolitische Rock“. Hauptsorge der Regierung sind die Wettbewerbschancen der deutschen und europäischen Unternehmen. Aber nicht das Kreditrisiko der Reichen, sondern das Überlebensrisiko der Armen verdient die vorrangige Sorge einer kosmopolitisch aufgeklärten Politik. Die WTO kennt jedoch keinen Wertekanon der Menschenrechte. Die Basisformel dieses Wertekanons müsste sein: Überleben geht vor Besserleben.

Wirtschaftswachstum als Lösung des Armutproblems wird überschätzt. Das Wachstumskonzept gegen Armut ist nichts weiter als der Versuch, Armutsbekämpfung vereinbar zu machen mit Reichtumsvermehrung. Ressourcenleichte Produktions- und Konsummuster sind die Basis für eine menschenrechtsfähige Weltressourcenwirtschaft.

Ein weiterer Abschnitt befasst sich mit dem **ökologischen Wohlstand**. Ein ressourcenleichter Wohlstand entsteht durch den Dreiklang von Dematerialisierung (Effizienz), Naturverträglichkeit (Konsistenz) und Selbstbegrenzung (Suffizienz). Sowohl Dematerialisierung als auch Naturverträglichkeit verfehlen ihr Ziel, wenn nicht das Prinzip der Selbstbegrenzung an ihre Seite tritt. Ziele wie Produktionsleistung, Gewinn oder Wettbewerbsfähigkeit können zukünftig nur zusammen mit Naturverträglichkeit verfolgt werden. Dazu müssen Technologien und Gewohnheiten umgeprägt werden, dass sie mit weniger Naturanspruch auskommen. Die Produktion liefert dann verbrauchsarme und dauerhafte Produkte.

Materialwelt und Wirtschaftsstrukturen müssen in einer zukunftsfähigen Wirtschaft verändert werden. Zukunftsfähig sind über das Territorium verteilte Produktionscluster für Energie, Nahrungsmittel und Rohmaterialien, viele Miniproduzenten an vielen Orten. Eine solare Wirtschaft lässt regionalwirtschaftliche Verflechtungen wachsen.

Im Abschnitt **Gesellschaft der Teilhabe** werden die Beziehungen in der eigenen Gesellschaft untersucht, mit denen eine Wendebereitschaft erzeugt werden kann. In Deutschland kann eine fortschreitende soziale Polarisierung beobachtet werden. Die Wohlhabenden haben sich von ihrer Verantwortung für die Mitfinanzierung des Staatswesens verabschieden können. Die gerechte Teilhabe der Bürger wird erst dann zum Leitbild einer zukunftsfähigen Gesellschaft, wenn die von der Regierung geschaffenen Ausgrenzungen mannigfacher Art in einem **neuen**

Gesellschaftsvertrag aufgehoben werden. Eine Gesellschaft der gerechten Teilhabe braucht auch einen **neuen Sozialvertrag**, der eine schrittweise Veränderung der politischen, sozialen und ökonomischen Grundstruktur unserer Gesellschaft voraussetzt. Eine neue Sozialpolitik erfordert die Sicherung der sozialen Infrastruktur, wobei die Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Strom, Gas, Wasser, Abwasser, Verkehr und Banken in Staats-hand gehören. Bei diesen Forderungen gibt es eine breite Übereinstimmung mit den politischen Zielen der LINKEN.

Im Abschnitt **Die ganze Wirtschaft** wird eine soziale Zivilisierung des Kapitalismus gefordert. Eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft muss den Kapitalismus so konditionieren, dass er das Wohlergehen der ganzen Gesellschaft im Blick hat. Nach der Weiterentwicklung des Manchester-Kapitalismus hin zu einer sozialen Marktwirtschaft ist nunmehr die Beziehung des Kapitals zur Natur zu überprüfen, und eine ökologische Marktwirtschaft muss eingeführt werden. Den Autoren ist klar, dass der Kapitalismus sozialzerstörerisch und gesellschaftszerstörerisch sowie naturzerstörerisch ist, wenn er nicht dabei gehindert wird. Es ist Aufgabe des Staates und der Zivilgesellschaft, die Naturbindung des Wettbewerbs sicherzustellen. Die Wettbewerbsordnung muss so gestaltet werden, dass sie mit der natürlichen und sozialen Mitwelt in Einklang steht. Das geht nur, wenn die Wirtschaft niemandes Privateigentum, sondern Gemeineigentum ist. Erst dann ist Wirtschaften ohne unbezahlte Aneignung und ohne Substanzverzehr möglich. Zurzeit herrscht aber eine parasitäre Grundstruktur der gewinnorientierten Wirtschaft. Die Marktteilnehmer müssen daran gehindert werden, durch Externalisierung privater Kosten die Gemeingüter zu übernutzen. Deshalb muss der Staat die Macht der Unternehmer unterbinden, die sie gegenüber der sozialen und natürlichen Mitwelt ausüben. Das Wettbewerbsrecht muss die Freiheit zu nachhaltigem Markthandeln sichern und deshalb neu gefasst werden, damit neue Rahmenbedingungen für eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft geschaffen werden können. Im Rahmen einer solchen neuen Marktwirtschaft die Verminderung des Ressourcen- und Emissionsbedarfs der Wirtschaft ohne Verteilungskonflikte aufkommen zu lassen, ist eine erst-rangige Aufgabe. Die Hegemonie des Geldkapitals über das Naturkapital muss durch Institutionen wie Meerestreuhand, Bodentreuhand und Klimatreuhand, die Nutzungslizenzen gegen Bezahlung ausgeben, gebrochen werden. Regelwerke einer ökosozialen Marktwirtschaft müssen das Überwälzen von ökologischen und sozialen Lasten auf die Allgemeinheit verhindern. Die Unternehmensverfassung muss revidiert werden, das Kapital darf nicht mehr Vorrang haben und nicht mehr nur für sich selbst verantwortlich sein. Ökologische und soziale Pflichten müssen den Unternehmen auferlegt werden.

Die vorstehenden Formulierungen könnten ohne Abstriche in ein Parteiprogramm der LINKEN aufgenommen werden.

Im Abschnitt **Kurswechsel in Deutschland und Eu-**

ropa wird als Kernstück einer naturverträglichen Wirtschaft der Wechsel der Ressourcenbasis angeführt. Dazu gehört der vollständige Wechsel von fossile auf solare Energieträger bis 2050, die zunehmende Verwendung land- und forstwirtschaftlicher Rohstoffe für die Chemieindustrie zur Herstellung von Biokunststoffen und naturfaserverstärkten Werkstoffen.

Im Abschnitt **Märkte gestalten: Der Primat der Politik** wird der Einfluss der Politik als Motor für mehr Ökologie und Fairness behandelt. Der Klimawandel wird eingeschätzt als das größte und weitgehendste Marktversagen, das es jemals gegeben hat. Als Marktversagen wird auch die Armutskrise eingeschätzt. Klar ist auch, dass der Staat nur dann Veränderungen beschließen wird, wenn sie aus der Gesellschaft kommen und sich dafür Mehrheiten finden. Bei einem solchen Wandel haben vor allem die Automobilindustrie, die Energiewirtschaft und die Agrarindustrie Einiges zu verlieren, und es sind Widerstände zu erwarten. Deshalb muss dem Markt nicht nur ein faires Miteinander der Marktteilnehmer vorgegeben werden, sondern auch reale Ziele ihrer Bemühungen. Produkte mit höchstem Effizienzstandard müssen als Ziel vorgegeben und zum Maßstab erklärt werden, den in einer bestimmten Frist alle Produzenten erreichen müssen. Alle fünf Jahre müssen neue Ziele gestellt werden.

Im Abschnitt **Kreisläufe schließen – die Renaissance der Regionen** werden viele detaillierte Vorschläge gemacht, wie durch Selbstversorgung Versorgungssicherheit geschaffen werden kann.

Im Abschnitt **Arbeit fair teilen** wird bewiesen, dass es ohne Gerechtigkeit kein ökologisches Wirtschaften geben wird. Gefordert wird eine Halbtagsgesellschaft mit 30-Stunden-Woche für alle.

Im Abschnitt **Übereinkünfte global** wird davon ausgegangen, dass die Endlichkeit der Biosphäre den traditionellen Wachstumspfad versperrt. Gegenwärtig verhält sich der Mensch auf diesem Planeten wie eine suizidgefährdete Spezies. Deshalb ist es notwendig, die internationalen Wirtschaftsinstitutionen umzubauen und Gerechtigkeit herzustellen. Die Verantwortung entlang der globalen Produktketten muss eingeführt werden, um ökofaire Wertschöpfungsketten herzustellen. Schwerpunkt müssen die kleinen und mittleren Betriebe sein, denn auch in Deutschland stellen die KMU (kleine und mittlere Unternehmen) 99,7 % aller Unternehmen mit 70 % aller Arbeitsplätze.

Im Abschnitt **Engagement vor Ort** werden alle politischen Akteure aufgerufen, das Allgemeininteresse am Leben und Überleben gegen die Partikularinteressen an Komfort und Profit zur Geltung zu bringen. Voraussetzung ist eine größere Unabhängigkeit des Staates von der Großindustrie. Die Wirtschaftslobby muss aus den Parlamenten verschwinden, weil sie den Widerstand gegen Renditeverluste und Kaufkrafteinbuße organisiert ohne Rücksicht auf zukünftige Generationen oder fernere Mitbürger auf dem Globus.

Im **Ausblick** werden die wichtigsten Aufgaben noch einmal zusammengefasst. Diese Generation muss

eine solar-solidarische Zivilisation schaffen, sonst kommt das Klimachaos. Ein neuer Gesellschaftsvertrag muss geschlossen werden, der das Verhalten zwischen Menschheit und Natur befriedet. Geburtshelfer eines solchen Vertrages muss der Staat sein als legitimer Repräsentant des allgemeinen Wohls. Ohne einen Vorrang der Politik wird es keine Wende zu mehr Ökologie und Gerechtigkeit geben. Die jahrzehntelange Demontage der staatlichen Autorität durch den Neoliberalismus muss deshalb beendet werden. Das Übergewicht der Kapitalinteressen in der Meinungs- und Entscheidungsbildung muss zurückgedrängt werden, um den Interessen der Natur und der Menschen mehr Raum zu schaffen. Die Sozialpflichtigkeit des Eigentums muss durch die Ökopflichtigkeit des Eigentums im Grundgesetz erweitert werden. Umweltpolitik muss zugleich Sozialpolitik sein, wenn sie Erfolg haben soll.

Mit diesen Streiflichtern soll das Interesse an und die Neugier auf diese Veröffentlichung wachgerufen werden. Es konnte nur ein kleiner Teil der Vorschläge, Analysen und Forderungen zur Kenntnis gebracht werden. Aus dem Wenigen geht aber deutlich hervor, dass das Wuppertal-Institut dem von den Medien und abhängigen Wissenschaftlern geförderten Mainstream des Nichtglaubenwollens, der unhaltbaren Theorien zur Festigung des Machterhaltes der internationalen Konzerne und der Förderung des Nichtwissenwollens konsequent entgegentritt. Mit dieser Veröffentlichung wurde eine „Bibel“ für Ökologen geschaffen.

Prof. Dr. Dr. Götz Brandt ist Mitglied im Sprecherrat der Ökologischen Plattform.

Die LINKE braucht eine Theorie der „Ökologischen Ökonomie“.

Götz Brandt

Was die **LINKE heute an wirtschaftspolitischen Vorschlägen** anbieten kann, erschöpft sich in Vorschlägen à la Keynes, dass der Staat durch Investitionsprogramme die Wirtschaft ankurbeln, mehr Arbeitsplätze und mehr Wachstum schaffen soll. Damit wird aber nur die Rettung der kapitalistischen Wirtschaft unterstützt.

In der gegenwärtigen Finanzkrise ist die Zahl derjenigen Menschen erheblich gewachsen, die im Kapitalismus eine ungeeignete Wirtschaftsform erkennen, um die Weltprobleme wie Klimawandel, Hunger und Krieg in weiten Teilen der Welt, Rohstoffraubbau und Umweltverschmutzung zu lösen. Insbesondere im Osten, wo die Menschen über Jahrzehnte eine andere Wirtschaftsordnung kennengelernt haben, wird der Kapitalismus von vielen abgelehnt.

Die politische Linie der LINKEN, unter Beibehaltung

der kapitalistischen Wirtschaftsordnung etwas mehr Gerechtigkeit einzufordern und dafür auch Regierungsverantwortung übernehmen zu wollen, wird durch die gegenwärtige Zuspitzung der Finanzkrise ad absurdum geführt. **Auf der Tagesordnung steht der Systemwechsel**, denn es finden sich Mehrheiten, die im Kapitalismus eine Wirtschaftsordnung sehen, die die Menschheit in den Untergang führt. Reformierung und Zukunftsfähigkeit des Kapitalismus herstellen zu wollen, können nur eingefleischte Neoliberalen noch erträumen.

Im Parteiprogramm zwar wird gefordert, „die Sackgasse einer sozial und ökologisch zerstörerischen Wachstums zu verlassen“, „eine alternative Produktions- und Lebensweise“ zu erreichen, „der Zerstörung der natürlichen Umwelt muss Einhalt geboten und den nachfolgenden Generationen eine bewohnbare Welt hinterlassen werden“. Daneben gibt es auch weniger klare Formulierungen zum Wachstum und zum Profitstreben. Zu diesen Zielstellungen im Parteiprogramm und der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklung fehlt eine entsprechende ökonomische Theorie.

Selbst die „Naturfreunde Deutschlands“, eine Organisation, die nicht zu den linken gezählt werden kann, kommt unter dem Eindruck des Klimawandels, der Verknappung und Verteuerung der Rohstoffe, der Hungerkrisen in Ländern der Dritten Welt und nicht zuletzt der gegenwärtigen Finanzkrisen zu dem Schluss: „Statt jetzt – wie die Bundesregierung – den Krankenpfleger am Bett des Kapitalismus zu spielen, sind Systemreformen notwendig, die den produktiven Sektor stärken und die Finanzmärkte in die Schranken weisen. Die Naturfreunde fordern die Bundesregierung auf, die Wirtschaft sozial und ökologisch zu gestalten, statt nur auf Krisen zu reagieren.“ Wo gibt es aktuell solche Forderungen von den Linken?

Im Ergebnis der UN-Konferenz in Rio 1992 (Agenda 21) haben sich die Teilnehmerstaaten auf ein **dauerhaft umweltverträgliches Wohlstandsmodell** als Gesellschaftsziel geeinigt, was aber leider nicht direkt rechtsverbindlich für alle Staaten wurde. Im Zusammenhang mit dieser Zielstellung kann die gegenwärtige Höhe und Produktstruktur der Industrieproduktion der führenden Staaten dieser Welt nicht mehr verantwortet werden. Um die Menschheit vor einer zumindest auf dem Gebiet des Klimawandels zu erwartenden Katastrophe in den beiden nächsten Generationen zu bewahren, müsste sofort mit dem **Umbau dieser Industrieproduktion** begonnen werden. Wo gibt es bei diesem vereinbarten Ziel die konkreten Vorschläge der Linken zum Umbau der Industrieproduktion in Deutschland?

Dass dieser Umbau in den Industrieländern nicht in Angriff genommen wird, hat dem Kapitalismus immanente Ursachen. Dass die **kapitalistische Wirtschaft naturzerstörend** wirkt, ist heute allgemein bekannt. Von den Regierungen und der Wirtschaft wird diese Tatsache aber entweder ignoriert oder nicht anerkannt. Die Frage ist, ob im oder durch den Kapitalismus das vorhandene Destruktionspotenzial eliminiert oder wirkungslos gemacht werden kann

oder ob es dem Kapitalismus immanent ist, wie Marx meint, die Natur und den Arbeiter zu zerstören?

Ziel der Unternehmer ist es, einen möglichst hohen Gewinn zu erzielen. Die Bedingungen des Konkurrenzkampfes zwingen ihn dazu. Entweder er erzielt hohe Profite und dehnt seine Produktion aus oder er geht im Konkurrenzkampf unter. Die Stofflichkeit der Waren wird benutzt, um auf dem Markt Mehrwert zu erzielen. Die Gebrauchswertproduktion findet unter dem Primat der Kapitalverwertung statt. Das Ziel, das Mehrprodukt endlos zu erhöhen, erfordert die endlose Umwandlung von Massen verschiedener Stoffe. Naturzerstörerisch ist also nicht die Gebrauchswertproduktion an sich, sondern die Kopplung dieser mit den Zielen des Verwertungsprozesses. Dadurch wird die kapitalistische Produktion zur ausplünderischen und zerstörenden Kraft gegenüber der Natur. Zwar ist die Kapitalverwertung endlos und maßlos, aber nicht die stoffliche Basis. Zwangsläufig werden eines Tages die Grenzen der Belastung der Ökosysteme überschritten. Dieser Tag liegt bereits in der Vergangenheit. Berechnungen verschiedener Institute und Wissenschaftler haben ergeben, dass wir die Natur bereits zu 20 % übernutzen. Damit ist das allgemeine kapitalistische Gesetz des sich ewig verwertenden Wertes bereits an seine stofflichen Grenzen gestoßen. Eine Regeneration oder Reparatur der Natur sieht die kapitalistische Marktwirtschaft nicht vor. Aufgabe der LINKEN ist, diesen Prozess zu stoppen. Der naturblinde Markt muss durch Einpreisung der externen Kosten sehend gemacht werden. Das Kapital muss der Natur untergeordnet werden. Die Ressourcen- und Umwelterhaltung ist wichtiger als die Kapitalvermehrung.

Zu diesen auch den linken Ökonomen allgemein bekannten theoretischen Aussagen der „Klassiker“, fehlt die den heutigen Bedingungen adäquate ökonomische Theorie der LINKEN.

Die für die LINKE notwendige ökonomische Theorie wurde in den vergangenen Jahren von der wissenschaftlichen Schule der „Ökologischen Ökonomie“ bereits weitgehend ausgearbeitet. In kurzen Zügen soll diese Theorie hier dargestellt werden. Im jüngst erschienen Buch von Prof. Holger Rogall „Ökologische Ökonomie“ wird diese Theorie ausführlich vorgestellt (VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2. Aufl. 2008. ISBN 978-3-531-16058-0). Die folgenden Ausführungen sind diesem Buch entnommen. Deshalb werden auch wörtlich übernommene Textstellen nicht in Anführungsstriche gesetzt.

Die heute herrschende **Wirtschaftsschule der neoklassischen Ökonomie** geht vom Menschenbild des **Homo oeconomicus** aus, der sich streng eigennutzstrebend verhält. Dieses Dogma der Konsumentenouveränität bedeutet, dass jeder einzelne weiß, was für ihn am besten ist, und aus dessen Wünschen sich die gesellschaftliche Wohlfahrt (Lebensqualität) einstellt. Käufer und Konsumenten verhalten sich zweckrational. Da die Menschen unbegrenzte Bedürfnisse haben, ist eine kontinuierliche Produktionssteigerung und effiziente Produktion notwendig. Der Staat darf hier nicht eingreifen.

Der Schutz der natürlichen Ressourcen wird zu einem rein ökonomischen Problem erklärt. Der Mensch müsse die knappen Ressourcen so verbrauchen, dass eine Wohlstandssteigerung erreicht werden kann.

Kritik an der neoklassischen Ökonomie. Die neoklassische Wirtschaftstheorie ist im 19. Jahrhundert entstanden. Heute ist aber klar, dass die erneuerbaren Ressourcen (Tiere und Pflanzen) in ihrer Regenerationsrate bei vielen Arten bereits überschritten ist. Nicht erneuerbare Rohstoffe und Primärenergie-träger sind endlich und werden bereits heute knapp. Die Umweltmedien Boden, Wasser und Luft werden zunehmend vergiftet. Unsere Lebensgrundlagen werden seit dem 2. Weltkrieg durch die stark angestiegene industrielle Produktion übernutzt und gefährdet.

Hätte der Markt einen Selbststeuerungsmechanismus, wie die neoliberalen Ökonomen behaupten, dann müssten sich alle Kosten im Produktionspreis niederschlagen. Aber „die Preise der Produkte sagen heute nicht die ökologische Wahrheit“ (E. U. v. Weizsäcker). Die Kosten für die Nutzung der natürlichen Ressourcen, die Umweltschäden, werden externalisiert, und dadurch können die Güter unter den volkswirtschaftlichen Kosten verkauft werden. Die Umweltkosten werden auf den Steuerzahler, künftige Generationen und die Natur abgewälzt. Durch dieses **Marktversagen** ist der Staat gezwungen, die natürlichen Ressourcen vor Übernutzung zu schützen. Da aber der Staat fest in der Hand der Unternehmer ist, gibt es vonseiten der Regierung nur unzureichende halbherzige Aktionen.

Die Politiker sind nicht daran interessiert, die Lebensqualität der Gesellschaft dauerhaft über einen langen Zeitraum zu verbessern. Sie setzen keine wirksamen ökologischen Leitplanken. Die **ressourcenintensive Durchflusswirtschaft** führte dadurch zu einer technischen und technologischen Fehlentwicklung. Es entstand so ein maximaler Output der Industrie und im Gefolge ein **ressourcenintensiver Lebensstil** in den Industrieländern.

Aufgabe des Staates wäre, durch ordnungsrechtliche Instrumente die Internalisierung der Umweltkosten zu verordnen sowie marktkonforme Instrumente als Anreiz für Veränderungen zu veranlassen. Ansonsten bleibt der Staat auf den anwachsenden Umweltkosten sitzen und wird in seiner Finanzkraft zukünftig weit überfordert.

Sollen die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung aufrecht erhalten werden, muss das Dogma der Konsumentensouveränität für käufliche Güter aufgegeben werden. Die Käufer unterlassen oft die ausreichende Vorsorge zugunsten des derzeitigen Konsums und bewerten Risiko und Folgen ihrer Käufe falsch. Eine unmittelbare Ursachen-Wirkungs-Beziehung ist für den Einzelnen auch nur schwer oder nicht zu erkennen. Wasser, Boden und Luft werden wie öffentliche Güter behandelt, die weder knapp sind, noch einen Preis haben. Letztlich wird die Rationalität der Käufer durch Werbung und Modetrends erheblich eingeschränkt.

Die Naturvergessenheit der herrschenden neoliberalen Ökonomie wird immer sichtbarer, je mehr im globalen Maßstab die Natur übernutzt wird. Zahlreiche Wissenschaftler sind daher der Meinung, dass eine Ökokatastrophe nicht mehr zu verhindern sei.

Aus der Kritik der neoklassischen Umweltökonomie ist in den 80er Jahren die **Ökologische Ökonomie** hervorgegangen. *Kernaufgabe dieser Wissenschaft ist die Erreichung hoher ökologischer, ökonomischer und sozial-kultureller Standards für heutige und künftige Generationen im Rahmen der natürlichen Tragfähigkeit.* Der gegenwärtige Entwicklungspfad der Gesellschaft in den Industrieländern und den Ländern, die ihnen nacheifern (China, Indien), ist ohne eine Richtungsänderung dauerhaft nicht aufrechtzuerhalten.

Die Kernaussagen der Ökologischen Ökonomie sind:

- **Anerkennung der absoluten Grenzen der Natur** und deshalb dauerhafte Erhaltung der Ressourcen und nicht deren optimalen Verbrauch.
- Ersetzung des traditionellen Wachstumsparadigmas durch ein **Nachhaltigkeitsparadigma**. Ein exponentielles Wirtschaftswachstum mit der Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen kann es langfristig nicht geben.
- Eine nachhaltige Entwicklung **beruht auf den ethischen Prinzipien** der intra- und intergenerativen Gerechtigkeit und Verantwortung.
- Notwendigkeit einer **partizipativen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit**, damit ein gesellschaftlicher Diskurs- und Partizipationsprozess möglich wird.
- Notwendigkeit der **Änderung der Rahmenbedingungen mittels politisch-rechtlicher Prozesse**, damit ein nachhaltiges Verhalten für Konsumenten und Produzenten vorteilhaft wird.
- **Sozialökologische Markt- oder Gemeinwirtschaft**, das heißt, keine reine Marktwirtschaft, aber auch keine reine Verwaltungswirtschaft.
- Anerkennung besonderer globaler Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung, Einführung eines **internationalen Ordnungsrahmens, Senkung des Pro-Kopf-Verbrauchs in den Industrieländern** um 80 bis 90 % bis 2050, Verminderung der Bevölkerungszunahme der Entwicklungsländer.

Diese Kernaussagen wurden von der Wissenschaft der „**Neuen Umweltökonomie**“ weiterentwickelt. Hauptvertreter ist Prof. Holger Rogall.

- Es besteht die **Chance einer dauerhaft aufrechterhaltenen Entwicklung**. Ein Ende der Ökonomie ist in absehbarer Zeit nicht naturgesetzlich vorgeschrieben.
- Es wird keine Gleichgewichtsökonomie (Steady-State-Economy) angestrebt, sondern ein **selektives Wachstum in den Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit**. Zukunftsfähige Produkte, Verfahren und Strukturen müssen die nicht nachhaltigen Techniken, Verfahren und Strukturen ersetzen.
- **Es kann nicht auf einen „neuen Menschen“**

gewartet werden, denn der Kern menschlicher Verhaltensweisen ändert sich nur in extremen Notsituationen. Auch wenn die menschliche Natur nicht geändert werden kann, sind Lernprozesse dennoch notwendig.

- Das **Menschenbild** muss sich vom Homo oeconomicus zum **Homo cooperativus** wandeln. Die Flexibilisierung, Bindungslosigkeit, Entpolitisierung, Verflachung aller Gesellschaftsmitglieder muss durch Abschaffung des Zwanges zu einem sozialen Wachstum der Einzelmitglieder überwunden werden. Werden die Grundbedürfnisse erfüllt, können Menschen glücklich leben.

Die vorstehenden Formulierungen könnten fast ohne Abstriche in ein neues Parteiprogramm der LINKEN aufgenommen werden. Die LINKE tritt vehement für **Gerechtigkeit in der Gesellschaft** ein. Vorrangig und aus aktuellen Anlässen für die soziale Gerechtigkeit. Aber soziale Gerechtigkeit kann nur auf der Grundlage einer ökonomischen und ökologischen Gerechtigkeit gedeihen. Hinzu kommt die Verantwortung für zukünftige Generationen, die eine intergenerative Gerechtigkeit erfordert. Das Gerechtigkeitsprinzip als zentraler Bestandteil des Parteiprogramms muss also auf alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens ausgedehnt werden.

Die **Übernutzung der natürlichen Lebensgrundlagen** wird im bisherigen Parteiprogramm nur unzureichend thematisiert: Klimaerwärmung, Übernutzung der erneuerbaren Ressourcen, Raubbau an nicht erneuerbaren fossilen Energieträgern und Industrierohstoffen, Zerstörung von Ökosystemen sowie von Artenvielfalt und Landschaften, Gefährdung der menschlichen Gesundheit durch die industriellen Produkte und Abfälle. Das muss im neuen Parteiprogramm stärker berücksichtigt werden.

Alle diese Themen werden von der Ökologischen Ökonomie aufgegriffen und Lösungswege aus den möglichen zukünftigen Katastrophen gezeigt. Es ergibt sich deshalb die Frage, welche **politischen, ökologischen, ökonomischen und sozial-kulturellen Leitlinien können aus dieser Wissenschaft für die LINKEN nutzbar gemacht werden?**

Hier eine Auswahl:

1. Die Güter und Ressourcen müssen **gerecht verteilt** werden, innerhalb der Gesellschaft und zwischen den Generationen.
2. Der **Material- und Energiedurchsatz** der Gesellschaft muss auf die **Tragfähigkeit der Natur begrenzt** werden.
3. Ein **dauerhaft aufrechterhaltbares Maß des Ressourcenverbrauchs muss innerhalb von 20 Jahren erreicht werden**, um die Natur nicht irreversibel zu schädigen und künftigen Generationen noch Ressourcen zu belassen.
4. Es muss eine Position der **strikten Nachhaltigkeit** vertreten werden. Die ökologische Wahrheit kommt in den marktwirtschaftlichen Preisen nicht zum Ausdruck. Die externen Kosten müssen in die Preise internalisiert werden.
5. Politisch-rechtliche Instrumente sind notwendig, um den Markt mittels **ökologischer Leitplanken und Preisfestsetzungen** zu beeinflussen.

6. Das **Menschenbild des heterogenen Homo cooperativus** muss entwickelt werden. Gefördert werden müssen Eigenschaften wie die Fähigkeit zum langfristig orientierten kooperativen Handeln, Fähigkeit zum Hineinversetzen in andere, Anerkennung und Berücksichtigung der Interessen anderer, Verantwortungsgefühl für Menschen in anderen Ländern und Kontinenten und für zukünftige Generationen.
7. **Ursache für die Übernutzung der Natur ist das Profitstreben im Konkurrenz-Kapitalismus.** Die reine Marktwirtschaft mit Konsumorientierung der Gesellschaft verhindert die Lösung der Probleme.
8. Selbstheilungskräfte des Marktes funktionieren nicht, Selbstverpflichtungen der Industrie werden nicht eingehalten, so dass **staatlich verordnete ökologische Vorschriften** eine weitere Übernutzung der natürlichen Ressourcen verhindern müssen.
9. Das **Wirtschaftswachstum mit steigendem Materialverbrauch muss eingestellt werden.** Allein durch Langlebigkeit und Reparaturfähigkeit der erzeugten Güter kann der Materialverbrauch halbiert werden, ohne dass der Wohlstand gesenkt werden muss.
10. Die Entwicklung der Wirtschaft muss durch Effizienz gekennzeichnet sein, indem die **Produkte stoff- und schadstoffärmer hergestellt werden und eine Kreislaufwirtschaft organisiert wird.** Nicht ökologische Produkte müssen durch erneuerbare substituiert werden. Neue Lebensstile und neue Konsummuster müssen zur Dematerialisierung und Strukturänderung in der Wirtschaft beitragen.
11. Notwendig ist eine Trendumkehr der vergangenen 250 Jahre industrieller Entwicklung hin zu einer **Senkung des Ressourcenverbrauchs und einer höheren Lebensqualität bei Befriedigung der Grundbedürfnisse.**

Oft wird verlangt, die **Systemfrage** zu stellen, weil der Kapitalismus unfähig ist, sich selbst und die Menschheit zu retten. Ist es sinnvoll, diese Frage unter den gegebenen Machtverhältnissen zu stellen?

Die Wirtschaftsverfassung der BRD und der EU ist die **„offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“** (Art. 4 Abs. 1 EVG). Damit ist eine zentrale Verwaltungswirtschaft mit Staatseigentum an den Produktionsmitteln, wie heute von Kommunisten gefordert, ausgeschlossen.

Eigentum muss aber in der BRD dem Wohle des Volkes dienen (Art. 14 GG). Auch können Produktionsmittel in Gemeineigentum überführt werden (Art. 15 GG). Das Nachhaltigkeitsprinzip schränkt den freien Wettbewerb in der offenen Marktwirtschaft ein (Art. 20a GG). **Der Staat kann also eingreifen, wenn ein Marktversagen vorliegt.** Er könnte als ersten Schritt die „freie Marktwirtschaft“ zu einer **„sozial-ökologischen Marktwirtschaft“** drängen und lenken. Dazu muss der Staat in die Wirtschaft eingreifen. Das wird ihm bisher nur bei der Sozialisierung der Verluste der Konzerne gestattet. Beispiel aus jüngster Zeit ist die Rettung von Banken, die

sich verspekuliert haben.

Bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen in allen kapitalistischen Industrieländern ist eine Umstrukturierung der Wirtschaft hin zu einem naturverträglichen Kurs sehr schwierig, zumal das staatliche Steuerungspotenzial zugunsten der Verhandlungsmacht von multinationalen Systemen bereits weitgehend aufgegeben wurde.

Eine Enteignung von Wirtschaftsunternehmen kann daher nicht Programmpunkt der LINKEN sein. Die Umstrukturierung der Wirtschaft muss durch ausgewählte ökonomische Instrumente zu einer **sozial-ökologischen Markt- oder Gemischtwirtschaft** führen. Fügen sich die Konzerne nicht einem sozial-ökologischen Ordnungsrahmen, dann sollten diese **Konzerne in die Treuhand des Staates** genommen werden. Bewirtschaftung wie in einer Genossenschaft ohne Gewinnausschüttung macht Mittel für die Reparatur der Umwelt frei.

Wird behauptet, dass der Staat das nicht kann, dann müssen die Erfahrungen der staatlichen Treuhandgesellschaft angeführt werden, die die ganze DDR-Volkswirtschaft mit 45 000 Einzelbetrieben über Jahre geführt hat, zwar mit einer anderen Zielstellung, aber die kann ja entsprechend vorgegeben werden. Der Staat ist also sehr wohl in der Lage, Industriebetriebe zu lenken, wenn diese Aufgabe gestellt wird. Allerdings muss die Aufgabenstellung einer solchen Treuhandgesellschaft den Zielen der Ökologischen Ökonomie entsprechen.

Um eine solche Entwicklung durchzusetzen, muss in den zukünftigen Wahlkämpfen das **Unvermögen der ungebremsten kapitalistischen Wirtschaft thematisiert werden, um die Gesellschaft und die Natur vor den kommenden Katastrophen zu retten.** Solange die Minister und Staatssekretäre in der Wirtschaft für ihre Verdienste für das Kapital in die Vorstandsetagen aufgenommen werden und Konzernmitarbeiter in den Ministerien die Gesetze ausarbeiten, wird sich bestimmt nichts ändern. Enge personelle Verflechtungen zwischen Konzernen und Regierung garantieren den Machteinfluss der Wirtschaft.

Nur über den **Weg der Erkämpfung der politischen Macht führt ein Weg zur Rettung von Natur und Gesellschaft.** Deshalb ist die Verteidigung des Grundgesetzes, die Bewahrung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit so wichtig.

Kapitalismus in der Krise. Es ist nicht nur eine Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise

Gilbert Siegler

Die Krise ist da. Hunderte von Milliarden wurden „verbrannt“, zahllose KleinsparerInnen wurden um ihre Ersparnisse gebracht, weil ihnen, selbst von der

HASPA, hochspekulative Papiere als sichere Anlagen verkauft wurden. Viele Millionen RentnerInnen v. a. in den angloamerikanischen Ländern müssen um ihre Altersabsicherung fürchten, weil Pensionsfonds sich verzockt haben. In den kapitalistischen Hauptländern werden Billionen für eine Umverteilung an Banken und andere Finanzkonzerne bereitgestellt. Nach den Umverteilungsorgien der letzten 10 Jahre werden auch diesmal Arbeitslose, RentnerInnen und die Masse der abhängig Beschäftigten die Hauptlast tragen, wenn mit dem Hinweis auf die „Rettungspakete“ für Banken und Konzerne Ausgaben für Soziales und Umwelt, Bildung und Gesundheit zusammengestrichen werden.

Wirtschaftskrise

Alle Anzeichen sprechen dafür, dass wir zugleich am Beginn einer globalen Krise der Realwirtschaft stehen. Der Exportweltmeister Deutschland, dessen Binnenmarkt aufgrund der seit vielen Jahren sinkenden Kaufkraft schwach ist, reagiert natürlich besonders empfindlich, wenn die Saugkraft des Exportstaubsaugers USA nachlässt und zugleich die Nachfrage in den meisten EU-Ländern sinkt oder stagniert. Aktuelle Prognosen sprechen von einem Sinken des deutschen BIP in 2008 um etwa 0,75 %. Der unbefangene Betrachter könnte meinen, ein geringfügiges Sinken der Wirtschaftsleistung nach vielen Jahren des Wachstums sei doch nicht so schlimm. Aber in dieser Situation erweist sich wieder, dass „Wachsen oder Weichen“ ein ehernes Gesetz des Kapitalismus ist. Der vom Finanzmarkt getriebene Kapitalismus hat dieses Gesetz auf die Spitze getrieben. Durch die Politik

- der Lohnsenkung bei immer intensiverer Ausbeutung,
- der Niedriglöhne in prekären Arbeitsverhältnissen,
- der Massenarbeitslosigkeit,
- der Senkung von Renten und Transfereinkommen

entstanden Hunderte von Milliarden zusätzlicher Profite. Deren Anlage war in den bestehenden Produktions- und Dienstleistungsbereichen kaum noch möglich. Diese Profite sollten gleichwohl mit hoher Rendite angelegt werden.

Das führte zu einer Strategie der Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge und öffentlichen Eigentums: Altersvorsorge, Krankenhäuser, Bildungseinrichtungen, Energieversorgung, öffentlicher Verkehr - alles wurde (und wird!) dem Zugriff privater Kapitalanleger geöffnet, zur frei handelbaren Ware degradiert, die nur in Anspruch nehmen kann, wer über hinreichende Kaufkraft verfügt. Selbst die Atmosphäre wird der Kapitalverwertung unterworfen (Emissionshandel).

Zum anderen führte die rasch wachsende Bedeutung der Finanzmärkte zu Renditeerwartungen, die in der Realwirtschaft weit jenseits aller Möglichkeiten liegen. Wenn Eigenkapitalrenditen von 20 und 25 %

nicht nur versprochen, sondern auch realisiert werden, so war und ist das nur durch eine konsequente Strategie der Ausplünderung möglich. Zum einen wurde und wird öffentliches Eigentum - oft zu einem Bruchteil seines tatsächlichen Wertes – verschleudert. (Die Deutsche Bahn ist auch weiterhin dafür vorgesehen wenn auch der „Börsengang“ zur Zeit nicht durchsetzbar ist.) Zum anderen wurden und werden wirtschaftlich gesunde Unternehmen von Kapitalanlegern aufgekauft und ausgeplündert. Mit immer größeren Finanzmitteln wurden immer gewagtere spekulative Geschäfte mit Währungen, Aktien, Erdöl, Nahrungsmitteln, Kreditforderungen etc. entwickelt. Es entstanden riesige Finanzblasen, die nun geplatzt sind.

Krise durch Wachstum

Der dem Kapitalismus innewohnende Zwang zum Wachstum führt zu weiteren Krisen, die noch weitaus dramatischere Folgen haben können. Der Neoliberalismus will unbegrenztes Wachstum und ignoriert dabei die Begrenztheit der Ressourcen. Verknappung der Trinkwasserreserven, leer gefischte Meere, Verknappung mineralischer Rohstoffe und das in den nächsten Jahrzehnten zu Ende gehende Erdöl sind nur einige wesentliche Themen. Die Übernutzung der natürlichen Ressourcen hat bereits jetzt zu dramatischen Folgen geführt.

Klimakrise

Die Verbrennung fossiler Energieträger (Kohle, Öl, Gas) v. a. für Energiebereitstellung und Verkehr, die Brandrodung von Wäldern, die industrialisierte Landwirtschaft u. a. führen zur globalen Erwärmung. Der Klimawandel hat sich in den letzten Jahren dramatisch beschleunigt; die Anreicherung von CO₂ in der Atmosphäre stieg in mehreren Hunderttausend Jahren noch nie so schnell an wie in diesem Jahrzehnt. Die Fähigkeit der Ozeane, CO₂ zu absorbieren, nimmt zugleich spürbar ab. Gelingt es noch, den Temperaturanstieg im globalen Mittel auf 2 Grad zu begrenzen, lassen sich die Folgen für den Wasserhaushalt, für die Landwirtschaft, beim Meeresspiegelanstieg, der Ausbreitung von Krankheiten, bei der Wüstenbildung und bei den Folgen von Unwettern vielleicht noch beherrschen; viele WissenschaftlerInnen bezweifeln inzwischen, dass die 2-Grad-Grenze eingehalten werden kann. Dafür müsste der CO₂-Ausstoß bis 2050 global halbiert werden; d. h. die Treibhausgasemissionen müssen in Deutschland und anderen hochindustrialisierten Ländern auf maximal 20 % der heutigen Menge reduziert werden. Die Emissionen pro Kopf und Jahr müssen von ca. 11 auf 2 Tonnen sinken.

Das erfordert grundlegende Veränderungen:

- deutliche Verringerung des Energieverbrauchs;
- weitgehender Ausstieg aus den fossilen Energieträgern (v. a. Kohle und Öl) bis 2020;

- grundlegende Umgestaltung der Verkehrssysteme (viel weniger PKW, LKW und Flugverkehr, deutlich mehr öffentlicher Verkehr, v. a. auf der Schiene);
- deutlich effizientere Energiebereitstellung und Energienutzung,

um nur die wichtigsten Punkte zu nennen.

Für diese Veränderungen, die man mit gutem Grund revolutionär nennen kann, stehen nur noch wenige Jahre zur Verfügung. Sie müssen gegen die Interessen der mächtigsten Konzerne durchgesetzt werden, gegen die Energiewirtschaft, die Auto- und Flugzeugindustrie und die Unternehmen, die solche Systeme betreiben (z. B. Logistiker, Fluggesellschaften).

Der sich bereits vollziehende Klimawandel führt schon heute besonders in afrikanischen Ländern zu Millionen Flüchtlingen, die in verdorrten Landstrichen nicht mehr leben können. Manche von ihnen finden den Tod beim Versuch, in die Festung Europa zu gelangen. Gelingt es nicht, den Treibhausgasausstoß schnell drastisch zu verringern, wird es weltweit zu katastrophalen Folgen kommen; werden die landwirtschaftliche Nutzfläche deutlich abnehmen, kommt es zu Hungerkatastrophen bisher nicht bekannten Ausmaßes. Der Meeresspiegelanstieg würde die norddeutsche Tiefebene existenziell gefährden. Die großen Deltagebiete im Süden Asiens und in Nahost aber, in denen einige Hundert Millionen Menschen leben, wären kaum zu verteidigen.

Der Klimawandel ist ein träger Prozess, d. h. es dauert viele Jahre, bis die emittierten Treibhausgase dort in der Atmosphäre angekommen sind, wo sie lange Zeit wirksam sein werden. Die Erwärmung wird also auch nach einer starken Reduktion der Emissionen noch jahrelang weitergehen

Versäumnisse von heute sind nicht rückgängig zu machen. Deshalb ist Eile geboten.

Energiekrise

Eine besondere Bedeutung nimmt in diesem Zusammenhang die Energiekrise ein. Die fossilen Energieträger, zunächst Kohle und dann besonders das Erdöl, waren und sind die energetische Grundlage des kapitalistischen Wachstumsmodells. WissenschaftlerInnen diskutieren noch, ob der Höhepunkt der globalen Ölförderung bereits erreicht ist (energy watch group, internationales WissenschaftlerInnen-Netzwerk) oder erst 2020 (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe) zu erwarten ist. Die Zeit des billigen Öls ist auf jeden Fall vorbei; daran ändert auch der krisenbedingte vorübergehende Rückgang des Ölpreises nichts. Das bei der Verbrennung von Benzin, Diesel, Kerosin frei werdende CO₂ trägt wesentlich zu globaler Erwärmung bei; ein weiterer Grund, den Ölverbrauch schnell zu verringern. Die Kohlevorräte sind größer, aber die CO₂-Emissionen pro Energieeinheit sind noch 50 % größer als beim Erdöl. Die Erdgasvorräte sind ebenfalls größer als die Ölvorräte, aber Erdgas wird in der Zeit des Übergangs zu einer ausschließlich regenerativen

rativen Energieversorgung auch in steigendem Maße genutzt werden müssen; die CO₂-Emissionen pro Energieeinheit sind nur etwa halb so groß wie beim Erdöl.

Antworten von links formulieren

Die Folgen der Klimakrise und der Energiekrise tragen weltweit und auch in Hamburg zuerst und am stärksten diejenigen, die wenig Geld haben. Die gesamte Linke, also auch unsere Partei hat eine gewaltige Verantwortung: Wir müssen den Menschen verständlich machen, dass die Klima- und Energiekrise eine der größten Herausforderungen der Gegenwart ist, weil sie elementare Lebensinteressen berührt. Wir haben die Chance, den Zusammenhang zwischen Klima- und Energiekrise und kapitalistischem Wachstumsmodell verständlich zu machen und damit vielen Menschen zu erklären, warum die Lebensinteressen der übergroßen Mehrheit eine Überwindung des Kapitalismus erfordern. Eine andere Energie-, Industrie- und Verkehrspolitik, die an den ökologischen und sozialen Interessen der Menschen und nicht am Profitinteresse orientiert ist, lässt sich nur gegen die Konzerne durchsetzen, die am Weg in die Katastrophe Milliarden verdienen. Eine Einschränkung und letztlich Überwindung der Macht dieser (und anderer) Konzerne ist dafür elementar.

Das offensive Eintreten für eine zukunftsfähige, Klima und Ressourcen schonende Energiepolitik schafft zugleich die Möglichkeit zur Schaffung Zigtausender neuer qualifizierter, dauerhafter Arbeitsplätze in der Produktion, Weiterentwicklung, Montage und Wartung regenerativer Energieanlagen. 160 000 Beschäftigte arbeiteten 2004 im Bereich erneuerbare Energien; 2006 waren es schon 236 000 („Beschäftigung im Umweltschutz“, Hintergrundpapier des Umweltbundesamtes). Eine dezentrale, demokratisch kontrollierte Energiebereitstellung aus Wind, Wasserkraft, Sonnenenergie, Biomasse, Erdwärme usw. ist die entscheidende Grundlage für eine zukünftige gesicherte Energieversorgung zu Preisen, die für alle Menschen bezahlbar sind. Sie vermeidet bzw. verringert zudem die immensen volkswirtschaftlichen Kosten, die durch die globale Erwärmung bei einem „weiter so wie bisher“ entstehen würden.

Auch im Verkehrsbereich ist eine drastische Politikwende einzufordern. Statt mit Milliarden eine Ressourcen verschleudernde und höchst klimaschädliche Automobilindustrie zu subventionieren, muss die Politik die Verkehrswende durchsetzen: Autos müssen leichter, langsamer, sparsamer im Verbrauch werden, der Kauf und die Nutzung spritfressender CO₂-Schleudern ist sofort deutlich zu verteuern und mittelfristig zu verbieten. Deutschland muss seinen Widerstand gegen wirksame CO₂-Minderungsziele auf EU-Ebene aufgeben. Die Autoindustrie darf nur dann finanzielle Unterstützung erhalten, wenn sie sich den genannten Zielen verbindlich und nachprüfbar unterordnet und zugleich ihre ohnehin zu großen Kapazitäten für die (Weiter-)Entwicklung und den

Bau von Fahrzeugen für öffentliche Verkehrssysteme (Bahnen und Busse) nutzt. Die Privatisierung der Deutschen Bahn ist endgültig aufzugeben. Die Bahn braucht eine neue Rechtsform und ein Management, die eine Ausweitung des Transportangebots und einen Wiederausbau des Netzes ermöglichen; die Bahn muss sich zugleich aus ihren internationalen Geschäften (Aufkauf von Unternehmen in diversen Ländern) zurückziehen, wodurch viel Geld für ihre eigentlichen Aufgaben frei wird. Die Privatisierung des öffentlichen Nahverkehrs muss beendet, die Verkehrsunternehmen wieder in die Hand der Kommunen übertragen werden. Der Flugverkehr darf nicht mehr subventioniert werden, sondern er muss seiner Klimaschädlichkeit entsprechend belastet werden. Mit diesen und weiteren Maßnahmen kann eine weitreichende Umorientierung vom PKW, LKW und Flugzeug auf die umweltfreundlicheren öffentlichen Verkehrssysteme eingeleitet werden. Nur so lassen sich die gefährdeten Arbeitsplätze in der Autoindustrie sichern und zugleich der gewaltige Beitrag des Verkehrs zur globalen Erwärmung deutlich verringern.

Die ersten Schritte

In der aktuellen Phase der Krisenentwicklung können wir wichtige politische Schritte tun: Wir können den Menschen erklären, warum die Ursache der Krise nicht in der Gier von Managern (oder im Egoismus des Mensch an sich) liegt, sondern im Neoliberalismus, also im Kapitalismus. Daraus ergibt sich folgerichtig die Forderung nach der Vergesellschaftung der großen Banken, die so kontrolliert und umstrukturiert werden müssen, dass sie Zahlungsverkehr regeln und die BürgerInnen und die Realwirtschaft mit Krediten versorgen und sonst nichts. Unsere Antwort auf das „Rettungsbegehren“ von Automobilkonzernen und anderen Konzernen kann nur sein: Vergesellschaftung, demokratische Kontrolle und weitgehender Umbau der Produktion, damit sich diese an wirklichen gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht am Profitinteresse der Aktionäre orientiert. Ebenso gehören die Energiekonzerne E.ON, Vattenfall, RWE, EnBW in öffentliches Eigentum, damit sie nicht weiter das Klima zerstören und die Kosten für Strom und Heizung für immer mehr Menschen unbezahlbar machen und dadurch Milliardenprofite scheffeln.

Wir müssen die Klimakrise und die Energiekrise – als Teil einer umfassenden ökologischen Krise - zu einem zentralen Feld unserer Politik machen. Politik kann sich heute und in Zukunft nur noch als „links“ im Sinne von sozial, antikapitalistisch, emanzipatorisch, zukunftsfähig, auf einen demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts orientiert bezeichnen, wenn sie auch die elementaren ökologischen Lebensinteressen der Menschen in ihren Mittelpunkt stellt; die Klimafrage und die Energiekrise gehören zuallererst dazu. Linke Politik ist ökologisch oder sie ist nicht links.

Gilbert Siegler ist Mitglied der AG Umwelt, Energie und Verkehr im Landesverband Hamburg.

Anm. d. Red.:

Weitere Artikel zu diesem Schwerpunkt unter www.oekologische-plattform.de:

Friedrich W. Sixel: Zur „Finanzkrise“. Birgt sie keine Chance auf eine bessere Zukunft?

Klaus Steinitz, Manfred Ullrich: Umweltprobleme und ihre Verflechtungen in den krisenhaften Prozessen des Kapitalismus. – Sozialismus 3/09, 36. Jahrgang, Heft Nr. 329

KLIMA

Klimawandel. Vom Prinzip der Solidarität

Evo Morales

Die Logik des kapitalistischen Systems zerstöre die Erde, sagt Boliviens Präsident Evo Morales und fordert die Industriestaaten auf, ihre Versprechungen einzuhalten.

Schwestern und Brüder, heute ist unsere Mutter Erde schwer krank. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts haben wir die heißesten Jahre des letzten Jahrtausends erlebt. Die globale Erwärmung verursacht abrupte Wetterveränderungen mit katastrophalen Folgen: den Rückgang der Gletscher und das Abschmelzen der Polarkappen; den Anstieg des Meeresspiegels und die Überschwemmungen der Küstengebiete; das Wachstum der Wüsten und die Abnahme der Süßwasservorräte; immer mehr und stärkere Naturkatastrophen sowie das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten.

Dies alles hat 1750 mit der industriellen Revolution begonnen. In nur zweieinhalb Jahrhunderten haben die sogenannten entwickelten Staaten einen großen Teil der fossilen Brennstoffe aufgebraucht, die zuvor in über fünf Millionen Jahrhunderten entstanden sind.

Es ist die Logik des kapitalistischen Systems mit der Gier nach Gewinn ohne Ende, die den Planeten zu zerstören droht. Im Kapitalismus sind wir nicht Menschen, sondern KonsumentInnen. Für den Kapitalismus gibt es keine Mutter Erde, sondern nur Rohstoffe. Der Kapitalismus ist die Ursache von Ungleichheiten in der Welt. Er schafft Luxus für einige wenige, während Millionen an Hunger sterben. In den Händen des Kapitalismus verwandelt sich alles in eine Ware: das Wasser, die Erde, das menschliche Genom, die uralten Kulturen, die Justiz, die Ethik, der Tod und selbst das Leben. Alles, absolut alles, ist zu kaufen und zu verkaufen im Kapitalismus. Selbst der Klimawandel wird dabei zu einer Ware.

Mit der Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls von

1997 haben sich die Industrienationen und die Schwellenländer dazu verpflichtet, ihren Ausstoß an Treibhausgasen um mindestens fünf Prozent unter das Niveau von 1990 zu senken. Dieses Ziel sollte durch die Umsetzung verschiedener, vor allem vom Markt dominierten Mechanismen erreicht werden. Bis zum Jahr 2006 hatte der Ausstoß der Treibhausgase in Relation zu 1990 allerdings um 9,1 Prozent zugenommen. Die Marktmechanismen haben keine maßgebliche Reduktion der Emissionen erreicht. Dies zeigt, dass der Markt weder dazu fähig ist, das globale Finanz- und Produktionssystem zu regulieren, noch den Ausstoß der Treibhausgase zu begrenzen. Der Markt schafft einzig neue Gelegenheiten für Geschäftemacherei von InvestorInnen und Konzernen.

Während die USA und die EU den Banken 4100 Milliarden US-Dollar zugesprochen haben, um diese aus einer Krise zu retten, die von den Banken selbst verursacht worden ist, erhalten Programme gegen den Klimawandel nur 13 Milliarden US-Dollar. Hinzu kommt, dass diese Mittel unfair verteilt werden. Es wird wesentlich mehr Geld dafür eingesetzt, die Emissionen zu reduzieren (Abschwächung), als die Folgen des globalen Klimawandels zu verringern (Anpassung), unter denen alle Länder leiden. So fließt der Hauptanteil der Gelder für Sanierungs- und Entwicklungspläne genau in jene Staaten, welche die Umwelt am stärksten verschmutzt haben.

Gleichzeitig bleiben die Versprechungen für Technologietransfers und für die Finanzierung von Programmen zur nachhaltigen Entwicklung in den Ländern des Südens reine Worthülsen. Wir müssen also beim nächsten Klimagipfel in Kopenhagen einen großen Schritt vorwärts machen, wenn es uns gelingen soll, Mutter Erde und die Menschheit zu retten. Zu diesem Zweck mache ich folgende Vorschläge:

Strukturelle Ursachen

1. Es braucht eine Debatte über die strukturellen Ursachen des Klimawandels. Solange wir nicht das kapitalistische System aufgeben und es gegen ein System tauschen, das auf Solidarität, Gemeinschaft und Harmonie zwischen Mensch und Natur basiert, bleiben alle unsere Maßnahmen wirkungslos und gefährliche Symptombekämpfung. Für uns, die indigenen Völker, ist das Modell des „Besser leben“ gescheitert. Wir glauben nicht an die rein an Wachstum orientierte Vorstellung von Fortschritt und die unbegrenzte und grenzüberschreitende Entwicklung auf Kosten anderer und der Natur. Aus diesem Grund sprechen wir stattdessen vom „vivir bien“, vom guten Leben in Harmonie mit anderen Menschen und mit der Mutter Erde.
2. Die entwickelten Staaten müssen ihr Konsumverhalten kontrollieren und Schluss machen mit dem Luxus, der Verschwendung und dem exzessiven Brennstoffverbrauch. Subventionen für fossile Brennstoffe müssen abgeschafft und stattdessen alternative und umweltfreundliche

Energien entwickelt werden: die Sonnenenergie, die Erdwärme, die Wind- und Wasserkraft.

3. Die sogenannten Biotreibstoffe stellen keine Alternative dar, da sie die Produktion für Brennstoffe über die Produktion von Lebensmitteln stellen. Sie weiten die Agrarproduktion aus und zerstören dadurch die Wälder und die Biodiversität. Sie lassen Monokulturen entstehen, begünstigen die Landkonzentration in den Händen weniger, verschlechtern die Bodenqualität, erschöpfen Wasserressourcen, treiben die Preise für Nahrungsmittel in die Höhe und führen häufig zum Konsum von noch mehr Energie.

Zusagen einhalten

4. Die Industrienationen müssen ihre Verpflichtung zur Reduktion der Treibhausmissionen um mindesten fünf Prozent unter das Niveau von 1990 bis zum Jahr 2012 strikt einhalten. Es ist nicht akzeptabel, dass dieselben Staaten, die in der Vergangenheit den Planeten verschmutzt haben, nun Versprechen für noch mehr Reduktionen in der Zukunft abgeben, ohne sich an ihre gegenwärtigen Verpflichtungen zu halten.
5. Die Industrienationen müssen neue Mindestverpflichtungen eingehen und eine Reduktion der Treibhausgase um vierzig Prozent bis 2020 und um neunzig Prozent bis 2050 anstreben, ausgehend vom Stand der Emissionen von 1990. Diese Reduktion muss in den Staaten selbst umgesetzt werden und kann nicht durch flexible Marktmechanismen wie mit dem Handel von Emissionszertifikaten erreicht werden. Entsprechend müssen wir Systeme zur Kontrolle, Messung und Dokumentation entwickeln, die transparent und für die Öffentlichkeit zugänglich sind.
6. Jene Entwicklungsstaaten, die in der Vergangenheit nicht zur Verschmutzung der Umwelt beigetragen haben, müssen ihren Raum auch weiter schützen dürfen sowie eine alternative und nachhaltige Entwicklung umsetzen können, die nicht die Fehler der wilden Industrialisierung wiederholt. Um diesen Prozess zu unterstützen, sind diese Staaten unbedingt auf einen Finanz- und Technologietransfer angewiesen.

Ökologische Schulden

7. Die Industrienationen müssen ihre historisch bedingten ökologischen Schulden anerkennen und für die Entwicklungsstaaten einen „Integrierten Finanzmechanismus“ schaffen, der folgende Punkte unterstützt: Sanierungspläne und Programme zur Reduktion der Emissionen wie auch der Folgen des Klimawandels müssen umgesetzt werden; Technologien müssen entwickelt und transferiert werden; auf Naturkatastrophen, die vom Klimawandel ausgelöst sind, muss besser reagiert werden; nachhaltige und umwelt-

freundliche Entwicklungspläne müssen realisiert werden.

8. Um tatsächlich wirksam sein zu können, muss dieser „Integrierte Finanzmechanismus“ auf finanzielle Zuwendung in der Höhe von mindestens einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Industriestaaten zählen können. Zudem muss er Beiträge erhalten aus Abgaben auf Erdöl und Erdgas, auf Finanztransaktionen, auf Meeres- und Lufttransporte sowie auf die Profite der transnationalen Konzerne.
9. Diese Beiträge der Industrienationen müssen zusätzlich geleistet werden und dürfen nicht Teil der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit, bilateralen Förderung oder Hilfsleistungen von Organisationen sein. Jede Form der finanziellen Hilfe außerhalb der Klimarahmenkonvention der UNO (UNFCCC) kann nicht als Erfüllung der Verpflichtung der Staaten im Rahmen der Konvention betrachtet werden.
10. Diese Geldmittel müssen direkt den Plänen oder nationalen Programmen der einzelnen Staaten zugute kommen und dürfen nicht gemäß der Logik des Marktes verteilt werden.
11. Die Geldmittel dürfen nicht nur an einige wenige Industriestaaten verteilt werden, sondern müssen vor allem jenen Staaten zugute kommen, die weniger Treibhausgase freisetzen, die die Natur erhalten und welche vor allem unter den Folgen des Klimawandels zu leiden haben.
12. Der weitreichende finanzielle Mechanismus muss von der UNO verwaltet werden und nicht vom Globalen Umweltfonds oder von anderen Finanzvermittlern wie der Weltbank oder regionalen Entwicklungsbanken; die Leitung muss sich kollektiv, transparent und unbürokratisch verhalten. Sämtliche Entscheidungen müssen zudem gemeinsam von allen Mitgliedstaaten - besonders den Entwicklungsländern - getroffen werden und nicht nur von den Geberstaaten.

Technologietransfer

13. Sämtliche Innovation und technische Entwicklung im Bezug auf den Klimawandel muss lizenzfrei sein und darf nicht unter einem privaten monopolistischen Patentregime stehen.
14. Jedes Produkt aus öffentlich finanzierter Innovation und technischer Entwicklung muss lizenzfrei und für alle Entwicklungsstaaten zugänglich sein.
15. Das System der freiwilligen oder zwangsweisen Freigabe von bereits bestehenden Lizenzen muss gefördert und verbessert werden, damit alle Staaten gratis Zugang dazu haben. Industrienationen sollten ihre Patente und Rechte an geistigem Eigentum nicht als etwas behandeln dürfen, das es mit allen Mitteln zu verteidigen gilt.
16. Das Handeln und Denken in Harmonie mit der Natur, das die indigenen Völker praktizieren, muss wieder belebt und gefördert werden, da es

sich über Jahrhunderte hinweg als sehr nachhaltig erwiesen hat.

Mithilfe von allen

17. Programme, Pläne und Aktionen zur Verringerung der Folgen des Klimawandels sollen unter Mithilfe der lokalen Gemeinschaften und der indigenen Völker gefördert werden. Das beste Mittel, den Herausforderungen durch den Klimawandel zu begegnen, sind nicht Marktmechanismen, sondern der Einsatz von motivierten und gut organisierten Menschen, die über eine kulturelle Identität verfügen.
18. Die Reduktion der Emissionen, die durch Abholzung und Schädigung des Waldes entstehen, muss auf einem Mechanismus der direkten Kompensation zwischen den Entwicklungsländern basieren. Die lokalen Gemeinschaften müssen daran beteiligt sein. Es braucht zudem transparente und öffentlich zugängliche Mechanismen zur Kontrolle, Dokumentation und Verifizierung.
19. Wir brauchen eine weltweite Organisation für den Schutz der Umwelt und des Klimas, der die weltweiten Handels- und Finanzorganisationen untergeordnet sind. So wäre es möglich, umweltfreundliche und lösungsorientierte alternative Modelle zu fördern. Diese Organisation muss zudem über effiziente Methoden verfügen, durch die sie nachfassen, verifizieren und sanktionieren kann, um sicherzustellen, dass heutige und zukünftige Vereinbarungen auch eingehalten werden.
20. Es ist unabdingbar, die Welthandelsorganisation, die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds und das gesamte internationale Wirtschaftssystem einer strukturellen Anpassung zu unterziehen. Nur so kann in Zukunft ein fairer und sich ergänzender Handel garantiert werden. Und nur so kann ohne Bedingungen eine nachhaltige Entwicklung finanziert werden, die Verschwendung vermeidet.

Die Menschheit ist fähig, die Erde zu retten, aber nur, wenn wir uns auf die Prinzipien der Solidarität und der ergänzenden Harmonie mit der Natur besinnen - und uns lossagen von der Herrschaft des Wettbewerbs, des Profitdenkens und des ungezügelten Konsums der natürlichen Ressourcen.

Juan Evo Morales Ayma ist seit Januar 2006 Präsident von Bolivien. Er ist der erste Angehörige einer indigenen Bevölkerungsgruppe, der dieses Amt in Bolivien bekleidet. Er schrieb den vorliegenden Text anlässlich des UNO-Klimagipfels in Poznan.

Quelle:

WOZ, Die Wochenzeitung (in der Deutschschweiz), 18.12.2008 - <http://www.woz.ch/archiv/17299.html>

Übersetzung:

WOZ-Auslandredakteurin Sonja Wenger

Vollständige Fassung:

*www.zcommunications.org/zspace/evomorales
(eng.) - Save the planet form capitalism*

Schmutzig, aber gefiltert. Über die wundersame Verwandlung der „Klimakanzlerin“ Angela Merkel

Heiko Balsmeyer

Der unbefangene Beobachter musste sich in den vergangenen Wochen und Monaten häufiger die Augen reiben. Hat sich die Bundeskanzlerin Angela Merkel nicht einmal als Retterin des globalen Klimas preisen lassen? Und jetzt? Bau von Straßen, „Hilfen“ für die Autoindustrie, Erlaubnis für höheren CO₂-Ausstoß usw. Wie passt das zusammen?

Zum Verständnis ist es hilfreich zurückzublicken und an die Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Anschluss der DDR an die BRD zu erinnern. Mit der Währungsunion und der Treuhand wurde damals die Industrie der DDR abgewickelt. Dies hatte neben der Massenarbeitslosigkeit im Osten selbstverständlich einen starken Rückgang des Energieverbrauchs zur Folge. Ansonsten wurde die Energiewirtschaft im Osten übernommen, wie sie war, lediglich die Kraftwerke wurden modernisiert. In diesen beiden Faktoren liegt die Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen in Deutschland etwa zur Hälfte begründet.

Seit jener Zeit versuchten alle Bundesregierungen, die „wallfall profits“ international gewinnbringend zu vermarkten. So begründete Helmut Kohl den Mythos, Deutschland sei in Sachen Klimaschutz führend, auf der UN-Klimakonferenz 1995 in Berlin mit seinem Versprechen, bis 2005 ein Viertel des Ausstoßes von Treibhausgasen einzusparen. Das Ziel wurde – nebenbei bemerkt – nicht erreicht. Dennoch versuchte man unentwegt, den internationalen Konkurrenten mit ambitionierten Reduktionszielen zu schaden und die eigene Industrie mit dem Verweis auf das bisher Erreichte möglichst weitgehend von Verpflichtungen freizuhalten.

An den Mythos vom vorbildlichen Klimaschützer Deutschland knüpfte die Kampagnenarbeit des Bundespresseamts für Bundeskanzlerin Merkel im „Klimajahr“ 2007 an. Es bestand die Notwendigkeit für Merkel, sich weiter außenpolitisch zu profilieren, und, während Deutschland die europäische Ratspräsidentschaft und die G8-Präsidentschaft innehatte, die Möglichkeit für die Bundesregierung, den Großereignissen um den G8-Gipfel in Heiligendamm eine Überschrift zu geben. Gleichzeitig bot das Thema Klima die Chance, sich bei den heimischen Wählern beliebt zu machen. Beides gelang. Die EU beschloss, ihren Ausstoß an Treibhausgasen um mindestens 20 Prozent bis 2020 zu reduzieren und den Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch

von sechs auf 20 Prozent zu erhöhen. Die größten Industriestaaten und Russland ließen in Heiligendamm verlautbaren, sie seien bereit, „ernsthaft zu prüfen“, ob eine Halbierung der CO₂-Emissionen bis 2050 möglich sei. Dieses Ziel wurde im vergangenen Jahr im japanischen Hokkaido beschlossen.

Das Problem der Imageberater Merkels besteht derzeit darin, das Bild der „Retterin des Weltklimas“ möglichst unauffällig wieder loszuwerden, wo doch vor allem die Wirtschaft angekurbelt werden soll und die Profitraten steigen sollen. Und zumal nicht sicher ist, ob man nicht bei Gelegenheit wieder die „Klimakanzlerin“ gebrauchen könnte. Insbesondere nach der Verabschiedung des „ersten Konjunkturpakets“ und vor dem EU-Ratsgipfel zur Klimapolitik gab es in bürgerlichen Medien Aufklärungsbedarf. So sahen etwa Michael Baumüller und Jeanne Rubner in der Süddeutschen Zeitung eine veritable Wende Merkels von der „Klimakanzlerin“ zur „Konjunkturkanzlerin“. Es wird derzeit ein Krisenszenario aufgebaut, das mit ein bisschen Konjunkturpolitik allein nicht zu bewältigen sein wird. Außerdem verschwindet die Klima- und Energieversorgungskrise ja nur vorübergehend aus den Medien, um früher oder später umso deutlicher wieder aufzutauchen – spätestens, wenn die Polkappen im Sommer eisfrei sein sollten oder der Ölpreis mit der wieder anspringenden Weltkonjunktur eine neue Rekordhöhe erreicht.

In der Auseinandersetzung zwischen fordistischen Industrien und den Umwelttechnologien hat sich die Kanzlerin im vergangenen Jahr eindeutig auf die Seite der Old School geschlagen. So ist es nicht zuletzt ihrem Engagement zu verdanken, dass sich die europäische Autoindustrie bei der Festlegung des Grenzwerts für den CO₂-Ausstoß bei Neuwagen durchsetzen konnte. Bis 2015 müssen die Hersteller nun faktisch den Verbrauch der von ihnen produzierten Fahrzeuge nicht senken. Erst dann werden sie sich am Grenzwert von 120 Gramm pro Kilometer orientieren müssen, einem Wert, den Merkel schon vor mehr als zwei Jahrzehnten als Umweltministerin gefordert hatte. Nach getaner Arbeit ließ sich die Kanzlerin mit dem Satz zitieren: „Wir arbeiten für Arbeitsplätze und moderne Autos.“

Den Befürwortern einer ökologisch orientierten Industriepolitik ist die Folgerichtigkeit ihrer Argumentation nicht abzusprechen. Als Beispiel sei ein Kommentar von Jürgen Polzin aus der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung angeführt: „Die Bundeskanzlerin rettet Arbeitsplätze, wenn sie Abstriche beim Klimaschutz fordert. Gleichzeitig gefährdet sie durch ihr Festhalten an veralteten Strukturen die Jobs in den Zukunftsmärkten. Deutschland wird einen riesigen Startvorteil haben, weil es früher als andere auf Umwelttechnologien gesetzt hat. Und deswegen brauchen wir ein neues, weltweites Klimaschutzabkommen.“ Da die Bundesregierung aber wohl realistischere davon ausgeht, dass es in absehbarer Zeit kein wirksames internationales Klimaschutzabkommen geben wird, taugen auch die entsprechenden Umwelttechnologien nicht mehr als „Startvorteile“. Filter statt Wandel, lautet die Devise. Bestes Beispiel sind die Experimente dazu, wie man Kohlend-

oxid aus den Abgasen von Kohlekraftwerken herauslösen und lagern kann.

Genau diese Kohlekraftwerke sollen nach den Beschlüssen des Europäischen Rats vom Dezember gefördert werden. Schon zuvor hatte die Kanzlerin gedroht: „Der EU-Gipfel wird keine Klimaschutz-Beschlüsse fassen, die in Deutschland Arbeitsplätze oder Investitionen gefährden. Dafür werde ich sorgen.“ Und das tat sie dann wohl auch. So müssen, gemäß den europäischen Vereinbarungen zum Emissionshandel, voraussichtlich kaum mehr als zehn Prozent der Unternehmen für die Emissionszertifikate bezahlen. Die EU-Kommission wollte den Anteil der zu versteuernden Zertifikate vom Jahr 2013 an allmählich von 20 auf 100 Prozent erhöhen.

Aber egal, ob ein bisschen mehr oder weniger bezahlt werden muss, am widersprüchlichen Verhältnis zwischen Arbeitsplätzen, Klima und kapitalistischer Produktionsweise ändert das nichts. Der erhöhte Einsatz von maschineller Arbeit ersetzt massenhaft menschliche Arbeit und führt durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe zum Klimawandel. Wobei dies nur ein Aspekt ist, wenn auch ein wichtiger. Darüber hinaus wären die Entwicklungen in anderen ökologisch wichtigen Bereichen wie etwa der Land- und Forstwirtschaft zu betrachten. Eine Eigenkapitalrendite von 25 Prozent, wie sie der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Josef Ackermann, forderte, ist jedenfalls kaum ohne Umweltschäden zu erreichen.

Deshalb muss es vorläufig der beschwörende Voluntarismus der Kanzlerin tun, den sie in ihrer Neujahrsansprache zum Ausdruck brachte: „Und wir werden bei allem, was wir tun, nicht alte Fehler wiederholen und Wirtschaft und Umwelt gegeneinander ausspielen. Wirtschaft und Klimaschutz, Klimaschutz und Wirtschaft – das geht zusammen, wenn man es nur will. Und wir wollen es.“

Quelle: Jungle World 15.1.2009

ENERGIE

Atomkraft ist ein Desaster

Interview mit Wolfgang Ehmke

Es geht um Milliarden-Profite: Energiekonzerne benutzen die Klimaschutzdebatte, um den Ausstieg aus der Kernkraft zu verhindern. Doch mit den jüngsten Protesten gegen die Castor-Transporte hat auch der Widerstand der Anti-Atom-Bewegung zugenommen. Wolfgang Ehmke, Mit-Organisator der Proteste im Wendland, im Gespräch mit marx21.

marx21: Mit insgesamt rund 16.000 Teilnehmenden waren die Anti-Atom-Proteste Anfang November im niedersächsischen Wendland so groß wie schon lange nicht mehr. Woran lag das?

Wolfgang Ehmke: Es kommen verschiedene Faktoren zusammen. Zum einen trommelt die Atomwirtschaft schon seit Monaten unter wechselnden Überschriften für die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke. Roboterhaft wiederholt - nicht nur - Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU), Atomstrom sei ein Beitrag zum Klimaschutz. Die Versuche, eine Renaissance der Atomkraft herbeizuschreiben, werden permanent fortgesetzt, gerade muss ein Ex-Greenpeace-Mann als „Zeuge“ für diese kruden Versuche herhalten. Ich spreche von Patrick Moore. Man kann das medial sogar verorten: „Focus“, „Zeit“ und „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ aber auch der „Spiegel“ warten in Permanenz mit diesen Thesen auf.

Dann aber wurde regierungsoffiziell eingestanden, was wir schon lange wissen: Die beiden Atom Mülldeponien Asse II und Morsleben sind havariert. In der Asse strömen seit 1988 täglich 12 Kubikmeter Wasser aus dem Deckgebirge ein, die Lauge hatte eine Einlagerungskammer erreicht, und die kontaminierten Wässer wurden illegal verpresst. Rund 126 000 Fässer mit Atom Müll liegen dort drin. Morsleben droht einzustürzen und wird gerade stabilisiert, dort lagern ca. 37 000 Kubikmeter Atom Müll, das meiste nicht aus der Zeit, als die Grube für den Kraftwerkkomplex Bruno Leuschner genutzt wurde, sondern aus den 90er Jahren.

Da geht doch manch einem ein Licht an: Wie kann man Atomkraftwerke betreiben, wenn die Atom Müll-desaster so offensichtlich sind. Jeder Betreiber einer Pommesbude muss nachweisen, wo er seine Abfälle entsorgt, aber die Betreiber von Atomkraftwerken lassen Fässer stapeln, verstürzen oder stark strahlende Castorbehälter in luftigen Hallen aufstellen. Folge der ganzen Sache ist, dass der Parteienstreit um die Atomkraft und Gorleben voll entbrannt ist.

War die Größe des Protestes eine „Eintagsfliege“ oder kann man von einer Renaissance der Anti-Atom-Bewegung sprechen?

Ich bin vorsichtig. Es war in der Phase der Mobilisierung zu spüren, dass deutlich mehr Menschen sich auf den Weg ins Wendland machen würden, von der Teilnehmerzahl waren wir selbst positiv überrascht.

Wir werden im Wahljahr 2009 unter Beweis stellen, dass es keine Eintagsfliege war. Es wird an den AKW-Standorten wie Biblis, Neckarwestheim und Brunsbüttel beziehungsweise Krümmel im Wahljahr Proteste geben. Denn die Dauerreparaturen an den genannten AKWs, die laut Atomkonsens noch in dieser Legislaturperiode vom Netz gehen sollten, sind ein durchsichtiges Manöver der Energiewirtschaft, diese Meiler über die Zeit zu retten, in der Hoffnung, ab dem Herbst 2009 könne eine neue Regierung die per Atomgesetz regulierten Laufzeiten annullieren. Jedes Jahr Weiterbetrieb der genannten Reaktoren spült den Energiekonzernen rund 250 Millionen Euro zusätzlich in die Kasse.

Wie breit war der Protest? Welche Leute haben

teilgenommen?

Die Menschen in der Region sind hoch politisiert und bilden bei jedem Castortransport mit rund 5 000 bis 6 000 Menschen den harten Kern. In diesem Jahr gab es eine breite Unterstützung: Hauptredner war Hartmut Meine, Bezirksleiter Niedersachsens und Sachsen-Anhalts der IG Metall. Das Thema Atomkraft rief die Grünen und die LINKE auf den Plan. Die Bauern fuhren mit 350 Traktoren zur Demo vor und blockierten den Castortransport sowohl mit Traktoren als auch mit der bekannt gewordenen Betonpyramide, an die sie sich angekettet hatten, über Stunden. Auffällig sind die vielen jungen Leute, die sich engagieren. Die Schülerinnen und Schüler im Wendland demonstrieren übrigens nicht nur, wenn der Castor rollt, sondern in jedem Jahr.

Haben die globalisierungskritischen Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 einen Einfluss gehabt?

Bestimmt, auch wenn es mühselig ist, die unterschiedlichen Protestszene zu vernetzen. Das Engagement gegen den G8-Gipfel war in unserer Initiative umstritten. Einigen fehlte die Ausrichtung auf die Verteilungskämpfe in der Welt um Öl und Gas und die Rolle der Atomkraft als zivil-militärische Option. Um es ehrlich zu sagen, das zentrale Thema, das über Krieg und Frieden entscheidet, spielte eine untergeordnete, aber unterschwellige Rolle. Wie überhaupt das Thema Atomkraft latent Menschen beschäftigt, beunruhigt und immer wieder auf die Straße treibt. Auch die Aktionsformen in Heiligendamm waren schon im Wendland erprobt, sogar die Auseinandersetzung um das Demonstrationsrecht. Schließlich erleben wir die gleiche Polizei in gleicher Personenstärke - rund 16 000 Polizistinnen und Polizisten.

Die Atomindustrie sagt, dass Atomstrom billig sei. Stimmt das?

Atomkraft ist nur deshalb kostengünstig, weil die versteckten und offenen Investitionen, die in diese Form der Energiegewinnung geflossen ist, sich nicht auf den Gestehungspreis für eine Kilowattstunde auswirken. Das „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung“ errechnete Begünstigungen in Höhe von 50 Milliarden Euro in der Zeit von 1956 bis 2006. Würde man das umrechnen auf die Kilowattstunde Atomstrom, so läge der Preis nicht bei 3,5 Eurocent, sondern bei 4,7 Eurocent. Gestehungskosten für Strom aus Windkraft liegen derzeit nur noch bei 6 bis 10 Eurocent pro Kilowattstunde, ein wirklicher Kostenvorteil ist dahingeschmolzen.

Entscheidend ist, dass der Preis an der Leipziger Energiebörse ausgehandelt wird. Dort beträgt der Spotpreis für die Grundlast 5,64 Eurocent, die Differenz streichen die Konzerne ein, deshalb kämpfen sie so zäh um die Laufzeitverlängerung. Ein Neubau ohne staatliche Zuschüsse treibt den Gestehungspreis auf über 10 Eurocent.

Nehmen wir Olkiluoto in Finnland. Der Reaktor der „neuen Linie“ sollte 3,2 Milliarden Euro kosten, jetzt schon ist klar, dass er mindestens 1,5 Milliarden teurer wird. Er wird nicht 2009, sondern frühestens 2012 ans Netz gehen. Frankreichs EDF (Electricité de

France) ist weit davon entfernt, „liberalisiert“ zu sein, es ist ein Staatskonzern, der sich mit Hilfe von Sarkozy als fliegendem Teppichhändler und „Staatsknete“ anschickt, in der Welt Atomkraftwerke anzubieten. Abu Dhabi, Ägypten, Marokko ... stehen auf der Kundenliste. Die Gefahr der Proliferation? Ausgeblendet.

Droht eine „Versorgungslücke“, wenn Atomkraftwerke abgeschaltet werden? Müssen nicht mehr Kohlekraftwerke gebaut werden, wenn auf Atomkraft verzichtet wird?

Sie spielen auf die Position der „Deutschen Energie-Agentur“ (dena) an?

Ja. Die dena wird in der Presse oft als neutrale Institution präsentiert und ihr im März vorgelegter Bericht hat Atomkraftbefürworter bestärkt ...

Die Agentur hatte mit dieser Veröffentlichung für Aufmerksamkeit gesorgt, in der sie einer angeblich drohenden Stromknappheit in Deutschland das Wort redete. Zwar nicht heute, aber immerhin im Jahre 2020 würden im Land insgesamt gut 11 000 Megawatt fehlen. Wie die dena zu ihren Erkenntnissen gelangt ist, daraus machte sie kein Hehl: Gespräche mit großen Energiekonzernen. Die nötigen Kontakte dürfte die Agentur nicht erst aufbauen müssen, immerhin werden ihre laufenden Kosten laut dem Online-Lexikon Wikipedia zu 50 Prozent von den vier Stromriesen E.ON, Vattenfall, RWE und EnBW übernommen.

Ich halte mich zunächst an aktuelle Daten. Im Jahr 2008 wird sich der Strom, der ins Ausland verkauft wird, auf voraussichtlich 25 Milliarden Kilowattstunden summieren, das ist Rekord. Obwohl die Reaktoren in Brunsbüttel, Biblis und Krümmel dauerrepariert werden, also eigentlich belegen, dass Atomkraft kein verlässlicher Stromlieferant ist. Umgerechnet auf die Kraftwerksleistung arbeiten drei Atomkraftwerke nur für den Export. Die Überschüsse gehen auf das Wachstum der regenerativen Energien zurück.

Das „Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie“ ergänzt, die prognostizierte „Stromlücke“ sei eine Legende. Es gibt immer noch riesige Energiesparpotentiale. Binnen 10 Jahren könnten 100 bis 120 Terrawattstunden Strom eingespart werden - durch die Erhöhung der Energieeffizienz, Gebäudeisolierung etc.

Was ist die Alternative zu Atom und Kohle?

Ich zitiere weiter das Wuppertal-Institut: Es gibt umweltfreundlichen und kostengünstigen Ersatz für die alten Kraftwerke: im Grundlastbereich Biomasse, Windkraft aus Anlagen im Meer, Geothermie sowie Solarstrom-Import aus der Mittelmeer-Region. Dann Strom aus dezentralen Anlagen in Kraft-Wärme-Koppelung. Und erst am Schluss stelle sich die Gretchenfrage, ob hocheffiziente, mit Klimaschutzzielen kompatible Kohlekraftwerke, wenn möglich eben auch in Verbindung mit der Kraft-Wärme-Koppelung, benötigt werden.

Was soll mit dem bereits entstandenen Atommüll geschehen, wohin damit? Interessant, dass wir diese Frage immer wieder gestellt bekommen, wo doch seit 40 Jahren Forschungsinstitute und Behörden

vergeblich an der Lösung arbeiten. Unsere gesellschaftliche Rolle ist nicht die einer Forschungseinrichtung, wir übernehmen eine Wächterfunktion.

Nur so viel kann ich sagen: Gorleben ist für die Lagerung hochradioaktiver Abfälle politisch und geologisch verbrannt. Das weiß man seit Mitte der 80er Jahre, als die Ergebnisse der Tiefbohrung ausgewertet wurden. Die Parallelen zwischen der Asse II und Gorleben drängen sich förmlich auf, auch in Gorleben hat der Salzstock Wasserkontakt. Ob Salz überhaupt als Lagergestein geeignet ist? Nicht untersucht sind bisher die Auswirkungen von Strahlung und Hitze auf das Salzgestein.

Es muss in jedem Fall ein vergleichendes Suchverfahren ohne Gorleben im Pool geben, Ton und kristalline Gesteine müssen einbezogen werden, aber das Geld dafür wollen die Verursacher nicht herausrücken, obwohl sie fast 30 Milliarden Euro an Rückstellungen - übrigens steuerfrei - gebildet haben.

Eine wichtige Überlegung ist, ob es nicht eine Zwischenlösung geben sollte, nämlich eine rückholbare Lagerung. Wir sind allerdings strikt gegen den Atommüllexport, das Verschieben des Mülls und des Problems in Länder, die für die Lagerung kassieren würden, wo aber Umweltstandards keine Rolle spielen.

Nächstes Jahr sind Bundestagswahlen. Dann wird Atomenergie auch Wahlkampfthema. Wird sich die Anti-Atom-Bewegung einmischen?

Wir arbeiten parteienunabhängig, also wird es keinerlei Wahlempfehlungen geben. Über die Parteienkonkurrenz in Sachen Atomausstieg freuen wir uns. Wir messen im Übrigen die Parteien an ihren Taten, nicht an Worten.

Welche nächsten Schritte plant die Anti-Atom-Bewegung, und was kann man tun, um diese zu unterstützen?

Anfang Februar trifft sich die Atomlobby, das „Deutsche Atomforum“, zu ihrer Wintertagung in Berlin. Dort wollen wir die Herrschaften argumentativ und demonstrativ im Tagungslokal umzingeln. Am 26. Februar ist eine Lichterkette von Braunschweig zum Atommüll-Lager Asse II geplant und von dort zum geplanten Endlager für schwachaktiven Müll Schacht Konrad, das als Grab für die schwach- und mittelaktiven Abfälle vorgesehen ist - immerhin eine Strecke von rund 40 km. Übrigens: Jeder kann sofort etwas tun, nämlich zu einem Öko-Strom-Anbieter wechseln.

Die Fragen stellte Frank Ebers.

Quelle: www.marx21.de

Verschmutzungsrechte

Gedicht von Wolfgang Reuter

Das Kabinett hat jüngst verkündet:
Die Luftverschmutzung muss jetzt weg!
Und deshalb hat man sich verbündet

mit den Konzernen - gegen Dreck,
vergibt fürs Klima, das geschwächte,
Verschmutzungsrechte.

Doch damit lässt sich's trefflich handeln:
Wenn im Werk A das Abgas sinkt,
kann man dies leicht in Geld verwandeln,
wenn's im Werk B noch kräftig stinkt.
Denn dann verkauft man, wenn man möchte,
Verschmutzungsrechte.

Dies sollte auch bald Schule machen
im Fernseh und beim Video-Game,
wo statt Gewalt und solchen Sachen
nur Gutes auf den Bildschirm käm.
Ein Tag Niveauvolles erbrächte
Verschmutzungsrechte.

Doch nein - das wäre ja verheerend
am Folgetag - welch böse Schmach! -
Man lieferte uns dann fortwährend
das aufgestaute Dreckszeug nach.
Doch wie kann man den Dreck vernichten? -
Entschmutzungspflichten!

Quelle: Oliven mattes Grün. Gedichte

VERKEHR

Kfz-Steuerreform und Abwrackprämie schlecht fürs Klima

Eva Bulling-Schröter, Lutz Heilmann

Die Ausgestaltung der Kfz-Steuerreform wie auch der Abwrackprämie sind ein klimapolitischer Offenbarungseid. Statt die Kfz-Steuer konsequent am CO₂-Ausstoß auszurichten, sieht die Bundesregierung Steuerentlastungen für große Spritschlucker vor. Auch die fälschlich als Umweltprämie deklarierte Abwrackprämie lässt jegliche klimapolitische Lenkung vermissen. So kann man keine ökologische Verkehrswende herbeiführen.

Bei der Abwrackprämie ist es generell fraglich, ob es sinnvoll ist, den Neukauf von Autos zu fördern. Zum einen dürfte in einigen Fällen eine ökologische Lebenszyklusanalyse (Ressourcenverbrauch und Emissionen beim Bau, Betrieb und Entsorgung) ergeben, dass es sinnvoller wäre, ältere und bislang wenig gefahrene Autos länger zu nutzen, anstatt frühzeitig zu verschrotten. Zum anderen erhält die Abwrackprämie nur, wer sich anschließend ein neues Auto kauft. Demgegenüber wird das Umsteigen auf den öffentlichen Personenverkehr nicht gefördert. Das hat auch der Chef des Umweltbundesamtes (UBA), Andreas Troge (CDU) kritisiert. Sein Vor-

schlag: Derjenige, der sein Auto verschrotten lässt und auf den ÖPNV umsteigt, soll einen staatlichen Zuschuss von 50 Prozent zu einer Jahreskarte, beispielsweise einer BahnCard 100, erhalten. Diese Idee unterstützen wir. Überdies ist die Abwrackprämie an keine Umweltstandards gekoppelt. Der Neuwagen muss lediglich die Euro-4-Norm erfüllen, die aber bereits seit drei Jahren für alle neu angeschafften Kfz verbindlich ist. Da Euro-4 für alle Neuwagen zudem bereits im Herbst 2009 durch die schärfere Euro-5-Norm abgelöst wird, bedeutet diese Bestimmung keinen Fort-, sondern einen Rückschritt. Zudem hätte man die Zahlung der Prämie im Falle eines Neukaufs an eine strenge CO₂-Obergrenze binden können, etwa an 120 oder 130 Gramm pro Kilometer, wie es die meisten anderen europäischen Staaten getan haben, die eine solche Prämie eingeführt haben. Das mindeste wäre gewesen, dass der Zuschuss sinkt, je höher der CO₂-Ausstoß ist. Das alles ist nicht geschehen, so dass theoretisch der Besitzer eines alten kleinen Golfs bei Verschrottung auch dann 2500 Euro Prämie erhält, wenn er sich einen spritfressenden Geländewagen zulegt. Übrigens wurde schon im ersten Konjunkturpaket keine CO₂-Obergrenze für die Steuerbefreiung beim Neukauf eines Kfz vorgegeben. Auch bei der Kfz-Steuerreform werden die Spritschlucker weitgehend geschont. Entgegen dem Koalitionsvertrag wird die Besteuerung doch nicht vollständig auf CO₂-Basis umgestellt. Die paar Euro, die die Besitzer von CO₂-Schleudern mehr zahlen müssen, stehen in keinem Verhältnis zu dem, was diese Wagen an Klimagasen ausstoßen. Hier hätte die Bundesregierung ordentlich zulangen müssen. Wirksame Anreize zur Senkung des Spritverbrauchs sehen anders aus. Greenpeace hat im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket den Vorschlag unterbreitet, bei Neukäufen von Kfz nach französischem Vorbild ein Bonus-Malus-System einzuführen. Neuwagen mit einem CO₂-Ausstoß von unter 130 Gramm je Kilometer erhalten in Frankreich einen Bonus. So bekommt beispielsweise der Käufer eines Mercedes Smart 1000 Euro. Bei Autos mit über 160 Gramm je Kilometer wird ein Malus fällig. So müssen für den Kauf eines Citroen C6 oder eines VW-Tuareg 2600 Euro zusätzlich auf den Tisch gelegt werden. Ausstöße zwischen 130 und 160 Gramm pro Kilometer werde vom französischen Staat in diesem System als neutral bewertet. Die LINKE hält diesen Vorschlag für sinnvoll und bedenkenswert. Schließlich haben in Frankreich die Neukäufe klimafreundlicherer Autos mit einem CO₂-Ausstoß unter 130 Gramm je Kilometer im Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr um 50 Prozent zugenommen. Die Verkäufe von Spritfressern sind im selben Zeitraum um 40 Prozent zurückgegangen.

Quelle: Newsletter „Umwelt und Energie“ der LINKE, 24.02.2009

Die Preise im öffentlichen Verkehr sind zu hoch

Thomas Brian

In den letzten Jahren wurde viel zum Thema Klimaschutz diskutiert. Auch der Verkehr sollte dazu einen Beitrag liefern – soweit war und ist man sich einig. Der öffentliche Verkehr sollte ausgebaut und die Fahrzeugflotte im Durchschnitt verbrauchsärmer und ihre Abgase weniger schädlich werden.

Die naheliegende Forderung, insbesondere die Anzahl der Autos auf unseren Straßen zu verringern, wurde von politischer Seite allerdings nicht (lautstark) vertreten. Zum Einen, weil diese Forderung nach Bevormundung klingen könnte, und zum Anderen, weil die Verringerung der Zahl der Kraftfahrzeuge einen Rückgang des Wachstums in der Auto- und deren Zulieferindustrie bedeuten würde.

Die Politik hat schließlich immer Angst davor, den Status Quo zu verändern, wenn dies den Verlust von Arbeitsplätzen und von Popularität bei den Wählern bedeuten könnte und gegen eine einflussreiche Lobby erkämpft werden müsste.

Dass an anderer Stelle neue und voraussichtlich ökologisch sinnvollere Arbeitsplätze entstehen könnten, wird dann meist als zu vage Hoffnung abgetan. Trotz dieser Überlegung zu den Arbeitsplatzrisiken im Autosektor und zu dem zu erwartenden politischen Gegenwind erscheint es mir als längst überfällig, im Verkehrsbereich umzusteuern.

Meine Thesen dazu lauten:

1. Es gibt ein gesamtstaatliches (ökologisches) Interesse daran, dass die Menschen verstärkt den öffentlichen Verkehr nutzen anstelle des privaten Verkehrs. Es ist deshalb zu versuchen, das Bahnfahren möglichst attraktiv zu machen.
2. Ein Ausbau des öffentlichen Verkehrs muss mit einer vernünftigen Preispolitik einhergehen. Die Preise müssen dabei so gestaltet sein, dass die Benutzung des öffentlichen Verkehrs für alle Bürger attraktiv(er) wird. Ein Ausbau des öffentlichen Verkehrs ohne flankierende Tiefpreispolitik führt zu keinem entscheidenden Wechsel der Menschen von der Straße auf die Bahn.
3. Der Bedarf an günstigem Transport ist hoch. Betreibt die Bahn beispielweise Billigverkäufe über Supermarktketten, so gibt es einen übergroßen Run auf diese Karten. Genauso verhält es sich bei den von der Bahn mit vielen Millionen Euro beworbenen Spartarifen. Sie werden so stark nachgefragt und in so geringen Kontingenten vorgehalten, dass meistens keine entsprechenden Tickets mehr zur Verfügung stehen, wenn man nicht sehr schnell und sehr frühzeitig zugegriffen hat. (Es handelt sich hierbei geradezu um eine Veräppelung des (potentiellen) Kunden und bedeutet eine Verschwendung von Werbegeldern. Günstige Tarife, die für alle zur Verfügung ständen, würden den Bedarf an Werbung

dagegen weitgehend ersetzen!)

4. Die genannten Veränderungen in der Preispolitik im öffentlichen Verkehr werden nicht von Seiten der Politik kommen, zumindest nicht von Regierungsseite. Es muss eine öffentliche Debatte geführt und damit Druck „von unten“ aufgebaut werden. Erst dann werden sich Politiker erfolgreich dafür einsetzen können.

Ein wichtiges Beispiel: „BahnCard 100“

Sie kostet seit Beginn des Jahres 2009 für die zweite Klasse 3650 Euro, zuvor kostete sie 3500 Euro. In der Schweiz kostet das entsprechende Generalabo ca. 2000 Euro und wird von prozentual 100-mal mehr Personen genutzt (bei uns sind es 0,03 % und in der Schweiz 3 % der Bevölkerung). Natürlich ist die Schweiz kleiner als Deutschland. Aber bei einem Preis von etwas mehr als die Hälfte bereits 100-mal mehr Kunden anzulocken, wäre auch bei einem größeren Land eine sehr gute Sache – und dies nicht nur aus ökologischer Sicht. Die Einnahmen würden sich verfünffachen. Natürlich würde der zusätzliche infrastrukturelle Aufwand einen großen Anteil der Mehreinnahmen wieder aufzehren oder gar über die Mehreinnahmen hinausgehen. Aber diese Kosten wären sinnvoll eingesetzt, nämlich für den Ausbau der Bahninfrastruktur und für das gewünschte Ergebnis, dass immer mehr Menschen die Bahn anstelle des Autos nutzen würden.

Man stelle sich vor, die BahnCard 100, mit der man auch alle größeren City-U-Bahn und -S-Bahnnetze benutzen darf, kostete nur noch ca. 1200 Euro, für den Lebenspartner noch 1000 Euro und für Kinder über 6 Jahre noch je 200 Euro. Für wenig mehr als die Betriebskosten eines Familienzweitwagens, ohne Anschaffungskosten und Wertverlust, könnte die ganze Familie mit dem öffentlichen Verkehr mobil sein.

Und hier sind wir am Kern des Problems: Bei einem solchen BahnCard-100-Preis würden sehr viele Leute auf den Kauf von Autos verzichten und noch viel mehr würden immer wieder ihr Auto stehen lassen. Dies wird von Seiten der Politik aber offenbar nicht gewünscht. Wie oben schon erwähnt, besteht eine große Angst, die Arbeitsplätze in der Autoindustrie und bei den Zulieferern zu gefährden. Diese Angst ist zwar verständlich, verstellt aber vielleicht den Blick auf gesellschaftlich und ökologisch sinnvolle Alternativen.

Wer kann schließlich sagen, ob nicht ausreichend gesamtwirtschaftliche Kompensation erreichbar wäre, wenn durch eine Tiefpreispolitik bei der Bahn ein umfangreicher Boom ausgelöst würde, bei dem langfristig vielleicht 100- oder gar 1000-mal so viele Personenjahreskilometer mit der Bahn zurückgelegt würden, als es jetzt der Fall ist?

Durch innovatives Handeln entstehen eben oft mehr neue Arbeitsplätze, als man vorher zu hoffen wagte. Erinnerung sei hier an die Entwicklung im Bereich der erneuerbaren Energien. Bezieht man die Kosten mit ein, die durch ökologische Folgeschäden des Stra-

Benverkehrs entstehen, so genannte „externen Kosten“, so wird die Abwägung noch eher in Richtung Tiefpreispolitik bei der Bahn ausfallen, trotz Gefährdung von Arbeitsplätzen in der Autoindustrie.

Warum ist ein günstiger Preis gerade für die BahnCard 100 so wichtig?

Sie erzeugt eine intensive Kundenbindung. Man muss keine Karte für die einzelnen Fahrten mehr kaufen, fährt also nach dem einmaligen Bezahlen der Karte zu Beginn der Jahresfrist „gefühlte“ kostenlos, hat zusätzlichen Service in den Städten und erfährt so ein ganz neues Lebensgefühl. Es gibt damit einen großen qualitativen Unterschied zu den anderen Abonnement-Karten, wie die Bahncard 50 und die Bahncard 25.

Man kann sogar vermuten, dass die Absenkung des Preises der BahnCard 100 entsprechend dem oben genannten Vorschlag auch dann einen großen Nachfrageschub erzeugen würde, wenn sämtliche anderen Ticketpreise auf unverändert hohem Niveau blieben. Dennoch ist es m. E. sinnvoll, eine Tiefpreispolitik bei allen Ticketarten zu fordern.

Zu einer Kampagne für eine starke Verbilligung der BahnCard 100 und eine generelle starke Absenkung des Preisniveaus gibt es auch Gegenstimmen. Manche meinen, da Deutschland viel größer ist als die Schweiz, sei es doch in Ordnung, wenn die entsprechenden Tickets teurer sind (so z. B. die (inoffizielle) Position des BUND).

Oder es heißt, warum sollte man die Preise ausgerechnet für die BahnCard-100-Karteninhaber absenken. Das sei nicht gerecht und zudem ökologisch sinnlos, denn die fahren sowieso schon mit der Bahn (auch BUND).

Oder es wird gesagt, und darauf laufen alle sinnvollen Gegenargumente hinaus, die Idee einer billigen BahnCard 100 ist zwar wunderbar und wenn sie realisiert werden könnte, würde man sie sich auch kaufen, aber leider ist sie nicht finanzierbar. Nur zu dem letzten Punkt soll hier Stellung genommen werden: Es gibt keine ökologische Innovation der letzten Jahrzehnte, die nicht zunächst wegen der Kosten abgelehnt wurde (Gewässer- und Luftreinhaltung, Naturschutz, erneuerbare Energien etc.). Und es gibt auch tatsächlich keine ökologische Entwicklung, ohne dass gewisse Kosten entstehen.

Aber es werden auch Kosten eingespart, nicht zuletzt aufgrund vermiedener Schäden, die durch Aufrechterhaltung unökologischer Strukturen entstanden wären.

Im Übrigen ist es wohl so, dass bei nahezu allen großen (guten) Projekten der Menschheit, die realisiert worden sind, die These im Raum stand, sie seien nicht realisierbar bzw. nicht finanzierbar.

Als abschließendes Beispiel möchte ich noch die belgische Stadt Hasselt anführen. Seit vor einigen Jahren ein beherzter (sozialdemokratischer(!)) Bürgermeister den kostenlosen ÖPNV eingeführt hat, atmet die ganze 70 000-Einwohner Stadt auf und erfreut sich nach Umfragen in Belgien höchster Be-

liebtheit und Lebensqualität (siehe dazu beispielsweise: http://www.presseportal.de/pm/67151/1008271/city_of_hasselt). Dass zuvor behauptet wurde, dies sei nicht finanzierbar, ist selbstredend.

Fazit: Wir sollten uns von Seiten der politischen Linken und der Ökoverbände für einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs stark machen, der mit einer entsprechenden Tiefpreispolitik Hand in Hand geht. Dazu braucht es Kampagnen, die auch von den Ländern aus angetrieben werden könnten. Ein entscheidender und hervorzuhebender positiver Aspekt ist die Kopplung von Ökologie und Sozialem. Eine Kampagne für günstigere Tarife im öffentlichen Verkehr ist deshalb politisch gut zu kommunizieren.

Wiedereinführung der Pendlerpauschale ist ökologisch fatal und sozial ungerecht. Besser wäre Pendlerzulage

Pressemitteilung des BUND, 9.12.2008

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) kritisiert das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Pendlerpauschale, das voraussichtlich ihre Wiedereinführung ab dem ersten Entfernungskilometer, aber eventuell in geringerer Höhe, zur Folge haben wird. Das Gericht habe weder die ökologischen noch die finanziellen Auswirkungen einer solchen Entscheidung berücksichtigt. Falls es nun zur Wiedereinführung der alten Pendlerpauschale komme, kurbele dies nicht nur den Flächenverbrauch an. Sozial ungerecht sei außerdem, dass das Finanzamt Besserverdienern pro Entfernungskilometer rund das Dreifache erstatte wie Geringverdienern. Letztere gingen oft sogar leer aus, wenn sie aufgrund eines zu geringen Jahreseinkommens nicht steuerpflichtig seien.

„Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts unterläuft die Absicht der Bundesregierung, bis 2020 den Flächenverbrauch auf 30 Hektar pro Tag zu senken. Alle Anstrengungen um eine neue Siedlungs- und Verkehrspolitik würden mit der Wiederkehr der alten Pendlerpauschale einen herben Rückschlag erleiden. Auf eine solche falsche Weichenstellung darf sich die Politik auf keinen Fall einlassen“, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger. Täglich würden in Deutschland derzeit mehr als 100 Hektar Fläche neu versiegelt. „Eine erneute Förderung des Pendelns bedeutet noch mehr Flächenverbrauch durch Zersiedelung und Straßenbau“, sagte Weiger. Hinzu kämen die Zunahme klimaschädlicher CO₂-Emissionen sowie von Lärm und Verkehrsunfällen.

Es drohe auch die Gefahr, dass einige Parteien in den bevorstehenden Wahlkämpfen das Verfassungsgerichtsurteil für populistische Forderungen zur vollen Wiedereinführung der Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer und in früherer Höhe missbrauchen würden. „Die Pendlerpauschale muss end-

lich abgeschafft werden, da sie ökologisch kontraproduktiv und sozial ungerecht ist. Schließlich gibt es auch keine Steuervergünstigung, wenn Arbeitnehmer näher an den Arbeitsplatz ziehen und dafür oft höhere Mieten in Kauf nehmen. Wenn Politiker tatsächlich etwas für Geringverdiener oder Auszubildende mit langen Pendlerwegen tun wollen, müssen sie diese zielgenau fördern, anstatt mit dem Steuerrecht vor allem die Arbeitswege von Besserverdienern zu subventionieren“, sagte Weiger. Denkbar sei analog zum Wohngeld, das hohe Mieten ausgleiche, allenfalls eine zeitlich befristete Pendlerzulage für Geringverdiener mit langen Arbeitswegen.

Quelle:

[www.bund.net/index.php?id=936&tx_ttnews\[tt_news\]=2826&_ttnews\[backPid\]=447](http://www.bund.net/index.php?id=936&tx_ttnews[tt_news]=2826&_ttnews[backPid]=447)

UMWELTSCHUTZ

Umweltpfleger und Pazifist

Brigitte Holm

Kurt Kretschmann hatte nicht nur die Idee für die Naturschutz-Eule. Ein Verein in Bad Freienwalde (Brandenburg) tut viel, um sein Lebenswerk fortzuführen.

Etwas mitgenommen schien sie schon nach dieser Nacht. Sybille Knospe hatte eine Gruppe von Heranwachsenden betreut. Die Nacht zuvor war diese Aufgabe Kerstin Götter zugefallen. Einen Sack Flöhe zu hüten ist gar nichts dagegen. Aber irgendwann fanden doch alle in den Schlaf. Die Jungen in einem Zelt und die Mädchen auf einem Heulager. Für die Acht- bis Zwölfjährigen eine ganz neue Erfahrung, die sie während eines Jugendlagers im Haus der Naturpflege in Bad Freienwalde (nahe der polnischen Grenze) machten. Für das Haus war das Sommercamp ebenfalls eine Premiere und eine weitere Möglichkeit, junge Leute für die Natur und den Umweltschutz zu sensibilisieren. Seit 15 Jahren wird das Haus mit seinem parkähnlichen Garten von einem Verein betrieben. Er entstand eigens, um den Bestand der Einrichtung zu sichern. Sybille Knospe, pensionierte Biologielehrerin, und Kerstin Götter, studierte Landwirtin, können sich gut daran erinnern. Die eine ist heute die Vereinsvorsitzende, die andere die Geschäftsführerin.

Wer früher nach Bad Freienwalde ins Haus der Naturpflege kam, tat es oft, um Erna und Kurt Kretschmann zu treffen. Beide haben sich bis zu ihrem Tode um den Naturschutz in der DDR und dann im vereinten Deutschland verdient gemacht.

Wer heute nach Bad Freienwalde kommt, kann auf viele Zeugnisse ihres Lebens treffen. Erna und Kurt

sind allgegenwärtig auf dem großen Gelände mit seinen verschiedenen Bauten. Schon hoch betagt hatten sie Anteil an diesem, ihrem Projekt genommen. Wohl auch ihrer Autorität ist es zu danken, dass es öffentliche Gelder für den Unterhalt des A-reals gab und gibt.

Die Geschichte des Hauses hat eine Vorgeschichte. Sie beginnt in der Jugend von Kurt Kretschmann, der 1914 in Berlin geboren wurde. Er hatte sich nicht nur dem Naturschutz verschrieben, sondern war zudem Pazifist und Vegetarier.

Nach Volksschule und Schneiderlehre arbeitete er in einer Bekleidungsfirma. Eine Schinderei wie in allen kapitalistischen Betrieben, schrieb er später. So kreisten seine Gedanken darum, einen anderen Weg zu gehen. Ja, wenn er seine Ausgaben für Ernährung von wöchentlich 14 Mark halbieren könnte ... 1931 begann er mit einem Experiment. Er wollte prüfen, welchen Einfluss ein oder zwei Obsttage in der Woche auf sein Arbeitsvermögen haben. Später stellte er in einer kleinen Schrift fest: „Ich fühlte mich dabei sehr gut.“ Ausführlich beschrieb er seinen Speiseplan und wie er günstig zu fleischlosen Lebensmitteln kam. So konnte er sich für drei bis 3,50 Mark in der Woche ernähren. Jeden Pfennig legte er für den geplanten Ausstieg aus dem bisherigen Leben zurück. 500 Mark sollten ausreichen. Einem Freund waren in der Nähe von Bernau, in Rüd-nitz, eine Laube und 20 Bienenvölker zugefallen. Doch der Neuanfang dort kam früher als vorgesehen.

Als 1933 der jüdische Besitzer der Bekleidungsfirma genötigt wurde, Uniformen zu produzieren, hatte Kretschmann erst 300 Mark zusammen. Trotzdem kündigte er und wurde mit seinem Freund zum Randberliner. Aus dieser Zeit rühren erste Versuche beim Anbau von Gemüse, überhaupt sein Interesse für alles, was grünt und blüht, was krecht und fleucht. Doch 1936 musste Kretschmann für fünf Monate zum Militär. Eine schlimme Zeit für den Kriegsgegner. Danach ging er auf Wanderschaft, mehr als zehntausend Kilometer durch Deutschland, die Schweiz und Italien. Neun Kilo wog seine Ausrüstung, ernährt hat er sich vorwiegend von Rohkost. Die Begegnungen mit der Natur sollten prägend für sein weiteres Leben werden. Aber vorerst musste er in den Krieg; dorthin, wo er besonders gnadenlos tobte. In der Sowjetunion nahm er an drei Winterfeldzügen teil.

Die Erlebnisse schrieb er sich 1947/48 von der Seele. Er war auf eine Kiste mit Kriegsliteratur gestoßen. Autoren wie Ernst Jünger, Walter Flex oder Alfred Rosenberg veranlassten ihn, seine Wahrheiten gegen deren Lügen zu setzen. Es brauchte Jahrzehnte, bis das Buch „Lüge und Wahrheit“ im Jahr 2003 erschien. Weder in Ost- noch in Westdeutschland waren Pazifisten sonderlich geschätzt. In den letzten Kriegsmonaten hing – wie bei allen Soldaten – sein Leben stets am seidenen Faden. Hinzu kam ein Todesurteil, das durch turbulente Umstände nicht vollstreckt wurde, schließlich seine Desertion und 63 Tage Aufenthalt in einem Erdloch bei teilweise starkem Frost. Das spielte sich in Bad Freienwalde

ab, wohin es Erna verschlagen hatte. Mit ihr war Kretschmann seit 1942 verheiratet. Die Eheschließung erfolgte per Ferntrauung, im Volksmund „Stahlhelmtrauung“ genannt, denn auf dem Stuhl neben der Braut befand sich – statt des Bräutigams – ein Stahlhelm. Von dieser traurigen Hochzeit weiß Christel Scheinert, die Tochter von Erna, zu berichten. Drei Jahre war sie damals und kennt die Geschichte aus Erzählungen. Ganz gegenwärtig ist ihr das Leben im Blockhaus. Nach kurzer sowjetischer Kriegsgefangenschaft war Kurt Kretschmann nach Bad Freienwalde zurückgekehrt. Als erster Neubau im Kreis überhaupt entstand mit Hilfe von Freunden das Blockhaus für seine Familie. Der Plan dafür muss ihm lange durch den Kopf gegangen sein. Jeder Zentimeter des kleinen Holzgebäudes wurde genutzt. Regale über den Fenstern, Schiebeschränke mit beachtlichem Stauraum. Für vier Personen (Erna hatte einen Sohn mit in die Ehe gebracht) kommt einem dennoch heutzutage alles recht klein vor. Christel kann sich aber nicht erinnern, Enge empfunden zu haben. Ohnehin hielten sich früher die Kinder viel mehr draußen auf; Fernseher und Computer gab es ja damals nicht. Die Wippe und die Schaukel bei der Eiche lockten auch die Kinder aus der Nachbarschaft an. Und dann war da die Veranda mit dem großen Tisch, wo man gern mit Gästen saß. Christel Scheinert wusste frühzeitig: Sie wollte einmal im Forst oder im Gartenbau arbeiten. Da musste „Kutti“, wie sie den Vater in ihren Erzählungen nennt, gar keinen Druck ausüben (und sie glaubt nicht, dass er es getan hätte). Mit 14 Jahren begann sie eine Lehre als Gärtnerin. Ihr älterer Bruder lernte in der Forstwirtschaft.

Von klein auf haben die Kinder miterlebt, wie aus dem hügeligen Gelände das wurde, was es bis heute ist: ein Schau- und Lehrgarten. Über tausend zum Teil seltene Pflanzenarten wachsen hier, etliche in den Jahrzehnten zu respektablen Exemplaren geworden. Frühzeitig haben Kretschmanns den damals privaten Garten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Anfang der Achtzigerjahre wurde er zur staatlichen Einrichtung, finanziert von der Stadt und vom Rat des Kreises. Das zu erreichen, kostete viel Überzeugungsarbeit. Sogar ein sowjetischer Offizier soll sich bei der SED-Kreisleitung dafür eingesetzt haben. Schon 1964 hatte Kurt Kretschmann in einem Brief an den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung beklagt, dass man diese Arbeit ganz offensichtlich als privates Vergnügen betrachte. Das Blockhaus ist seit 1996 ein Museum. Dafür steuerten Erna und Kurt das Geld bei, das sie bei ihrer Auszeichnung mit dem Europäischen Umweltpreis erhalten hatten. Für viele Gäste des Museums sind zunächst der Bau und die Einrichtung interessant. Wer sich die ausgelegten Dokumente vornimmt, hat einen weiteren Erkenntnisgewinn. So sind alle Unterlagen eines Kreises zum Naturschutz zusammengestellt: Karten zu den Tier- und Pflanzenarten, zu Alleen, Hecken, Quellen. Anfang der 50er Jahre war Kretschmann Kreisbeauftragter für den Naturschutz im Kreis Oberbarnim. Mit dem Rad oder zu Fuß durchquerte er den Kreis mit über hundert Dörfern und fünf Städten.

„Ich wollte wissen: wo lebt der Dachs oder der Eisvogel, wo steht eine Wildbirne und wo gibt es noch die heimischen Orchideen“, erinnerte er sich.

Akribisch festgehalten auf einer Karte hat er auch „Einsprüche des Naturschutzes“: Eingriffe mit geringeren Schäden, Eingriffe mit großen Schäden, Veranstaltungen, zerstörte Alleen, wilde Müllplätze ... Kretschmanns geliebte Störche haben ebenfalls ihren Platz im Museum. 1978 hatte er den Arbeitskreis zum Schutz der Weißstörche ins Leben gerufen und so dazu beigetragen, dass der Storchenhof in Loburg (Sachsen-Anhalt) bis heute weltweit anerkannt ist.

Berühmt gemacht hat ihn aber nicht der Storch, sondern die Eule. Sie war als „Totenvogel“ verschrien und bedurfte bereits damals des Schutzes. Als die Idee aufkam, die neu festgelegten Naturdenkmäler zu kennzeichnen, führte das zu Diskussionen, wie solch ein Symbol aussehen könnte. Kurt plädierte für die Waldohreule. In seinen Erinnerungen heißt es dazu: „Das Eulenschild sollte schön sein, zur Nachdenklichkeit anregen und den Schutz dieser Tierart verstärken.“ Einer seiner Mitstreiter machte einen Entwurf, ein anderer die Reinzeichnung, und so entstand die Eule; fast so, wie wir sie heute noch als Zeichen für den Naturschutz kennen. Anfang der 90er Jahre wurde sie zum gesamtdeutschen Symbol.

Doch zu dem, was Kurt und Erna Kretschmann hinterlassen haben, gehören weit mehr als die Eule und der Lehrgarten. Artikel, Vorträge, Konzepte und ganz praktische Hinweise sowie Briefe nehmen gut zehn Regalmeter ein. In den letzten Monaten hat sich Gebhard Schultz damit befasst. Der Politikwissenschaftler archivierte die Dokumente und bereitete sie für eine Internetnutzung vor.

Mit Details des Naturschutzes hatte Schultz sich bis dato nicht befasst, aber Kurt Kretschmann kannte er. Ende der 90er Jahre erlebte er im Berliner Antikriegsmuseum eine Veranstaltung mit Kretschmann. Schultz erinnert sich an den überfüllten Raum mit vielen jungen Leuten und an die fesselnde Rede. Durch seine Tätigkeit am Kretschmann-Archiv kam ihm nun der Naturschützer und -pfleger nahe. Er weiß jetzt etwas vom Mulchen, lernte die Aufgeschlossenheit und zugleich Engstirnigkeit der DDR-Behörden kennen, wurde immer wieder beeindruckt, mit welcher Energie Kretschmann seine Ziele durchzusetzen suchte. Dabei zeigte dieser durchaus Schweigsche Züge. So mit einem Brief im August 1961. Darin bat er den Verlag Kultur und Fortschritt, man möge „führenden Funktionären“ das Heft 7/61 der Zeitschrift „Sowjetwissenschaft“ zustellen. Diese Ausgabe enthielt das Naturschutzgesetz der russischen Sowjetrepublik. Kretschmann betrachtete es als beispielhaft. Da sowjetische Erfahrungen damals hoch im Kurs standen, hoffte er, „die führenden Funktionäre“ auf diese Weise für sein Anliegen zu gewinnen.

Aufschlussreich weiterhin ein Brief des Büros für Territorialplanung aus dem Jahre 1965. Darin wird festgestellt, dass auf der Freienwalder Kreiskarte ein Landschaftsschutzgebiet von Kretschmann erheblich

größer dargestellt war als im Planungskataster nachgewiesen. Er wird nach beweiskräftigen Unterlagen gefragt.

Ein langer Briefwechsel dreht sich um eine bezahlte Stelle. Kretschmann war etliche Jahre freischaffend gewesen, hatte durch Artikel und Vorträge den Gedanken des Naturschutzes verbreitet und zugleich etwas zur Familienkasse beigesteuert. Seine Arbeit für den Erhalt und die Pflege der Umwelt leistete er weitgehend ehrenamtlich. Doch der Streit mit seinen Genossen in den verschiedenen Ämtern – Kretschmann war über die KPD zur SED gekommen – verlief offensichtlich erfolglos. Das muss für ihn eine große Enttäuschung gewesen sein.

So oft und so sehr er sich zu DDR-Zeiten über Borniertheit geärgert haben wird – die Entwicklung nach 1990 sah er sehr kritisch. Das teilte er auch Bundespräsident Richard von Weizsäcker mit. Dieser hatte die beiden Kretschmanns 1993 zu einer Lesung ins Schloss Bellevue eingeladen. Eine Teilnahme sei ihnen aus politischen Gründen nicht möglich, schrieb Kurt. Er verwies auf die Erfahrungen seines Lebens, nannte die Entwicklung nach 1990 einen Tanz ums Goldene Kalb und zeigte sich enttäuscht über die unverantwortliche Verschwendung von Rohstoffen. Abschließend fügte er an: Wir sind Mitglieder der PDS.

Diese Partei wird Erna und Kurt besser gefallen haben als die Vorgängerin, die SED. Bis heute wird der Partei, die in DIE LINKE aufgegangen ist, die Kompetenz auf dem Gebiet der Ökologie abgesprochen. Und doch hat sie sich den Umweltschutz auf die Fahnen geschrieben. Die Kretschmanns haben geholfen, Defizite abzubauen. Dagmar Enkelmann, in der Bundestagsfraktion etliche Jahre für den Umweltschutz verantwortlich, war beiden seit Anfang der 90er verbunden und hat ihren Rat eingeholt.

In Bad Freienwalde half Kurt seiner Partei nicht nur im ökologischen Denken, sondern auch im Tun auf die Sprünge. Die Bildung einer PDS-Umweltgruppe ging natürlich auf ihn zurück. Ein Schild vor dem Eingang des Hauses der Naturpflege teilt mit, dass hier eben diese Gruppe 1993 einen Lehrpfad angelegt hat.

Die Verbundenheit mit ihrer Partei schloss Kontakte zu Menschen mit anderen politischen Ansichten nicht aus. So gehörte Matthias Platzeck von der SPD (jetzt Ministerpräsident von Brandenburg, vorher Umweltminister) zum Freundeskreis von Erna und Kurt. Für die Anerkennung und Wertschätzung, die beide erfahren haben, steht das Geschenk des Umweltministeriums zu Kurts 90. Geburtstag: der Eulenturm. Er ersetzte den alten, einst von Kurt gebauten Wackelturm, an dem der Zahn der Zeit genagt hatte. Wer die gut zehn Meter nach oben steigt, wird mit einer herrlichen Sicht belohnt.

Kurt war nicht allein ein Mann der Tat, er glaubte ebenso an die Kraft des Wortes, nicht zuletzt an die des kurzen Wortes. Auf dem Gartengelände sind verschiedene Schilder angebracht, die auffordern, etwas zu tun oder zu unterlassen. Da heißt es zum Beispiel „Ein Holzstück in jedem Wasserfass rettet Insekten vor dem Ertrinken.“ (und tatsächlich

schwimmt in allen Wassergefäßen auf dem Gelände ein Holzstück) oder „Aus einem Baumstamm kann man 1 Million Streichhölzer herstellen, aber 1 Streichholz kann 1 Million Bäume vernichten.“

„Freue dich an der Blütenpracht (...), übe Pflückverzicht“, sollte zum Schutz der Schlüsselblumen auf einem Schild stehen. Ganz seltene Pflanzen, so sein Vorschlag, sollten aber besser durch Zweige verdeckt werden.

Immer wieder ist es Kretschmann gelungen, Leute zu motivieren, so bei der Pflege des Volksparks. Manche seiner Aktivitäten werden gerade neu entdeckt. Zum Beispiel der Wettbewerb um den vorbildlichen Garten. Außer eine Plakette erhielten die Ausgezeichneten Pflanzen, um die Gärten weiter zu verbessern und die Artenvielfalt zu fördern. In diesem Jahr wurde in Bad Freienwalde wieder der schönste Vorgarten gesucht. Die Ehrung erfolgte beim Herbstfest des Hauses der Naturpflege.

Dieser Wettbewerb, das Jugendlager, das Herbstfest, die Übernachtung im Heu - alles Unternehmungen des Hauses, um nach außen zu wirken. Sybille Knospe, die Vereinsvorsitzende, erzählte von Ausstellungen, Lesungen und Kindergeburtstagen. Was MacDonalds kann, können wir schon lange, haben sie sich gedacht. Sie stehen im Kontakt mit der Fachhochschule Eberswalde, die Fachleute für die Forstwirtschaft und den Ökolandbau ausbildet. Die Erstsemester werden über die Angebote des Hauses informiert und sind eingeladen, unter Nutzung des Archivs Studienarbeiten anzufertigen. Die Zusammenarbeit mit der Schule in Bad Freienwalde ist über einen Kooperationsvertrag geregelt. Als Biologin ist Sybille Knospe oft mit ihren Schülerinnen und Schülern hierher gekommen. Jetzt, im Ruhestand, schaut sie fast täglich vorbei, denn das Personal ist knapp.

Kerstin Götter, die Geschäftsführerin, braucht einen beachtlichen Teil ihrer Zeit, um dieses Problem zu regeln. Immer wieder neue Anträge. Im Laufe der Jahre hat sie die gesamte Palette der Arbeitsmarktförderung kennengelernt. Nun arbeiten vier MAE-Kräfte, also „Ein-Euro-Jobber“, auf dem Gelände. In der Regel wird ihnen nur ein halbes Jahr bewilligt. Das heißt, immer wieder neue Leute anlernen, zum Beispiel: Was ist Unkraut, und was muss stehen bleiben? Da ist es ein Lichtblick, dass wenigstens die jungen Leute, die ihr freiwilliges ökologisches Jahr absolvieren, für zwölf Monate da sind. Der Kreis derer, die im Haus der Naturpflege beschäftigt waren, ist groß. Frau Götter freut sich, dass die meisten gern zu ihnen kommen. Etliche frühere Beschäftigte sind Mitglieder des Vereins geworden. Als Geschäftsführerin kümmert sich Frau Götter nicht bloß darum, dass der Laden läuft. Kürzlich hat sie eine Ausstellung über Erna Kretschmann angefertigt. Ohne Erna, glaubt sie, hätte Kurt nicht das leisten können, was er geleistet hat. Alles Lebenspraktische, wie Frau Götter sagt, galt als Ernas Sache. Dabei war die ausgebildete Kindergärtnerin und Hortnerin kein Heimchen am Herd. Wie Kurt hat sie viel ehrenamtliche Arbeit geleistet und war zudem über Jahre berufstätig, zum Beispiel beim Kulturbund

oder in einer Buchhandlung. Sie hat Kurts Schriftkram erledigt und die weit verzweigten menschlichen Kontakte gepflegt. Bestimmt hätte es ihr gefallen, dass der Ausflugdampfer von Bad Freienwalde inzwischen „Erna“ heißt.

Kurt hat seiner Frau viele Gedichte gewidmet. Er schrieb regelmäßig Verse, fast wie andere ein Tagebuch. Auch nach Ernas Tod 2001 schrieb er immer wieder über seine Frau. Noch kurz vor seinem Ende – er starb 2007 im Alter von 92 Jahren – gedachte er ihrer: ... Du warst in meinem Leben ein Diamant. Unbezahlbar! Hab Dank! Hab Dank!

Quelle: *Disput 11/2008 (die-linke.de/politik/disput/archiv/detail/2008/november/browse/1/kategorie/disput/zurueck/archiv/artikel/umweltpfleger-und-pazifist*
Informationen: www.haus-der-naturpflege.de

PARTEIPOLITIK

Anträge an den Europaparteitag der Partei DIE LINKE in Essen (28. Februar 2009)

Antrag: L.39.

Antragsteller/in: BAG Umwelt/Energie/ Verkehr; Ökologische Plattform; AG Umwelt & Energie der Bundestagsfraktion; LAG Umwelt Niedersachsen; LAG Umwelt Schleswig-Holstein; Renate Adolph (MdL, LV Brandenburg), Hamide Akbayir (LV Nordrhein-Westfalen, Landesvorstandsmitglied), Heidemarie Behrens (LV Bremen), Frank Beiersdorff (LV Berlin), Michael Braedt (LV Niedersachsen), Thomas Brian (LV Berlin), Bernd Brouns (LV Berlin), Eva Bulling-Schröter (MdB, LV Bayern), Reiner Budnick (LV Niedersachsen), Klaus Bruno Engelhardt (LV Bayern), Marko Ferst (LV Berlin), Barbara Glaß (LV Thüringen), Lutz Heilmann (MdB, LV Schleswig-Holstein), Ralf Henrichs (LV Nordrhein-Westfalen), Kurt Herzog MdL (MdL, LV Niedersachsen), Hans-Kurt Hill (MdB, LV Saarland), Delia Hinz (LV Berlin), Angelika Hunger (MdL, LV Sachsen-Anhalt), Wolfgang Huste (LV Nordrhein-Westfalen), Anja Laabs (LV Brandenburg), Katrin Lompscher (Umweltsenatorin, LV Berlin), Achim Lotz (LV Hessen), Wolfgang Methling (MdL, LV Mecklenburg-Vorpommern), Florian Moritz (LV Berlin), Brigitte Ostmeyer (LV Baden-Württemberg, Parteivorstandsmitglied), Marion Platta (MdA, LV Berlin), Andreas Regner (LV Schleswig-Holstein), Thomas Röver (LV Niedersachsen), Dieter Schaa-schmidt (LV Niedersachsen), Ulrich Schacht-schneider (LV Niedersachsen), Björn Schering (LV Berlin), Anke Schneider, (LV Niedersachsen), Marjana Schott (MdL, LV Hessen), Gerrit Schram-

men (LV Berlin), Mignon Schwenke (LV Mecklenburg-Vorpommern), Johanna Voß (LV Niedersachsen), Felicitas Weck, (LV Niedersachsen), Angela Whyte (LV Schleswig-Holstein)

Antrag an den Europaparteitag der Partei DIE LINKE am 28.02.2009

Änderungsanträge zum Leitantrag

Der Parteitag möge beschließen:

Änderungsantrag L.39.1.

Die Kapitel „Für eine wirksame Sozial- und Umweltunion“ (Zeile 384 - 438) und „Für eine solidarische Klimapolitik“ (Zeile 474 - 491) werden durch folgenden Text ersetzt:

Für eine solidarische und sozial gerechte Umweltpolitik

Das Streben nach sozialer Gerechtigkeit und ein radikaler ökologischer Umbau unserer Lebens- und Wirtschaftsweisen sind zwei Seiten einer Medaille. So ist eine fortschrittliche Klimaschutzpolitik nicht nur überlebenswichtig für die natürliche Umwelt, sie ist zugleich ein Beitrag zum Kampf um globale soziale Rechte. Verschärft der fortschreitende Klimawandel doch das tägliche Ringen von Millionen Menschen ums Überleben. Die konkrete Ausgestaltung von Umweltpolitik darf jedoch nicht zu einer weiteren sozialen Spaltung der Gesellschaft führen. Bezahlbare Energie und Mobilität muss auch für einkommensschwache Bevölkerungsschichten gewährleistet bleiben. Der ökologische Umbau bedarf daher eines starken sozialen Sicherungssystems.

Der Umbau des Energiesystems, hin zu erneuerbaren Energien bei gleichzeitig effizienterem und sparsamerem Umgang mit Energie, muss beschleunigt werden. Nur so lassen sich die Folgen des Klimawandels begrenzen. Nur so ist auch langfristig bezahlbare Energie gewährleistet. Der Verteilungskampf um die letzten fossilen Energiereserven hat zudem auch in der EU zu einer Militarisierung der Energieaußenpolitik geführt. Eine Abkehr von der fossil-atomaren Energieversorgung ist daher auch eine zentrale friedenspolitische Investition.

Der Ausstoß an Klimagasen muss in der EU bis zum Jahr 2020 um mindestens 40 Prozent, bis Mitte des Jahrhunderts um rund 90 Prozent gegenüber 1990 vermindert werden. Nur so lässt sich die globale Erwärmung auf weniger als zwei Grad gegenüber vorindustriellen Temperaturen begrenzen. Die Minderungen müssen durch Maßnahmen innerhalb der EU erreicht werden. Daher ist der Zukauf von Emissionsrechten aus anderen Teilen der Welt auszuschließen. Mit Planungsmaßnahmen in Raumordnung, Stadtentwicklung, Küstenschutz und Landschaftspflege muss dem bereits in Gang gesetzten Klimawandel und seinen Folgen begegnet werden. Um die Verhandlungen über ein Kyoto-Folgeabkommen zu beschleunigen, muss die EU zudem

deutlich mehr Finanzmittel für den Klima- und Regenwaldschutz sowie für Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel in Entwicklungsländern bereitstellen. In Kooperation mit den Entwicklungsländern soll die EU den Einstieg in eine sozial und ökologisch nachhaltige Energiewirtschaft global befördern. Der EU-Emissionshandel als zentrales Klimaschutzinstrument der EU hat versagt. Die kostenlose Vergabe von Emissionsrechten hat zu jährlichen Mitnahmegewinnen der Stromkonzerne in Milliardenhöhe geführt und nicht zum Klimaschutz beigetragen. In Zukunft müssen Kraftwerke und Unternehmen drastisch verschärfte Vorgaben für den Klimagasausstoß erhalten, damit insbesondere der Neubau von Kohlekraftwerken verhindert wird. Zumindest müssen die Emissionsrechte versteigert statt verschenkt werden. Das Aufkommen ist für den sozial-ökologischen Umbau zu verwenden. Bleibt solche eine Reform aus, so werden wir uns gegen den Emissionshandel wenden - zu Gunsten radikaler ordnungspolitischer Eingriffe in die Energiewirtschaft. DIE LINKE setzt sich überdies für ökologisch gewichtete Energie- und Ressourcensteuern ein, wo andere Instrumente nicht greifen. Dafür müssen Bürgerinnen und Bürger an anderer Stelle finanziell entlastet werden – sozial gerecht.

DIE LINKE fordert den unverzüglichen und unumkehrbaren Ausstieg aus der Atomwirtschaft. Der Euratom-Vertrag ist zu beenden und die beträchtlichen Fördermittel aus der Atomforschung für eine Abkehr vom fossil-nuklearen Energiesystem einzusetzen. Die Wiederaufarbeitung von Atommüll und die damit verbundenen Atommülltransporte sind zu stoppen. Ferner sind die Strahlenschutzgrenzwerte gemäß dem Stand von Wissenschaft und Technik zu verschärfen.

Um eine Energiewende zu ermöglichen, müssen in der Energiewirtschaft die Oligopole bei den Erzeugern und Netzbetreibern entflochten und die Strom- und Gasnetze in die öffentliche Hand überführt werden. Zentrale Elemente der Energieversorgung müssen in die Hände der Kommunen übergehen. Dafür sind Spielräume auf EU-Ebene zu schaffen.

Bis zum Jahr 2020 soll der Anteil erneuerbarer Energie am EU-Energieverbrauch 25 Prozent betragen. Doch auch erneuerbare Energien müssen Nachhaltigkeitskriterien genügen. Deshalb ist das Agroenergie-Ausbauziel der EU angesichts von Tropenwaldvernichtung und Vertreibung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern bzw. indigenen Gruppen auf die in der EU, unter Berücksichtigung der Nahrungsmittelproduktion, nachhaltig produzierbare Biomasse zu beschränken.

Statt vorrangig auf Agrokraftstoffe zu setzen, muss eine grundlegende Neuausrichtung der Verkehrspolitik erfolgen. Priorität muss die Vermeidung von unnötigem Verkehr sowie der Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs haben. Er muss Hand in Hand gehen mit deutlich niedrigeren Fahrpreisen. Der rasant ansteigende Güterverkehr muss eingedämmt und zunehmend von der Straße auf die Schiene gelenkt werden. Dazu sind die Fördermittel für den Ausbau internationaler Schienenverkehrsprojekte im

Rahmen der Transeuropäischen Netze zu Lasten der Straßenprojekte deutlich zu erhöhen. Bei der Lkw-Maut sind die Umweltkosten einzubeziehen. Wir fordern ein EU-weites Verbot sogenannter Gigaliner und strengere Verbrauchs- und Abgasnormen für neue Pkw; für Lkw sind entsprechende Zielvorgaben einzuführen. Im Flug- und Schiffsverkehr setzen wir uns für eine europaweite Abgabe für fossile Kraftstoffe ein.

Auch jenseits des Energiebereichs muss der Verbrauch natürlicher Ressourcen drastisch gesenkt und effizienter gestaltet werden. Ziel muss die Minderung des Rohstoffverbrauchs und die Etablierung geschlossener Stoffkreisläufe sein.

In der Abfallpolitik tritt DIE LINKE dafür ein, – wie von der Abfallrahmenrichtlinie gefordert – Abfälle zuallererst zu vermeiden, ansonsten die eingesetzten Stoffe soweit wie möglich wieder zu verwenden beziehungsweise sinnvoll zu recyceln. Die Abfallverbrennung zur Behandlung der Restabfälle lehnen wir als Regelverfahren ab; stattdessen sind verstärkt alternative Verfahren, wie beispielsweise mechanisch-biologische Anlagen, zu fördern. Für existierende Verbrennungsanlagen sind die Anforderungen unverzüglich auf den Stand der Technik anzuheben. Der grenzüberschreitende Export von Abfällen ist zu untersagen.

Wir fordern die zügige Weiterentwicklung der europäischen Chemikalienverordnung REACH im Interesse gesunder Lebens- und Umweltbedingungen sowie einer besseren Information der Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Produktion und Vermarktung von allen Stoffen, die krebserregend oder erbgutschädigend sind bzw. sich in Mensch oder Umwelt dauerhaft anreichern, ist einzustellen.

Der Zustand der Meere ist besorgniserregend. Um die Überfischung zu stoppen, setzt sich DIE LINKE ein für das Verbot der Grundschleppnetzfisherei, die drastische Minderung des Beifangs und die Kopplung der Fischereisubventionen an ressourcen- und umweltschonende Fangmethoden. Wir streiten für die Einrichtung großflächiger Meeresschutzgebiete, in denen Müllentsorgung oder Ressourcenentnahme ausgeschlossen sind. Die Belastung der Meere durch Stoffeinträge aus Landwirtschaft und Industrie ist zu vermindern.

DIE LINKE streitet für eine konsequente Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Nicht das Einbetonieren von Gewässern, sondern Auenschutz und Renaturierung schaffen lebendige Flüsse und gesundes Grundwasser. Der Eintrag von Schad- und Nährstoffen ist zu minimieren.

DIE LINKE fordert die Stärkung des „Natura 2000“-Schutzgebietsnetzes auf Land und im Meer. Der Rückgang der Artenvielfalt muss unverzüglich gestoppt werden. Die Einfuhr und der Handel von illegal geschlagenem Tropenholz in die EU ist zu verbieten. Gleichzeitig müssen Entwicklungsländer beim Waldschutz finanziell unterstützt werden. Wir setzen uns für den Erlass einer EU-Bodenschutzverordnung ein, um auch dieses Umweltmedium zu schützen.

DIE LINKE setzt sich für verbindliche Tierschutzvorschriften auf EU-Ebene ein. Wir fordern ein grundsätzliches Verbot von Tierversuchen. Sie dürfen nur in begründeten Ausnahmefällen durchgeführt werden; alternative Testmethoden sind nachdrücklicher zu erforschen. Wir fordern tiergerechte und ethisch vertretbare Haltungs- und Transportbedingungen für Nutztiere. Die industrielle Tierhaltung muss schrittweise, aber konsequent durch umwelt- und ressourcenschonende Haltungsformen ersetzt werden. DIE LINKE setzt sich für ein EU-weites Tierschutzsiegel auf Nahrungsmitteln ein.

Änderungsantrag L.39.2.

Im Kapitel „Für eine verantwortliche Agrarpolitik“ wird folgender Satz (Zeile 462-465) gestrichen:

Die stoffliche und energetische Nutzung von Biomasse ist an Nachhaltigkeitskriterien zu binden. Zur Vermeidung von Raubbau und der Vertreibung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern bzw. indigenen Gruppen müssen glaubhafte, vor Ort durchsetzbare Nachhaltigkeitszertifikate entwickelt werden.

Begründung: Das einzufügende Kapitel „Für eine solidarische und sozial gerechte Umweltpolitik“ baut inhaltlich auf den Forderungen der Kapitel „Für eine wirksame Sozial- und Umweltunion“ und „Für eine solidarische Klimapolitik“ des Leitantrags auf und ersetzt diese. Ergänzt wurden Forderungen zu wesentlichen Bereichen der Energie- und Umweltpolitik, die im Leitantrag fehlten. Dabei haben wir uns an der Beschlusslage von Partei und Bundestagsfraktion orientiert.

Zugunsten sprachlicher Geschlossenheit des Kapitels haben wir auf Detailänderungen am bestehenden Text des Leitantrags verzichtet. Der Gesamtumfang des einzufügenden Kapitels orientiert sich an der Länge der beiden zu streichenden Kapitel.

Das Thema „Agroenergien“ wird im einzufügenden Kapitel „Für eine solidarische und sozial gerechte Umweltpolitik“ aufgegriffen. Die Ausführungen dazu im Kapitel „Für eine verantwortliche Agrarpolitik“ können daher gestrichen werden. Die Streichung ist auch deswegen erforderlich, weil die bisherige Formulierung einen Import von Agroenergien bei Nachweis von Nachhaltigkeitszertifikaten zulässt. Dies widerspricht der bisherigen Beschlusslage, die die Wirksamkeit von Zertifizierungssystemen infrage stellt und eine Begrenzung der Nutzung von Agroenergien auf ein Maß fordert, das durch heimische Ressourcen innerhalb der EU abgedeckt werden kann.

Anm. d. Red.:

Dieser Antrag wurde vom Parteivorstand kurzfristig in den Leitantrag übernommen. Ebenso wurde ein weiterer Änderungsantrag mit einer detaillierteren Formulierung bez. der "Wiederaufarbeitung" (L53.2) berücksichtigt.

Antrag: L.69.

Antragsteller/in: BAG Umwelt/Energie/ Verkehr; Ökologische Plattform

Heidmarie Behrens (LV Bremen), Michael Braedt (LV Niedersachsen), Bernd Brouns (LV Berlin), Franz Groll (LV Baden-Württemberg), Ralf Henrichs (LV Nordrhein-Westfalen), Stefan Kegler (LV Niedersachsen), Wolfgang Methling (MdL, LV Mecklenburg-Vorpommern), Brigitte Ostmeyer (Mitglied des Parteivorstandes, LV Baden-Württemberg), Ulrich Schachtschneider (LV Niedersachsen), Anke Schneider (LV Niedersachsen), Birgit Schwebs (MdL, LV Mecklenburg-Vorpommern), Mignon Schwenke (LV Mecklenburg-Vorpommern), Johanna Voß (LV Niedersachsen), Felicitas Weck (LV Niedersachsen)

Antrag an den Europaparteitag der Partei DIE LINKE am 28.02.2009

Der Parteitag möge beschließen:

Im Kapitel „Für eine verantwortliche Agrarpolitik“ wird folgender Satz (Zeile 469 - 471) gestrichen:

Die Zulassung genveränderter Pflanzen ist strengsten Prüfungen zu unterziehen, die öffentliche, konzernunabhängige Begleitforschung zu stärken.

Und Zeile 471-473: Der Satz

„Die lückenlose Kennzeichnung gentechnisch veränderter Produkte muss durchgesetzt werden, um echte Wahlfreiheit für Verbraucher und Produzenten zu sichern.“

wird ersetzt durch

Solange bis ein Verbot gentechnisch veränderter Pflanzen durchgesetzt ist, muss eine lückenlose Kennzeichnung gentechnisch veränderter Produkte eingeführt werden, um echte Wahlfreiheit für Verbraucherinnen und Verbraucher zu schaffen.

Begründung: Die ablehnende Haltung zu „grüner“ Gentechnik in der Landwirtschaft, wie sie in den vorhergehenden Sätzen im Leitantrag zum Ausdruck kommt („Deshalb lehnen wir ihren Anbau ab.“), wird durch die beiden Sätze relativiert. Dem sollen die vorgeschlagenen Änderungen entgegenwirken.

Anm. d. Red.:

Der Antrag wurde vom Parteivorstand kurzfristig in den Leitantrag übernommen.

Antrag: L.70.

Antragsteller/in: BAG Umwelt/Energie/ Verkehr; Ökologische Plattform

Heidemarie Behrens (LV Bremen), Michael Braedt (LV Niedersachsen), Bernd Brouns (LV Berlin), Franz Groll (LV Baden-Württemberg), Ralf Henrichs (LV Nordrhein-Westfalen,) Angelika Hunger (MdL, LV Sachsen-Anhalt), Stefan Kegler (LV Niedersachsen), Brigitte Ostmeyer (Mitglied des Parteivorstandes, LV Baden-Württemberg), Ulrich Schachtschneider (LV Niedersachsen), Anke Schneider (LV Niedersachsen), Birgit Schwes (MdL, LV Mecklenburg-Vorpommern), Johanna Voß (LV Niedersachsen) Felicitas Weck (LV Niedersachsen), Manfred Wolf (LV Berlin)

Antrag an den Europaparteitag der Partei DIE LINKE am 28.02.2009

Der Parteitag möge beschließen:

Die folgenden begrifflichen Änderungen sind vorzunehmen:

Änderungsantrag L.70.1.

Zeile 41 - 42:

Europa braucht eine europäische Wirtschaftsordnung, die auf Beschäftigung, sozialen Zusammenhalt und nachhaltiges Wachstum orientiert.“

ist zu ersetzen durch

„Europa braucht eine europäische Wirtschaftsordnung, die auf Beschäftigung, sozialen Zusammenhalt, Umweltschutz und nachhaltiges Wirtschaften orientiert.

Änderungsantrag L.70.2.

Zeile 58 - 60:

Europa und die europäischen Staaten tragen eine besondere Verantwortung, ein „ökologisches Wirtschaftswunder“ im globalen Maßstab zu fördern.

ist zu ersetzen durch

Europa und die europäischen Staaten tragen eine besondere Verantwortung, ein ökologisch nachhaltiges Wirtschaften im globalen Maßstab zu fördern.

Änderungsantrag L.70.3.

Zeile 77 - 78:

Die Europäische Zentralbank muss demokratisch kontrolliert und neben Preisstabilität auch auf Beschäftigung und Wachstum ausgerichtet werden.

ist zu ersetzen durch

Die Europäische Zentralbank muss demokratisch kontrolliert und neben Preisstabilität auch auf Beschäftigung und nachhaltige Entwicklung ausgerichtet werden.

Änderungsantrag L.70.4.

Zeile 78 - 80:

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss durch einen Pakt für Wachstum, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz ersetzt werden.

ist zu ersetzen durch

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss durch einen Pakt für nachhaltige Entwicklung, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz ersetzt werden.

Änderungsantrag L.70.5.

Zeile 175-176:

Ein „ökologisches Wirtschaftswunder“ erfordert öffentliche Investitionen in eine zukunftsfähige Energieversorgung, in Bildung und eine starke europäische Binnennachfrage.

ist zu ersetzen durch

Ökologisch nachhaltiges Wirtschaften erfordert öffentliche Investitionen in eine zukunftsfähige Energieversorgung, in Bildung und eine starke europäische Binnennachfrage.

Änderungsantrag L.70.6.

Zeile 197-200:

Die Europäische Zentralbank (EZB) muss neben ihrem geldpolitischen Beitrag zur Preisstabilität gleichrangig auf die Förderung von Wachstum und Beschäftigung verpflichtet und durch das Europäische Parlament sowie den Rat der Finanzminister sowie den Rat der Finanzminister (ECOFIN) kontrolliert werden.

ist zu ersetzen durch

Die Europäische Zentralbank (EZB) muss neben ihrem geldpolitischen Beitrag zur Preisstabilität gleichrangig auf die Förderung von nachhaltiger Entwicklung und Beschäftigung verpflichtet und durch das Europäische Parlament sowie den Rat der Finanzminister sowie den Rat der Finanzminister (ECOFIN) kontrolliert werden.

Änderungsantrag L.70.7.

Zeile 216-217:

Deshalb muss der Stabilitäts- und Wachstumspakt durch einen Pakt für Wachstum, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz ersetzt werden.

ist zu ersetzen durch

Deshalb muss der Stabilitäts- und Wachstumspakt durch einen Pakt für nachhaltige Entwicklung, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz ersetzt werden.

Begründung: „Nachhaltiges“ Wachstum im Kapitalismus ist langfristig nicht möglich. Anschauliche Beispiele dafür sind die fortschreitende globale Erwärmung durch einen stetig steigenden Klimagas-Ausstoß und das absehbare globale Ölfördermaximum („peak oil“). „Nachhaltiges“ Wachstum ist kaum mehr als eine leere Sprechblase. Statt von „Wachstum“ sollte daher zumindest von „nachhaltiger Entwicklung“ gesprochen werden, um die sozial-ökologischen Grenzen des Wachstums anzuerkennen. Aus denselben Gründen ist der Begriff „ökologisches Wirtschaftswunder“ abzulehnen.

Anm. d. Red.:

Die Ersetzung des Begriffs „Ökologisches Wirtschaftswunder“ wurde durch den Parteivorstand kurzfristig in den Leitantrag übernommen, der Ersetzung des Begriffs „Wachstum“ wurde dann vom Parteitag zugestimmt.

Ökologische Zukunft gestalten. Vorschlag zum Umweltteil für das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2009

Ökologischen Plattform bei der LINKEN, BAG Umwelt-Energie-Verkehr, AG Umwelt & Verkehr der Bundestagsfraktion

Mit solarer Energie das Klima schützen

Aus der globalen Verantwortung heraus setzt sich DIE LINKE für eine Vorreiterrolle Deutschlands und der EU bei den internationalen Klima-Verhandlungen ein. Ohne eine grundlegende ökologische Wende steuern wir in atemberaubendem Tempo auf eine ökologische Weltkrise zu, die in einem Zusammenbruch der jetzigen Zivilisation zu münden droht. Eine radikale Energiewende hin zu erneuerbaren Energien ist eine zentrale Investition in ein ökologisches und friedliches 21. Jahrhundert. Ein ökologischer Politikwechsel sichert die Generationen übergreifende soziale Gerechtigkeit, denn der fortschreitende Klimawandel wird das tägliche Ringen von Millionen

Menschen um globale soziale Rechte zunichte machen.

Zum Schutz der Erdatmosphäre müssen die Treibhausgasemissionen in den Industriestaaten gegenüber 1990 bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent und bis zum Jahr 2050 um 90 Prozent gesenkt werden. Wer heute auf regenerative Energien setzt und das Wissen für eine nachhaltige Energieversorgung mit Schwellen- und Entwicklungsländern teilt, wird sich morgen nicht mehr an Ressourcenkriegen um Öl und Gas beteiligen. Der Strombedarf in Deutschland muss bis 2030, bei mindestens halbierten Bedarf, vollständig aus erneuerbaren Energien gewonnen werden. Allen Energiebedarf zusammen wollen wir bis 2040 aus erneuerbaren Quellen gewinnen. Als Etappenziel fordert die LINKE für 2020: Im Strombereich soll der erneuerbare Anteil mindestens 40 %, im Wärme- und Kältesektor ein Viertel betragen.

Die Energiewende kann nur gelingen, wenn gleichzeitig die Energieeffizienz deutlich erhöht und im großen Maßstab Energie eingespart wird. Wir brauchen eine ökologisch-technische Effizienzrevolution, eingebettet in alternative Lebensstile. Die Stoffströme, die wir durch unsere Industriegesellschaft pumpen, müssen in den nächsten Jahrzehnten um den Faktor 10 reduziert werden. Nur so ist eine gerechte Teilhabe der Länder des Südens zu gewährleisten. Wir setzen uns dafür ein, auf der Ebene der Vereinten Nationen eine internationale Agentur für erneuerbare Energien einzurichten. Die Nutzung der verschiedenen solaren Energien muss unter anderem durch internationale Zusammenarbeit vorangebracht werden. Wir werden das Erneuerbare-Energien-Gesetz verteidigen und weiterentwickeln, ebenso die Durchsetzung von erneuerbarer Wärme und der Kraft-Wärme-Kopplung unterstützen. Den Bau neuer Kohlekraftwerke und den Aufschluss von weiteren Tagebauen lehnen wir ab. Auf der Basis der seit 1990 reduzierten Treibhausgase, wollen wir bis 2020 weitere 25% Treibhausgase in Deutschland vermeiden. Eine zentrale Aufgabe für die Zukunft wird sein, sich auf den bereits in Gang gesetzten Klimawandel einzustellen. In alle Planungsmaßnahmen zu Raumordnung, Stadtentwicklung, Küstenschutz und Landschaftspflege sind die Aspekte von Klimaschutz und Klimaanpassung zu integrieren.

DIE LINKE fordert die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und ein Verbot für den Export von Atomtechnik, überflüssige Atommülltransporte sollen unterbleiben. Eine Kernschmelze in einem AKW würde weite Teile Deutschlands unbewohnbar machen und könnte nicht nur durch technisches oder menschliches Versagen, sondern auch durch terroristische Akte ausgelöst werden. Eine sichere Endlagerung von hochradioaktivem Atommüll ist über mehr als eine Million Jahre nicht zu gewährleisten. Es bedarf einer intensiven gesellschaftlichen Debatte, wie und an welchem Standort Atommüll am sichersten verwahrt werden kann. Das Fiasko im Atommülllager Asse für schwach- und mittelradioaktive Stoffe zeigt, wie fahrlässig die bisherige Praxis ist. Ein Endlager Gorleben ist nicht zu verantworten.

Ökologisch umsteuern in Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft

DIE LINKE wird regionale Wirtschaftskreisläufe stärken und sich dafür einsetzen, nicht nur Produktionsprozesse, sondern auch Produkte ökologisch und langlebig zu gestalten. Es darf durch die Wirtschaft und die Bevölkerung nur der Umweltraum genutzt werden, der von der Fläche her zur Verfügung steht und nicht wie heute praktiziert, eine Fläche in Beschlag genommen wird, die deutlich über die national verfügbaren Quadratkilometer hinausreicht. Eine ökologische Lebens- und Produktionsweise wird nicht allein durch technologischen Wandel erreicht werden können, sondern erfordert eine genügsamere Lebensweise. Der notwendige sparsame Umgang mit Ressourcen muss für alle gleich gelten. Eine gesplattene Gesellschaft mit steigenden Einkommensunterschieden erschwert die ökologische Umgestaltung. 20 % der Menschheit dürfen nicht auf Dauer 80 % der Ressourcen verbrauchen.

Das Erdölzeitalter geht unwiderruflich zuende. Wir meinen, es muss sofort begonnen werden, diesen zentralen Rohstoff für viele Bereiche der Industriegesellschaft als endlich einzukalkulieren. Auch andere strategische Rohstoffe werden knapp. Ein Entwicklungspfad in Richtung Kreislaufwirtschaft und Abbau globalisierter Warenströme ist unausweichlich. Erneuerbare Rohstoff-Alternativen auf pflanzlicher Basis sind vorzubereiten im Rahmen regionaler ökologischer Verfügbarkeit. Durch sie kann darüber hinaus Kohlendioxid gespeichert werden. Auch regenerierbare Rohstoffe sind endlich.

Die Wirtschafts- und Forschungsförderung ist umweltgerecht auszurichten, umweltschädliche Subventionen und Steuerbefreiungen müssen abgebaut werden. DIE LINKE setzt sich für ökologisch gewichtete Energie- und Ressourcensteuern ein, die auf stufenweise ansteigende Steueraufsätze zielt. Dafür müssen alle Bürger und Bürgerinnen an anderer Stelle finanziell entlastet werden. Sie muss so ausgestaltet werden, dass sie zugleich zu mehr sozialer Gerechtigkeit führt. Unser Ziel ist es, den Ressourcenverbrauch drastisch zu senken sowie Emissionen und Abfallströme deutlich zu vermindern. Notwendig ist eine energetische Sanierung des Gebäudebestandes für eine bessere Wärmedämmung. Für Eigentümer mit geringem Einkommen soll es dazu einen kostendeckenden Zuschuss geben. Für Neubauten wird der Passivhaus-Standard angestrebt. Dezentrale Abwasserentsorgung soll ermöglicht werden. Die mechanisch-biologische Abfallbehandlung besitzt aus unserer Sicht Vorrang vor der Müllverbrennung. Bei Getränken ist weitgehend auf Mehrwegverpackungen zu setzen.

Das Energiewirtschaftsgesetz ist sozial und ökologisch auszurichten. Dazu wollen wir die Energieversorger verpflichten, Sozialtarife anzubieten, um von Energie-Armut betroffenen Haushalten sofort zu helfen. Die Unternehmen sollen regelmäßige kostenfreie Energieberatungen anbieten, um machbare Einsparpotentiale bei Verbraucherinnen und Verbrauchern auszuschöpfen. Die Stromwechselkam-

pagne der Umweltverbände zum Bezug von Strom von ausschließlich erneuerbaren Quellen unterstützen wir. Der Bau sparsamer Elektrogeräte muss zur Pflicht werden. Innerhalb von jeweils drei Jahren ist das energie- und ressourcensparendste Gerät als gesetzlicher Mindeststandard festzuschreiben. DIE LINKE will die Extraprofite der Energieriesen gesondert besteuern. Wir fordern die Wiedereinführung der Strom- und Gaspreisaufsicht, die von der Bundesregierung abgeschafft wurde, und die Einführung von Verbraucherbeiräten, die den Energiekundinnen und Kunden einen Einblick und ein Mitspracherecht bei der Preisgestaltung garantieren. Für äußerst wichtig halten wir die dezentrale Energieversorgung. Wir wollen die Strom- und Gasnetze in die öffentliche Hand überführen und einer demokratischen Kontrolle unterstellen. Das Energiekartell muss entflochten werden, die vier Energiemonopole schrittweise aufgelöst und die Energieversorgung in die öffentliche Hand übernommen, mit sozialen und ökologischen Auflagen.

Der Emissionshandel führte in Deutschland bisher zu keinen Treibhausgaseinsparungen, weil sich die schwarz-rote Regierung und deren Vorgänger den Lobbyinteressen der Wirtschaft unterworfen haben. Die Energiekonzerne präsentierten jedoch den Verbrauchern kräftige Preiserhöhungen für Zertifikate, die sie kostenlos erhielten. Alle Zertifikate des Emissionshandels müssen darum künftig kostenpflichtig von den Unternehmen erworben werden, sonst ist dieses Klimaschutzinstrument ökologisch unsinnig und sozial ungerecht. Die Einnahmen aus den Versteigerungen sind für den Klimaschutz und zur sozialen Abfederung der Energiewende einzusetzen. Die Anerkennung von Emissionsgutschriften durch CO₂-einsparende Projekte in anderen Weltteilen sollte abgeschafft werden, da hier Missbrauch in großen Stil stattfindet und oft keine reale Reduktion von Klimagasen stattfindet. Bleibt eine Reform des Emissionshandels aus, so werden wir uns gegen dieses Instrument wenden - zu Gunsten radikaler ordnungspolitischer Eingriffe in die Energiewirtschaft. DIE LINKE kämpft für eine ökologische Verkehrswende. Öffentlicher Verkehr muss massiv ausgebaut werden, ständig steigende überbeuerte Ticketpreise der Bahn können nicht länger hingenommen werden. Wir fordern: Halber Preis für Bahn und Bus! So wird der massenweise Umstieg attraktiv! Deregulierung und Privatisierung im öffentlichen Verkehr sind zu stoppen. Das Streckennetz der Bahn muss wieder wachsen, mehr Güterverkehr auf die Schiene gelangen. Mit Hilfe einer aktiven Verkehrs-, Struktur- und Regionalplanung wäre eine Strategie der kurzen Wege zu etablieren. Wir wollen lärmarmen Verkehr fördern. Der individuelle Straßenverkehr und der Gütertransport auf der Strasse sind deutlich zu mindern, neue Autobahnprojekte lehnen wir ab, die Lkw-Maut muss ausgeweitet werden. Wir fordern, die bürgerfeindlichen Beschleunigungsgesetze für die Verkehrswegeplanung abzuschaffen. Der Treibstoff- bzw. Energieverbrauch aller Verkehrsträger ist stark zu vermindern, die günstigsten fahrzeugtechnischen Alternativen sind auszuloten.

Agrosprit ist keine Alternative zu einer grundlegenden Wende in der Verkehrspolitik. Der vermehrte Anbau großflächiger Monokulturen für Agrosprit verschärft den Welthunger und beschleunigt die Abholzung von Tropenwäldern. Die Nutzung von organischen Abfällen und „Energiepflanzen“ um Wärme und Energie zugewinnen ist wesentlich effizienter als die Nutzung für Treibstoffe. Flug- und Schiffsbenzin sind endlich zu besteuern und die Befreiung des internationalen Flugverkehrs von der Mehrwertsteuer aufzuheben. Die Binnenschifffahrt ist an den Potentialen der Flüsse auszurichten und nicht umgekehrt. Wir wenden uns gegen den naturzerstörenden Ausbau von Donau, Elbe, Saale, Oder, Havel, Main und Weser!

Wir wollen bis 2025 einen Anteil des ökologischen Landbaus von mindestens 50 Prozent erreichen, jedoch auch befördern, dass eine ökologisch ausgerichtete Land- und Forstwirtschaft darüber hinaus für alle Betriebe vorangebracht wird. Der Einsatz von Mineräldüngern und Pflanzenschutzmitteln muss reduziert und die Haltungssysteme tiergerechter gestaltet werden. Leistungsförderer und Antibiotika gehören nicht ins Tierfutter. Schlachttransporte quer durch Europa sollten unterbunden werden. Gesunde Nahrung erfordert gerechte Preise, das Preisdumping der Handelsketten zu Lasten der Bauern muss abgebaut werden. EU-Exportsubventionen, die die Bauern in ärmeren Ländern um ihre Existenz bringen, lehnen wir ab.

Für Umweltorganisationen streben wir mehr einklagbare demokratische Planungs-, Kontroll- und Einspruchsrechte an. Dem Ausbau der Umweltbildung messen wir große Bedeutung bei. Eigentumsrechtliche und machtpolitische Hemmnisse, die einem sozial-ökologischen Strukturwandel entgegenstehen, müssen abgebaut werden. Kapitalistisches Krebswachstum sollte nachhaltigen Lebensstilen und einer sozialökologischen Systemordnung weichen. Ökoalternative Lebensformen wollen wir in ihren Startbedingungen fördern.

Ökosysteme und biologische Vielfalt erhalten, Tierschutz durchsetzen

Die großen verbliebenen Naturräume des Planeten, wie z. B. die Antarktis, die Arktis, die Weltmeere und die Regenwälder ebenso wie die borealen Wälder müssen vor weiterer Ausplünderung völkerrechtlich bindend geschützt werden. Wir wollen keine Vorfahrt für Beton und Profit zu Lasten der natürlichen Umwelt! Luft, Gewässer und Böden werden durch Schadstoffe und steigenden Rohstoffverbrauch so belastet, dass es die Regenerationsfähigkeit der Ökosysteme immer stärker übersteigt. Wir fordern strengere Kriterien bei der Zulassung und Registrierung von chemischen Stoffen.

Rund 7 000 Tierarten gelten in Deutschland als gefährdet oder sind vom Aussterben bedroht. Darum werden wir die Ausweisung und Vernetzung von Schutzgebieten vorantreiben sowie die Renaturierung, den Moorschutz und verbauungsfreie Gewäs-

ser fördern. Der Flächenverbrauch für die Infrastruktur ist drastisch zu reduzieren; die Anzahl der unzerschnittenen verkehrsarmen Landschaftsräume muss erhöht werden. Für den Hochwasserschutz sind Überschwemmungsgebiete freizuhalten und zurückzugewinnen sowie Böden zu entsiegeln. Zur Sicherung des nationalen Naturerbes fordern wir ein Stopp der Privatisierung von Naturschutzflächen.

Die Agro-Gentechnik ist ein gefährlicher Eingriff in den Naturhaushalt und gefährdet die Sicherheit der Nahrungsmittel. Eine Hand voll Konzerne – darunter Monsanto, Bayer und BASF– und ihre Lobbyisten in Politik und Wissenschaft versuchen, der Agro-Gentechnik in Deutschland zum Durchbruch zu verhelfen. Wie die große Bevölkerungsmehrheit lehnt die LINKE dies ab. Wir unterstützen gentechnikfreie Zonen. Die Kennzeichnungspflicht von gentechnischen Bestandteilen ist bis auf die Nachweisbarkeitsgrenze von 0,1% zu senken. Sollten Schäden durch Kontaminationen entstehen, dann müssen dafür die NutzerInnen der Agro-Gentechnik haften. Wir lehnen die Patentierung von Lebewesen und Genen ab. Tierversuche müssen durch alternative Methoden abgelöst werden.

Dieser Vorschlag wurde beim Parteivorstand eingereicht.

Für ein soziales und ökologisches NRW. Kritische Nachbetrachtungen zur Konferenz und weitere Perspektiven

Wolfgang Huste

Unter dem „handzahmen“ Slogan „Für ein soziales und ökologisches NRW“ veranstaltete DIE LINKE NRW am Samstag, dem 17. Januar 2009, in Gelsenkirchen eine ganztägige Konferenz, die sich mit den aktuellen politischen, sozialen und ökologischen Problemen des Bundeslandes NRW befasste. Für mich wäre die Formulierung „Für ein **sozialistisches** und **ökologisches** NRW“ deutlich konkreter gewesen - zumindest hätte die Begrifflichkeit „sozialistisch“ weit mehr „Biss“ gehabt. („Sozial“ wollen auch die übrigen Parteien sein, insbesondere die SPD - obwohl sie eine Sozialschweinerei nach der anderen produziert und produziert - und damit objektiv eher eine asoziale Politik betreibt, im engen Schulterchluss mit der CDU und den übrigen bürgerlichen Parteien.)

Das Politikfeld „Ökologie“ ist nun auch auf der Landesebene „angekommen“ und zu einer festen Größe innerhalb der Partei geworden - und das ist gut so. Lange Zeit beschäftigten wir uns schwerpunktmäßig - und fast ausschließlich – mit Hartz IV, der Forderung nach einem Mindestlohn, mit Ein-Euro-Jobbern, Rente mit 67 und der Diskussion um ein Grundeinkommen. Nun ist – als ein weiteres wichtiges Politikfeld - die ökologische Frage hinzugekommen. DIE

LINKE hat die Zeichen der Zeit erkannt und auch wohlwollend aufgegriffen. Diese Klimakonferenz wurde überraschend schnell und auch bestens organisiert - wenn auch ein wenig „hausbacken“. (Der „Impuls“, einen solchen Kongress durchzuführen, kam originär aus den Reihen der „Ökologischen Plattform NRW.“). Rund 250 (andere sprechen sogar von 300!) BesucherInnen dieser Veranstaltung zeigten deutlich auf, dass das Politikfeld „Ökologie“ sicherlich kein zu vernachlässigendes „Randthema“ in unserer Partei ist, sondern ein sehr zentrales, da es unsere Lebensgrundlage betrifft. Man war sich darüber einig, dass nationale Ansätze kaum greifen, wenn man die Entwicklung der Klimakatastrophe verlangsamen möchte. (Zu stoppen ist sie wohl kaum noch, wenn man den ExpertInnen glauben darf.) Auch hier heißt es: Nur internationale Lösungsansätze machen Sinn - dementsprechend müssen wir uns auch international mit gleichgesinnten Parteien und NGOs vernetzen! Das gilt selbstverständlich - sinngemäß – auch für die sozialen und ökonomischen Politikfelder! Nur: hier wollen wir nicht irgendetwas bescheiden und resignativ „aufhalten“ oder zumindest verlangsamen - sondern die demokratische allgemeine Umverteilung „von oben nach unten“ zu Gunsten der Massen tatkräftig und solidarisch forcieren - und das ebenfalls europaweit! Wir müssen wegkommen von so entpolitisierenden und damit auch politisch desorientierenden Sätzen wie „Der Mensch macht seine Umwelt kaputt!“. Solche oder ähnliche Sätze können wir noch in vielen Biologieschulbüchern lesen, manchmal auch innerhalb der Linken. Selbstverständlich ist es weder Nachbars Dackel noch der Goldhamster meines kleinen Sohnes, der die Umwelt gefährdet, aber es ist schon ein sehr großer Unterschied, ob mein kleiner Sohn in den Rhein hineinknallt oder - bildlich gesprochen - Bayer Leverkusen oder der Höchst-Konzern! Auch hier, in der Sprache, sollten wir die wahren Verursacher der allgemeinen Umweltkatastrophe konkret benennen und damit auch breite Bevölkerungskreise politisieren- statt sie mit solchen oder ähnlichen butterweichen, nichtssagenden Floskeln zu entpolitisieren! Diese Konferenz verdeutlichte auch, dass „Ökologie“ weit mehr ist als „nur“ Naturschutz, weit mehr als „nur“ ein schöner, naturbelassener Garten vor einem Mittelschichtsrhinhäuschen. (Nicht viel mehr streben unter anderem die Grünen politisch an; ihre Öko-Politik ist primär mittelschichtorientiert und auf „Umweltreparatur“ ausgelegt, statt das Übel bei der Wurzel zu fassen- und dieses Übel ist die kapitalistische, entfremdete, egoistische Produktionsweise!). Die an diesem Tag angebotenen acht Foren - allesamt gut besucht - machten das überdeutlich. Im „Angebot“ waren folgende Unterthemen in Form von Arbeits- und Diskussionsgruppen: 1. Arbeit und Soziales, 2. Bildung, 3. Ökologie, 4. Migration, 5. Wirtschaft und Finanzen, 6. Verkehr, 7. Jugend und 8. Energie. Unter den Referenten waren unter anderem Gewerkschafter, VertreterInnen von Solid, Attac, vom BUND NRW und Greenpeace. Dies alles unterstrich den Wunsch der Organisatoren nach einem breiten, vernetzten Bündnis. Die außerparlamentari-

sche Opposition wurde ganz bewusst „mit ins gemeinsame Boot“ geholt. Dieser Ansatz ist sehr loblich und sollte auf alle anderen Politikfelder innerhalb der Linken ausgedehnt werden. Die Linke hat gegenüber den übrigen Parteien auch auf der Ebene der ökologischen Frage einen großen Vorsprung- und diesen Vorsprung sollte sie nicht nur konservativ beibehalten, sondern selbstbewusst weiter ausbauen. Im Gegensatz zu den Grünen stellen wir auch innerhalb des Politikfeldes „Ökologie“ ganz eindeutig die Systemfrage.. Wir verdeutlichen, dass die Klimakatastrophe nur im Interesse der Massen durch die Massen gelöst werden kann, wenn wir „anders“ - unter demokratisch determinierten, sozialen und ökonomischen (selbstbestimmten) Bedingungen- produzieren und entsprechende Werte schaffen wollen. Die von den bürgerlichen Parteien nahezu mantra-mäßig vorgetragene, allgemeine Zielvorgabe, das Wachstum anzukurbeln- mit welchen Mitteln und auf wessen Kosten auch immer - würde die ökologische Katastrophe nur noch weiter verschärfen und die soziale Frage sicherlich nicht zum Besseren verändern. Wir brauchen ein „Wachstum“ auf der sozialen Ebene, mehr Wachstum beim Ausbau von Gemeinschaftsschulen, mehr Wachstum bei Ausbildungsplätzen, insbesondere für HauptschülerInnen, mehr Wachstum auf dem Gebiet der allgemeinen Lebensqualität; dazu gehört unter anderem auch mehr (Bildungs-)Urlaub, die 30-Stunden-Woche, ein Ausbau der Bürgerrechte statt eines Abbaus derselben bei der Selbst- und Mitbestimmung in den Betrieben, Schulen und Universitäten, aber auch im Gesundheitswesen, um nur mal wenige „Problemfelder“ zu benennen! Das wäre eine völlig andere Perspektive, unter der wir ein gesellschaftlich sinnvolles Wachstum definieren könnten und auch sollten! Unsere Forderungen müssen scharf und konsequent dagegenhalten, was die bürgerlichen Parteien uns hier an ihren Vorstellungen aufzwingen wollen - Vorstellungen, die eher Millionären, statt Millionen von Menschen zu Gute kommen, Forderungen, die nichts mit den unsrigen gemein haben. Die ökologischen und sozialen Auswirkungen eines deregulierten Produktionsprozesses sollten wir nicht nur hinterfragen und kritisieren, wir müssen auch konkrete Lösungs- und (alternative) Handlungsansätze in den gesellschaftlichen Diskurs hineinbringen, zumindest aber Handlungsperspektiven - und zwar ganz offensiv, ganz selbstbewusst; und das dürfen wir dann auch ruhig als einen originär „sozialistischen, ökologisch determinierten Ansatz“ benennen. Oder, ein wenig plakativ formuliert: Der Kapitalismus und eine „kaputte Umwelt“ sind Geschwister, um mal ein berühmtes Zitat - leicht von mir verfremdet - zu verwenden. Der Bau von neuen Kohlekraftwerken als größte Dreckschleudern der Nation ist schleunigst zu stoppen, ebenso der geplante Bau neuer AKWs. (Es sollte für uns selbstverständlich sein, dass die jetzigen stillgelegt werden.) Die Greenpeace-Studie vom September 2008 beweist, dass wir sogar einen Energieüberschuss in Deutschland haben, auch wenn uns die bürgerlichen Medien täglich etwas anderes weismachen wollen. Ich könnte mir - am Bei-

spiel der Autoindustrie - folgendes Szenario bestens vorstellen:

Die Verschrottungsprämie ist kontraproduktiv, sie wird von uns abgelehnt (auch wenn jetzt hier ärmere Bevölkerungsschichten aufschreien, die über jeden Cent dankbar sind, den sie vom Staat erhalten. Dementsprechend muss für dieses Klientel eine entsprechende „Ersatzzahlung“ erfolgen). Wir brauchen Fahrzeuge, die locker über 10 Jahre ohne größere Probleme fahrbereit bleiben, da die Produktion eines Neufahrzeuges extrem viel Energie verbraucht und die Umwelt mit toxischen Stoffen zusätzlich stark belastet, wie sie bei der Autoproduktion in vielfältiger Form entstehen. Diese Forderung (nach langlebigen Gebrauchsgütern) sollte auf alle anderen Massenprodukte ausgedehnt werden. Was fehlt, ist eine ökologische Gesamtbilanzierung innerhalb eines Produktionsprozesses oder schlichter formuliert: Es muss für jedes Massenprodukt ökonomisch und wissenschaftlich geprüft werden, welche Folgekosten beim Produkt XY auf die Gesellschaft (auf die SteuerzahlerInnen) und auf die Umwelt hinzukommen. Desweiteren: Es werden zukünftig nur noch Fahrzeuge fiskalisch positiv diskriminiert, die die EU-Emissionsgrenzen unterschreiten, zumindest aber einhalten. Fahrzeuge, die weniger oder nicht mehr als 5 Liter Treibstoff pro 100 km verbrauchen, werden mit einem ermäßigten Steuersatz von 7 % verkauft- das gilt auch für solarbetriebene Fahrzeuge, ebenso für Fahrzeuge mit einem Hybrid- und Elektroantrieb, aber auch - selbstverständlich! - für Fahrräder. Langfristig fordern wir den Ausstieg aus dem Individualverkehr und den verstärkten Ausbau des öffentlichen Verkehrs!

Ein großer Teil der „Fördergelder“, die für die Autoindustrie vorgesehen sind, sollen in den öffentlichen Verkehr als auch in die notleidende, mittelständische Fahrradindustrie umgeleitet werden. Wenn es „unserer“ Regierung mit ihrem „Kampf“ gegen die allgemeine Klimakatastrophe wirklich ernst ist, müsste sie die von mir skizzierten Forderungen tatkräftig unterstützen. Das Geld, was die einzelnen Kommunen durch den Verkauf der Umweltplaketten einnehmen, müssen in die Politikfelder „Soziales“ und „Ökologie“ direkt umgeleitet werden, und zwar „vor Ort“, also da, wo das Geld konkret eingenommen wird.

Die Kommunen können mit guten Beispiel vorangehen, in dem sie ihren Fuhrpark unter ökologischen Gesichtspunkten aufbauen. Es muss eine Selbstverständlichkeit sein, dass „Prestige-Limousinen“ für die „höheren“ Verwaltungsangestellten völlig tabu sind- denn sie verbrauchen deutlich mehr als 5 Liter Treibstoff pro 100 km. Was spricht dagegen - zumindest in der wärmeren Jahreszeit – stattdessen Fahrräder einzusetzen, insbesondere für innerstädtische Kurierfahrten?

Es wäre eine großartige Sache, wenn wir auch im kommenden Jahr eine solche Konferenz durchführen - und in den darauffolgenden Jahren ebenso. Für diesen Sommer wünsche ich mir eine „ökologische Open-Air-Veranstaltung“, in der diverse Organisationen aus dem Öko-Bereich in „sinnlicher Form“ - also zum Anfassen, zum Ausprobieren - alles das zeigen

und vorführen, was auf der ökologischen Ebene möglich ist. Konkret: Wir könnten das 3-Liter-Auto „in Aktion“ zeigen, das solarbetriebene Fahrzeug, das Windrad, das eine Stereoanlage betreibt; windschnittige Fahrräder mit einem kreativen Design; Geothermie- und Fotovoltaikanlagen; einen großen Solarkocher, der für einige Dutzend Menschen den Eintopf heiß macht - und das alles auf einer großen Wiese in der Nähe einer Großstadt. Ein sinnlich-haptischer Ansatz, flankiert mit den entsprechenden Fachforen und Fachreferenten, in Zusammenarbeit von NGOs, die im Öko-Bereich aktiv sind, wäre sicherlich keine schlechte Sache. Eine solche Präsentation, ein solcher „Markt der ökologischen Möglichkeiten“, können wir auch vor „Ort“, in der Region, mit relativ wenig Aufwand durchführen. Das würde auch mal andere Bevölkerungskreise ansprechen und motivieren, sich mit den alternativen Öko -Forderungen der Linken positiv auseinanderzusetzen, statt dass wir nur die üblichen „Verdächtigen“ (also das schon recht gut aufgeklärte, gebildete, linke „Polit- und Öko-Ghetto“) ansprechen. Mit einem solchen oder ähnlichen Politikansatz könnten wir - im besten Sinne - auch bei mehr bürgerlich orientierten Bevölkerungskreisen bestehen und überzeugend „ankommen“.

UMWELTNACHRICHTEN

15 000 in der Lichterkette sind ein machtvolles Zeichen gegen die Atomenergie

Pressemitteilung der Linksfraktion im Niedersächsischen Landtag, 27.02.2009

Die Linksfraktion im Niedersächsischen Landtag wertet die Lichterkette von Braunschweig über das Atommülllager Asse und Wolfenbüttel bis zum Schacht Konrad als großen Erfolg der Anti-Atom-Bewegung. In Wolfenbüttel hatten sich auch zahlreiche Abgeordnete der LINKEN aus dem Niedersächsischen Landtag und dem Bundestag in die Lichterkette eingereiht. Der umweltpolitische Sprecher der Landtags-LINKEN, Kurt Herzog, sagte nach der Aktion: "Heute Abend haben 15.000 Teilnehmer eines gezeigt: Sie werden nicht akzeptieren, dass über ihre Köpfe hinweg entschieden wird."

Die Demonstration sei auch ein Ruf nach öffentlicher Beteiligung bei der Aufklärung des Asse-Skandals gewesen, so Herzog: "Jeder Schritt, der jetzt gemacht wird, jede Information, die in der Asse-Begleitgruppe diskutiert und in der Arbeitsgruppe Optionenvergleich verhandelt wird, muss unverzüglich öffentlich gemacht werden." Verzögerungen wie 2008, bei der Bekanntmachung Gebirgsbewegung

gen, dürfe es nicht mehr geben, sonst machten sich Umweltminister Gabriel und das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) als neuer Betreiber vollends unglaubwürdig. Herzog forderte, dass auch das Schließungskonzept für die Asse öffentlich diskutiert wird: "Warum verfolgt eine Mehrheit der AG Optionenvergleich weiterhin das Flutungskonzept des Alt-Betreibers HMGU als eine der vorrangig zu betrachtenden Schließungsmöglichkeiten, obwohl sich die Wissenschaftler der AG, Krupp und Bertram, seit langem dagegen aussprechen? Solche Fragen dürfen nicht länger hinter verschlossenen Türen verhandelt werden!" Nach den Massenprotesten gegen den Castor-Transport im Herbst sei die Lichterkette mit 15 000 Teilnehmer ein weiteres Signal an die Regierungen in Berlin und Hannover, so Herzog: „Wenn es nach den Bürgerinnen und Bürgern geht, hat die Atomenergie mit all ihren unlösbaren Problemen hierzulande keine Zukunft. Ihre Nutzung muss unverzüglich beendet werden.“

Quelle:

www.dielinke-nds.de/index.php?option=com_content&view=article&id=209:ass-ii-lichterkette-am-26-febru-ar-6catid=73:aus-den-bewegungen&Itemid=54

Abwrackprämie für alle! Nicht nur für Besserverdienende und Autofahrer!

Pressemitteilung der Ökologischen Plattform DIE LINKE NRW

Auch für die Verschrottung von alten Fahrrädern ist eine Abwrackprämie zu gewähren. Das würde dem Gleichheitsgrundsatz dienen. Warum sollen Fahrradfahrer gegenüber den Autofahrern schlechter gestellt werden? Wolfgang Huste, Ökologischen Plattform DIE LINKE. NRW:

„Die Bevorzugung des Individualverkehrs gegenüber dem Öffentlichen Verkehr ist seit 1945 die offizielle Politik in Deutschland bzw. in Europa. Das muss anders werden! Profitinteressen dürfen keinesfalls gegen ökologische Forderungen durchgesetzt werden.“ Beides - Ökonomie und Ökologie - könnten in Einklang gebracht werden. Innerhalb des Kapitalismus ist dies aber nicht möglich. Es darf uns nichts wichtiger sein, als unsere allgemeine Lebensgrundlage zu schützen, also die Natur, unsere Gesundheit. Das Fahrrad ist sicherlich die umweltfreundlichere Alternative zum Auto. Wer ein Elektroauto kauft, oder ein Auto, was deutlich weniger als 6 Liter verbraucht, oder ein Hybridfahrzeug - oder eben ein Fahrrad - muss vom Staat finanziell unterstützt werden. Die Prämie sollen auch alle diejenigen erhalten, die nachweislich "nur" noch den öffentlichen Nahverkehr und/oder die Deutsche Bundesbahn benutzen, um ganz bewusst die Umwelt zu schonen. Die Abwrackprämie, wie sie zur Zeit gehandhabt wird, ist ein Sig-

nal in die völlig falsche (unökologische) Richtung! Ganz abgesehen davon, dass Menschen, die in Armut oder an der Armutsgrenze leben, sich finanziell keinen Neuwagen leisten können - weder mit noch ohne Prämienzahlung. Es ist viel sinnvoller, Autos zu bauen (falls überhaupt), die sehr langfristig zu fahren und dazu auch noch preiswert sind und gleichzeitig die hier skizzierten ökologischen Prämissen einhalten. Die hauptsächlich durch den Autoverkehr verursachte Klimakatastrophe und auch die zahlreichen, durch Autoabgase verursachten Krankheiten - manche davon verlaufen unter Umständen sogar tödlich - stellt schon heute eine globalisierte Gefahr ungeheuren Ausmaßes dar. Demnach müsste es eine Selbstverständlichkeit sein, dass der Öffentliche Verkehr staatlich "gesponsert" und auch weiter ausgebaut wird, statt wie bisher der Individualverkehr. Autoabgase machen, wie schon gesagt, krank, das ist bittere Realität! Die weltweite Klimaerwärmung, die bekanntermaßen durch Autoabgase forciert wird, verursacht zusätzliche Folgeschäden in Höhe von mehreren Billionen Euro. Opel Deutschland könnte sich zum Beispiel europaweit profilieren, in dem sich der Konzern zukünftig auf langlebige, hochwertige Elektrofahrzeuge und umweltfreundliche Kleinwagen spezialisiert, die auch bei ihrer späteren Entsorgung die Umwelt schonen. In einem Teil der vorhandenen Werkhallen können auch hochwertige Fahrräder mit oder ohne Elektroantrieb produziert werden. Eventuell könnte das ein Subunternehmen übernehmen, zum Beispiel die Fahrradmanufaktur Bike System in Nordhausen, Thüringen, die in Eigenregie, also "ohne Chefs", Fahrräder produziert.

Quelle:

[www.dielinke-nrw.de/946html?&tx_ttnews\[backPid\]=939&tx_ttnews\[tt_news\]=9056&cHash=2ec4daea50](http://www.dielinke-nrw.de/946html?&tx_ttnews[backPid]=939&tx_ttnews[tt_news]=9056&cHash=2ec4daea50)
Kontakte:

Wolfgang Huste, Pressesprecher ÖPF DIE LINKE. NRW, Mobil: 0171-3001864, Ralf Michalowsiy, Pressesprecher DIE LINKE. NW, Mobil: 01577-3298765

Genmais wird zum Ladenhüter

Newsletter „Umwelt und Energie“ der LINKEN

"Genmais wird zum Ladenhüter. Jetzt muss die Bundesregierung den Anbau komplett verbieten", fordert die agrarpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Kirsten Tackmann, angesichts der sinkenden Flächenanmeldungen für gentechnisch veränderte Pflanzen (GVP) im bundesweiten Standortregister. Tackmann weiter: "Der Genmais MON 810 wird zunehmend zum Ladenhüter. Keiner braucht ihn und fast niemand will ihn. Immer weniger Landwirtinnen und Landwirte entscheiden sich für die Risikotechnologie Agro-Gentechnik. Mitte Februar – 3 Monate vor der Aussaat – sind erfahrungsgemäß alle geplanten GVP-Anbauflächen im Standortregister zu

sehen. Aktuell sind das ca. 3 700 Hektar – 800 Hektar weniger als im Vorjahr. In der Regel werden nicht alle gemeldeten Flächen auch wirklich für den Genmais-Anbau genutzt, so dass die tatsächliche Anbaufläche wahrscheinlich noch kleiner sein wird. Dies ist ein Erfolg der kontinuierlichen Öffentlichkeitsarbeit von Umwelt-, Landwirtschafts- und Verbraucherverbänden. MON 810 gefährdet die gentechnikfreie Landwirtschaft und Imkerei. Er zerstört Bodenleben und Nicht-Zielorganismen. DIE LINKE fordert von der Bundesregierung ein sofortiges Anbauverbot für MON 810 und ein europaweites Zulassungs-Moratorium für genetisch veränderte Pflanzen."

Quelle: Newsletter „Umwelt und Energie“ der Linken, Ausgabe 24, Februar 2009

BÜCHERECKE

CO₂-Bilanz gut, alles gut?

Christoph Hirsch

Alle reden vom Klimawandel, doch ebenso wichtig sind die Rohstofffrage und unser Überkonsum. Denn jenseits unserer Aufmerksamkeit schwinden die Ressourcen der Erde, warnt Michael Angrick vom Umweltbundesamt.

Täglich verliert die Welt Tonnen fruchtbaren Bodens durch Erosion. Allein in Deutschland werden pro Tag über 100 Hektar Fläche neu beansprucht, Erze und Mineralien werden in einem Maße aus dem Erdreich geholt, als stünden sie unbegrenzt zur Verfügung. All dies geschieht jenseits unserer Wahrnehmungsschwelle. Zum Teil ist dies sicherlich unseren begrenzten Fähigkeiten zuzuschreiben, schleichende Veränderungen zu registrieren, eine weitere Ursache ist aber wohl auch die Übermacht des Themas „Klimaschutz“. Für andere Aspekte ist derzeit einfach kein Platz.

Nun sollte man meinen, diese ungeteilte Aufmerksamkeit böte die beste Voraussetzung für Lösungen. Doch weit gefehlt, so der Autor Michael Angrick, Chemiker beim Umweltbundesamt. Zur Sprache komme überwiegend Kleinkram: CO₂-Ablassscheine, Glühbirnenverbote, neue Kfz-Steuern. Einige Maßnahmen, wie die Etablierung des Abgaskatalysators, stünden einem umfassenden Ressourcenschutz sogar in unmittelbarer Konkurrenz gegenüber, denn die Gewinnung von Platinmetallen ist mit enormen Umweltproblemen verbunden.

Insgesamt laufe der Umweltschutz ohnehin Gefahr, technokratisch zu werden, auf der Strecke bleibe die zentrale Frage aller Ressourcenprobleme, die Le-

bensstilfrage. Schließlich sei der „Konsumismus, also das Anhäufen von Gütern als Substitut für Sinn, (...) heute der größte Feind des Umweltschutzes“. Oberstes Gebot ist für Angrick daher die „Wandlung bestehender Produktions- und Konsummuster, die in der Illusion der Unendlichkeit von Energie und Rohstoffen entstanden sind.“ Doch die Politik sei – siehe oben – nicht reif für den großen Wurf. Und so werden ergänzende Forderungen des Autors wie die Einführung einer Ressourcensteuer, die Aufgabe des Wachstumsdogmas und das Ende der Hegemonialansprüche des Marktes wohl noch weiter auf die lange Bank geschoben werden.

Angricks Buch ist ein kurz gefasster Überblick, ein Essay, welcher nach seinen eigenen Worten dazu beitragen soll, das Thema Ressourcenschutz einem breiteren Publikum bekannt zu machen. Auf wenig mehr als 100 Seiten ist Angrick das sehr gut gelungen!

Michael Angrick: Ressourcenschutz für unseren Planeten Metropolis Verlag, Marburg 2008, 124 Seiten, 12,80 Euro, ISBN 978-3-89518-683-7

Quelle: umwelt aktuell Ausgabe 02.2009, www.dnr.De

LESERBRIEFE

Perspektiven

Fred Engels

Wahlen regen offensichtlich den Geist der Politiker an. Wie sonst kommt ein Herr Beck, SPD, auf die Idee, die Einführung eines Mindestlohnes in die Wirtschaft der Bundesrepublik vorzuschlagen? Damit war jedoch die geistige Regeamkeit auch schon am Ende. Über die Bedingungen, Voraussetzungen und die Folgen bei Einführung eines Mindestlohnes war nichts ausgesagt.

Allein um die Höhe des Mindestlohnes zu ermitteln, muss zumindest ein bestimmter Warenkorb, Dienstleistungen eingeschlossen, zugrunde gelegt werden. Darüber hinaus ist für diesen Warenkorb eine Festpreisbindung durchzusetzen, sonst wird der Mindestlohn sehr schnell zum Hungerlohn.

Der Bundesfinanzminister scheint sich in dieser Richtung ähnliche Gedanken gemacht zu haben. Kam er doch zu dem Schluss, dann können wir ja gleich zur Naturalwirtschaft übergehen. Und damit scheint die politische Initiative in Richtung gesellschaftlicher Entwicklung vorerst beendet. Der Weisheit letzter Schluss lautet: „Der Kapitalismus muss zukunftsfähig gestaltet werden, denn der Kapitalismus muss erhalten bleiben.“ Auch hier sind die Fragen „wie und wie lange?“ nicht beantwortet. Zudem

erinnert die Aussage „Der Kapitalismus muss erhalten bleiben.“ an einen Textteil eines faschistischen Liedes, der da lautet: „Wir werden weiter marschieren, wenn alles in Scherben fällt, denn heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt.“ Die Realität korrigierte den Schluss des Textes in „ein Trümmerfeld“.

Die geschichtliche Entwicklung der Menschheit ist schließlich von mehreren Wechseln der Produktionsweisen gekennzeichnet. Mit der kapitalistischen Produktionsweise gerät nunmehr die Menschheit, und nicht nur sie, an die Grenzen ihrer natürlichen Lebensgrundlagen. Es ist abzusehen, dass früher oder später die Menschheit zur Naturalwirtschaft gezwungen wird. Es fragt sich nur auf welchem kulturellen Niveau. Im schlimmsten Fall auf dem Niveau der Gentilordnung. Um dem zu entgehen, ist eine Produktionsweise zu entwickeln, die den ökologischen Bedingungen und der ökologischen Entwicklung im Sinne des Erhalts der Lebensgrundlagen auf unserem Planeten entspricht. Also sind der Ressourcenverbrauch und die Gebrauchswertproduktion den ökologischen Erfordernissen unterzuordnen. Das aber bedeutet, zur Naturalwirtschaft überzugehen. Die Finanzwirtschaft hat dann die Aufgabe die Vergeudung von Ressourcen und die Verschwendung von Produkten zu unterbinden. Um diese Aufgabe mittels der Finanzwirtschaft lösen zu können, ist eine Wertbestimmung der Produkte menschlicher Arbeit wie auch der Arbeitskräfte einzuführen die an eine natürliche Größe gebunden ist. Ein derartiger Ansatz ist bei Karl Marx im 1. Band des Kapitals, II. Abschnitt, 4. Kapitel zu lesen:

„Ein Gebrauchswert oder Gut hat also nur einen Wert, weil abstrakte menschliche Arbeit in ihm vergegenständlicht oder materialisiert ist. Wie nun die Größe seines Wertes messen? Durch das Quantum der in ihm enthaltenen „wertbildenden Substanz“, der Arbeit. Die Quantität der Arbeit selbst misst sich in der Zeitdauer, und die Arbeitszeit besitzt wieder ihren Maßstab an bestimmten Zeiteilen wie Stunde, Tag usw.“

„Der Wert der Arbeitskraft, gleich dem jeder anderen Ware, ist bestimmt durch die zur Produktion, also auch Reproduktion dieses spezifischen Artikels notwendige Arbeitszeit.“

„Die zur Produktion der Arbeitskraft notwendige Arbeitszeit löst sich also auf in die zur Produktion dieser Lebensmittel notwendige Arbeitszeit, oder der Wert der Arbeitskraft ist der Wert der zur Erhaltung ihres Besitzers notwendigen Lebensmittel.“

Wird der Wert der Produkte durch den Zeitaufwand menschlicher Arbeit bestimmt, der zu ihrer Herstellung benötigt wird, und der Wert der Arbeitskraft durch den Wert der zum Erhalt ihres Besitzers notwendigen Lebensmittel, so hat der Wert der Arbeitskraft keinen Einfluss auf den Wert der Produkte.

Folglich bietet sich die Zeit, als naturgesetzliche Größe, als Wertausdruck gesellschaftlicher Tätigkeit an. Zudem ist diese Wertgröße in der industriellen Produktion in Form der Normzeitvorgaben für die Arbeitsleistung der Arbeitskräfte seit langem üblich. Eine Basis für eine zeitbezogene Wertaussage ist also

bereits gegeben. Sie ist durchaus geeignet, die profitorientierte Preisbildung, die auf dem Markt oftmals nicht realisiert werden kann und unter der Bezeichnung „marktwirtschaftlicher Wettbewerb“ letztendlich zur massenhaften Vernichtung von Gebrauchsgütern und Arbeitsplätzen führt, abzulösen. Zumal der „marktwirtschaftliche Wettbewerb“ mit zyklischen Weltwirtschaftskrisen und Kriegen einher geht.

Angesichts der ökologischen Probleme auf unserer Erde ist es vielmehr angebracht Gebrauchsgüter wie auch Dienstleistungen qualitativ und quantitativ entsprechend dem gesellschaftlichen wie ökologischen Bedarf zu erzeugen. Somit muss der Gebrauchswert der Erzeugnisse und Dienstleistungen Ziel und Zweck der gesellschaftlichen Arbeitsleistung sein.

Nachtflugverbot soll unterlaufen werden

Marko Ferst

Seit Jahren kann man zu jeder Nachtzeit von lauten Jets geweckt werden, zumal die Passagierzahlen in Schönefeld in den letzten Jahren extrem anstiegen. Wurden 2003 noch 1,7 Millionen Passagiere abgefertigt, waren es 2007 schon 6,3 Millionen. Erst nach der BBI-Eröffnung, so entschied das Leipziger Gericht, wird es in dieser Zeit ein Nachtflugverbot geben und zwischen 22-24 Uhr und 5-6 Uhr sind nur wenige Ausnahmen möglich. Ginge es jedoch nach den meisten Parteien, gäbe es kein Verbot. Im ergänzenden Planfeststellungsverfahren fordert der staatliche Flughafenbetreiber in Gutachten jetzt statt der ursprünglich beantragten 90 nächtlichen Überflüge, sogar 113. Schon die geringeren Nachtflüge hatte das Bundesverwaltungsgericht als unzulässig erklärt. Die Brandenburger Regierung und der Berliner Senat fühlen sich daran nicht gebunden. Im Berliner Abgeordnetenhaus wurde der Antrag der Grünen ein Nachtflugverbot beim BBI von 23-6 Uhr festzulegen von allen anderen Parteien am 8.12.2008 abgelehnt. Enttäuschend finde ich, dass auch der Berliner LINKEN die Interessen der vielen Anwohner, die vom nächtlichen Fluglärm betroffen sind, völlig egal ist.

Inhaltsverzeichnis

IN EIGENER SACHE	1	PARTEIPOLITIK	25
Einladung zum Bundestreffen der Ökologischen Plattform	1	Anträge an den Europaparteitag der Partei DIE LINKE in Essen (28. Februar 2009)	25
Sitzung des Koordinierungsrates der Ökologischen Plattform am 14.03.2009	1	Ökologische Zukunft gestalten. Vorschlag zum Umwelteil für das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2009 <i>ÖPF, BAG Umwelt-Energie-Verkehr, AG Umwelt & Verkehr der Bundestagsfraktion</i>	29
GRUNDPPOSITIONEN	2	Für ein soziales und ökologisches NRW. Kritische Nachbetrachtungen zur Konferenz und weitere Perspektiven <i>Wolfgang Huste</i>	31
Ein ökologischer Kurswechsel ist nötig. Neue Studie für ein zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt <i>Angelika Zahrnt</i>	2	UMWELTNACHRICHTEN	33
Die LINKE und ein „zukunftsfähiges Deutschland“ <i>Götz Brandt</i>	3	15 000 in der Lichterkette sind ein machtvolleres Zeichen gegen die Atomenergie <i>Pressemitteilung der Linksfraktion im Niedersächsischen Landtag, 27.02.2009</i>	33
Die LINKE braucht eine Theorie der „Ökologischen Ökonomie“ <i>Götz Brandt</i>	6	Abwrackprämie für alle! Nicht nur für Besserverdienende und Autofahrer! <i>Pressemitteilung der Ökologischen Plattform DIE LINKE NRW</i>	34
Kapitalismus in der Krise. Es ist nicht nur eine Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise <i>Gilbert Siegler</i>	10	Genmais wird zum Ladenhüter <i>Newsletter „Umwelt und Energie“ der LINKEN</i>	34
KLIMA	13	BÜCHERECKE	35
Klimawandel. Vom Prinzip der Solidarität <i>Evo Morales</i>	13	CO ₂ -Bilanzu gut, alles gut? <i>Christoph Hirsch</i>	35
Schmutzig, aber gefiltert. Über die wunderbare Verwandlung der „Klimakanzlerin“ Angela Merkel <i>Heiko Balsmeyer</i>	15	LESERBRIEFE	35
ENERGIE	16	Perspektiven <i>Fred Engels</i>	35
Atomkraft ist ein Desaster <i>Interview mit Wolfgang Ehmke</i>	16	Nachtflugverbot soll unterlaufen werden <i>Marko Ferst</i>	36
Verschmutzungsrechte <i>Gedicht von Wolfgang Reuter</i>	18	Impressum	
VERKEHR	19	Kontakt: Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin oekoplattform@die-linke.de www.oekologische-plattform.de	
Kfz-Steuerreform und Abwrackprämie schlecht fürs Klima <i>Eva Bulling-Schröter, Lutz Heilmann</i>	19	Herausgeber: Sprecherrat der Ökologischen Plattform	
Die Preise im öffentlichen Verkehr sind zu hoch <i>Thomas Brian</i>	20	Redaktion: zeitschrift-oekoplattform@web.de (ausschließlich für Veröffentlichungen) Redaktionsschluss: 23.03.2009 Beiträge, Leserbriefe, Buchempfehlungen bitte möglichst in abdruckbarer Form per E-Mail einsenden. Über eine Veröffentlichung entscheidet der Sprecherrat. Veröffentlichte Beiträge spiegeln nicht in jedem Fall die Auffassung der Ökologischen Plattform wider. Beiträge ohne Quellenangabe stammen vom Autor.	
Wiedereinführung der Pendlerpauschale ist ökologisch fatal und sozial ungerecht. Besser wäre Pendlerzulage <i>Pressemitteilung des BUND</i>	21	Bestellung/Adressänderung: kontakt-oekoplattform@web.de	
UMWELTSCHUTZ	22	Spenden für die „Tarantel“ und ÖPF: Berliner Bank AG, BLZ 10020000 Konto 4384840000 C.VWZ-831.141 Ökologische Plattform	
Umweltpfleger und Pazifist <i>Brigitte Holm</i>	22		

Abbildung auf der Titelseite

Zeichnung von Christiane Pfohlmann vom 25.01.2006, www.pfohlmann.de

Kontaktadressen

Neuaufnahmen, Veränderungen, Ergänzungen bei den Adressen bitte an kontakt-oekoplattform@web.de melden.

Bundesebene

Ökologische Plattform

Kleine Alexanderstr.28, 10178 Berlin, www.oekologische-plattform.de, oekoplattform@die-linke.de
Manfred Wolf, Tel. 030 2411127, manfredwolfberlin@gmx.de
Petra Beck, pcbe@gmx.net
Marko Ferst, marko@ferst.de
Götz Brandt, Prof.Goetz.Brandt@t-online.de

BAG Umwelt,Energie,Verkehr

Sprecher: Prof. Dr. Wolfgang Methling, Lennestr. 1, 19053 Schwerin, w.methling@dielinke.landtag-mv.de

Bundestag

Eva Bulling-Schröter, MdB, umweltpolitische Sprecherin der LINKEN, Tel. 030 22772485, Fax 030 222776485
eva-bulling-schroeter.ma01@bundestag.de
Lutz Heilmann, MdB, Tel.030 22770788, Fax 030 22776788,
lutz.heilmann.ma01@bundestag.de
Hans-Kurt Hill, MdB, energiepolitischer Sprecher der LINKEN, Tel. 030 22772478, Fax 030 22776476,
hans-kurt.hill@bundestag.de

E-Mail für kurzfristige Informationen

Umweltverteiler der LINKEN, Ökologische Plattform und BAG Umwelt-Energie-Verkehr
Aufnahme über info@oekologische-plattform.de

Baden-Württemberg

LAG Ökologische Plattform, Wolfgang Kämmerer, Wilhelm-Röntgen-Str. 32, 73760 Ostfildern,
Mail@WolfgangKaemmerer.de

Berlin

LAG Umwelt, Marion Platta, MdA, umweltpolitische Sprecherin der LINKEN, Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin,
Tel. 030 23252550, Fax 030 23252515,
platta@linksfraktion-berlin.de

Brandenburg

LAG Umwelt Brandenburg
Peter Engert (Sprecher AG Umwelt der LINKEN Brandenburg), K.-E.-Ziolkowski-Ring 1, 15517 Fürstenwalde,
Tel. 03361 344351
Christian Rehmer (Sprecher AG Umwelt der LINKEN Brandenburg, AG Umwelt bei der LINKEN Barnim),
Tel. 03334/387628, Christian.Rehmer@web.de,
www.dielinke-eberswalde.de
Carolin Steinmetzer, MdL, umweltpolitische Sprecherin der LINKEN, Am Havelblick 8, 14473 Potsdam,
csteinmetzer@aol.com

Hamburg

LAG Umwelt
Gilbert Siegler, Braamwisch 41, 22175 Hamburg,
g.siegler@web.de

Hessen

Ökologische Plattform Hessen
Hajo Zeller, Weidenhäuser Str. 78/80, 35037 Marburg, Tel. 06421 163873, Hajo.Zeller@web.de

Mecklenburg-Vorpommern

Birgit Schwebs, MdL, umwelt-, verkehrs- und energiepolitische Sprecherin der LINKEN, Lennestr.1, 19053 Schwerin,
Tel.038203 63519, b.schwebs@dielinke.landtag-mv.de

Niedersachsen

Ökologische Plattform, Heinz Preuß, Spittastr. 32, 31787 Hameln, Tel. 05151 409481,
Hpborusso@aol.com (Koordinierungsrat Bundes-ÖPF)
LAG Umwelt-Energie-Verkehr
Ulrich Steinmeyer, Am Oser 5, 27283 Verden,
Tel. 04231 937960, 0179 4727893,
info@ulrichsteinmeyer.de

Nordrhein-Westfalen

Ökologische Plattform Nordrhein-Westfalen
www.oepf-nrw.de
Ralf Henrichs, Kellermannstr. 13, 48149 Münster, -
Tel. 0151 18479447, raffenrichs@gmx.de

Rheinland-Pfalz

Ökologische Plattform, Albert Schtschepik,
schtschepik@web.de (Sprecherrat Bundes-ÖPF)
AG Natur- und Tierschutz, Kreisverband Ahrweiler, Angelika Jürgenson-Korjenic, Wiesenstr. 5, 56656 Brohl-Lützing,
angelika62de@yahoo.de

Sachsen

ADELE - Ökologische Plattform Sachsen
Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg,
Tel. 035891 35290, an-sa-kunze@t-online.de
Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel. 0341 9424882, Micha.lauter@web.de
Dr. Reinhard Natke, Mosenstr. 6, 01309 Dresden,
Tel. 0174 98484127, drnatke@web.de (Koordinierungsrat Bundes-ÖPF)

Sachsen-Anhalt

AG Umwelt Sachsen-Anhalt
Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Halle,
Tel.0345 29418-63, Fax-64

Schleswig-Holstein

Dettmer Grünefeld, Bendixenweg 6, 24975 Ausackerholz b. Flensburg, Tel. 04633 966624,
dettmergruenefeld@hotmail.com

Thüringen

Ökologische Plattform, Dr. Johanna Scheringer-Wright, MdL, agarpolitische Sprecherin der LINKEN, Steingraben 36, 37318 Hohengandern, Tel. 0361 3772604, 0151 11723000, johanna@scheringer.de (Koordinierungsrat Bundes-ÖPF)
Tilo Kummer, MdL, umweltpolitischer Sprecher der LINKEN, Arnstädter Str. 51, 99096 Erfurt, Tel. 0361 3772317, kummer@die-linke-thl.de

linke und ökologische Medien

Dr. Steffen Schmidt (Wissenschafts- und Umweltredakteur Neues Deutschland), Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, s.schmidt@nd-online.de
www.neues-deutschland.de/rubrik/umwelt
Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel.030 44339147, www.grueneliga-berlin.de/raberalf